



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 16 – 18. April 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Marsch auf Tripolis
General Haftar will mit seiner »Nationalarmee« ganz Libyen erobern **2**

Deutschland

EU-Rechtsparteien schmieden eine Allianz
Chefs trafen sich in Mailand – auch AfD dabei **3**

Hintergrund

Ein Kampftag im Mai
Der »Tag der Arbeit« wurde einst blutig erstritten. Nun erlischt er **4**

Preußen / Berlin

Linke Gewaltorgie in Berlin befürchtet
1.-Mai-Demo könnte heftiger eskalieren als 2018 **5**

Ausland

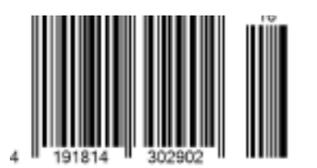
Brandbrief aus Wien
Österreich fürchtet neue Asylwelle aus der Türkei **6**

Kultur

Klang zwischen den Meeren
Zum 200. Geburtstag des Lyrikers Klaus J. Groth **9**

Geschichte

Wie die Vertreiberstaaten
Niederlande schielten 1945 nach deutschem Land **10**



Sollte das Böse eigentlich abwehren: Dämonische Skulptur an der Pariser Kathedrale Notre-Dame Bild: tws

HARALD TEWS:

Entzündlich

Für die Franzosen war der verheerende Brand der Pariser Kathedrale Notre-Dame so etwas wie der 11. September von New York: eine nationale Katastrophe. Tatsächlich erinnerten die Live-Bilder vom Einsturz des brennenden Vierungsturms an den Einsturz des World-Trade-Centers, nur mit dem Unterschied, dass diesmal keine Menschen zu Schaden kamen. Und mit dem kleinen, aber wesentlichen Unterschied, dass es sich nach letzten Erkenntnissen nicht um ein Attentat gehandelt hat. Das Feuer wurde offensichtlich durch Restaurierungsarbeiten am Dach ausgelöst.

In dem von Terroranschlägen gebeutelten Paris hätte man sich nicht gewundert, wenn kirchenfeindliche Kräfte gewirkt hätten. Zuletzt häuften sich in Frankreichs Städten Brandanschläge auf Kirchen, so erst vor genau einem Monat auch auf Saint-Sulpice, der zweitgrößten Pariser Kirche (siehe Seite 6).

Wer einmal Notre-Dame besucht hat, war überwältigt von der kühnen gotischen Architektur, der gewaltigen Orgel oder den Fensterverglasungen wie bei der imponierenden Rosette. Wie verletzbar diese jahrhundertertealte Kunst ist, sieht man nach dieser Brandkatastrophe. Kathedralen wie Notre-Dame sind auch Symbole europäischer Kultur. Wie leicht entzündlich diese ist, hat man jetzt erlebt. Man stelle sich nur einen Anschlag auf den Kölner Dom oder das Brandenburger Tor vor. Uns Deutschen wäre ähnlich ins Herz gestochen worden.

Dass nun ausgerechnet im Frankreich Emmanuel Macrons, dem eifrigsten Verfechter der Europäischen Union, ein solches Symbol in Rauch aufgegangen ist, kann man seinerseits symbolisch deuten: als Zerbrechlichkeit einer scheinbar unverletzlichen europäischen Kultur. Hans Heckel

Harte Wende voraus

Wirtschaftsexperten schlagen Alarm: Zehn Jahre Boom gehen abrupt zu Ende

Der Konjunkturunbruch legt die Folgen einer jahrelangen verantwortungslosen Politik von Regierung und EZB schonungslos offen.

Der Chef des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, spricht dramatisch von einer „Zäsur“. Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich drastisch eingetrübt. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum 2019 von 1,5 auf 0,8 Prozent nahezu halbiert. Unter allen großen Industriestaaten steht nur Italien noch schlechter da.

Was die Experten besonders alarmiert: Anders als in vergangenen Abkühlungsphasen stehen Regierung und Notenbank dem abrupten Abschwung diesmal praktisch machtlos gegenüber, da sie ihr Pulver bereits verschossen haben.

Für gewöhnlich bildet die Politik in guten Jahren Rücklagen, um einem Abschwung durch konsumfördernde Steuersenkungen und staatliche Investitionen entgegenzutreten zu können. Die Bundesregierung hat stattdessen die sprudelnden Einnahmen der zehn letzten Jahre im Milliardengrab der Asylflut versenkt. Um den Unmut der Bürger darüber zu besänftigen, wurden die Deutschen überdies mit kostspieligen Sozialgeschenken wie der Rente mit 63 geködert.

Die Europäische Zentralbank (EZB) müsste jetzt, wie einst die Bundesbank, dem Abschwung der Konjunktur mit Zinssenkungen begegnen. Dadurch würden Kredite für Wirtschaft und Verbrau-

cher günstiger, was Investitionen und Konsum anfechte.

Die EZB aber hat den Leitzins längst auf null gesenkt, um bankrotte Staaten (vornehmlich in der EU-Südschiene), Pleitebanken und „Zombie-Firmen“ künstlich über Wasser zu halten. Jetzt, da sie dringend nötig wäre, ist eine Zinssenkung also technisch unmöglich.

Es sei denn, man geht in den Minuszinsbereich über, greift also zu den gefürchteten „Strafzinsen“. Faktisch ist dies seit Jahren bereits der Fall, da die Zinsen weit unter der Inflationsrate liegen und die Sparer damit real schleichend enteignet werden. Ein auch nominaler Negativzins würde diese Enteignung allerdings noch einmal beschleunigen. Im

Gespräch sind in diesem Zusammenhang sogar Sonderabgaben auf Bargeld, damit sich die Sparer ihrer Enteignung nicht entziehen können, indem sie ihr Geld in bar zu Hause aufbewahren.

Die Politik könnte versucht sein, die schrumpfenden Einnahmen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen auszugleichen. Dies wäre nicht nur ein weiterer Schlag gegen die Bürger. Dadurch würde Berlin die Konjunktur zusätzlich schwächen, statt sie, wie es jetzt geboten wäre, zu stimulieren.

Was jetzt zutage tritt, sind die Folgen jahrelanger verantwortungsloser Politik, vonseiten der Regierung wie vonseiten der EZB. Um die Folgen falscher Konzepte (Euro) und von ihrem eigenen Versagen abzulenken, haben sie eine teure Kulisse scheinbarer Prosperität aufgebaut, die nun zu bröckeln beginnt. Hans Heckel

Politik und Notenbank haben ihr Pulver schon verschossen

Die islamische Revolution entlässt christliche Kinder

Immer mehr Iraner konvertieren zum Christentum

Mit der Staatsdoktrin der „Stellvertreterherrschaft“ wurde vor 40 Jahren im Iran erstmals in einem muslimischen Staat ein politisch instrumentalisierter schiitischer theologischer Konzept zur Herrschaftslegitimation. Dennoch leeren sich seitdem die Moscheen und füllen sich die evangelikalen Hauskirchen.

Die Kirche von England hat Anfang März erstmals in ihrer Geschichte einen Gottesdienst in der persischen Nationalsprache Farsi in der Kathedrale von Wakefield gefeiert. Die Messfeier mit rund 450 Teilnehmern war „Ausdruck der zunehmenden Zahl von Glaubensübertritten iranischer Migran-

ten“, meldete Radio Vatikan. 40 Jahre nach der Islamischen Revolution im Iran erleben gerade die gebildeten und kritischen Bevölkerungsschichten den Islam als zunehmend korrupt und repressiv, die Flüchtlingszahlen steigen. Davon kann das Christentum profitieren. „Seit der islamischen Revolution von 1979 sind viel mehr Menschen Christen geworden als in den ganzen 1300 Jahren, seit der Islam nach Persien gekommen ist“, heißt es auf der Homepage der persischsprachigen christlichen Gemeinde Winterthur.

Nur 350 Christen mit muslimischem Hintergrund waren nach der Revolution im Lande zurückgeblieben. Heute sollen dort drei

Millionen Moslems zum Christentum konvertiert sein. Die offizielle Zahl der traditionellen armenischen und assyrischen Christen im Lande liegt bei 360 000.

Auch unter den iranischen Flüchtlingen im Westen wird der Anteil der Konvertiten zum Christentum immer größer. Viele von ihnen haben Gewalt und Folter im Namen des Islam erlitten. Die Abkehr vom Islam und die Hinwendung zum Christentum sind für sie deshalb oft mit einer Befreiung verbunden. Von den zwei Millionen Iranern, die in den USA leben, ist bereits ein Viertel Christen ge-

worden. Ähnlich ist es unter den iranischen Flüchtlingen in Europa.

Ayatollah Alavi Boroujerdi äußerte sich besorgt darüber, dass sogar in der Millionenmetropole Ghom, dem religiösen und geistigen Zentrum des schiitischen Islam, sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, trotz vehementer islamischer Indoktrination durch Schule und Öffentlichkeit in christlichen Hauskirchen trafen. Das sei wie ein Schlag ins Gesicht für die Mullahs, sagte Ayatollah Makarem Shirazi. Er kritisierte auch die muslimischen Amtsträger, die durch Kor-

ruption und Selbstbereicherung der Religion keinen Dienst erwiesen.

Obwohl der Druck von Familien und Gemeinschaften auf ehemalige Muslime groß ist, ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Deren Hardliner stehen dem Christentum und den Konvertiten eher feindlich gegenüber. Die traditionellen Gemeinschaften armenischer und assyrischer Christen werden von der Regierung als das „wahre und traditionelle Christentum“ dargestellt, um andere Christen, insbesondere solche, die früher Muslime waren, als „falsche“ Christen bezeichnen zu können. Obwohl sie formell anerkannt und gesetzlich geschützt

sind, werden auch die anerkannten assyrischen und armenischen Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt und dürfen sich nicht außerhalb des ihnen gewährten Freiraums an Muslime wenden.

Fragt man ehemalige Muslime nach dem Grund für ihren Religionswechsel, kommt oft die gleiche Antwort: Man habe eine Religion des Zwangs und der Gewalt verlassen, um eine Religion zu wählen, die für Versöhnung, Freiheit und Liebe – sogar für ihre Feinde – steht. Dies bestätigt auch die Bibel, wo es heißt, dass die Güte Gottes gegenüber den Schuldigen und seine selbstaufopfernde Liebe in Jesus Christus, die Menschen zur Umkehr bewegt. Bodo Bost

Boom christlicher Hauskirchen

Auf dem Marsch nach Tripolis

Die Teile Libyens, die General Haftar noch nicht beherrscht, will er nun auch noch unterwerfen

MELDUNGEN

Sultan verschärft Scharia

Banda Seri Begawan – Der Sultan von Brunei, Hassanal Bolkiah, hat in seinem ostasiatischen Ölsultanat die Scharia verschärft. Bei gleichgeschlechtlichem oder außerehelichem Geschlechtsverkehr, Vergewaltigung, Ehebruch, Raub und Beleidigung des Propheten Mohammed droht nun die Todesstrafe durch Steinigung. Diebstahl wird mit Amputationen bestraft. In seinen frühen Jahren hätte das dem einst sehr freizügig lebenden Monarchen selbst die Todesstrafe eingebracht. Auf seine alten Tage jedoch ist der 72-jährige Anhänger einer immer konservativeren Auslegung des Islam, der Staatsreligion in seinem Land, geworden. Er ist nicht nur Staatsoberhaupt sondern auch Regierungschef, Finanz-, Außen- und Verteidigungsminister, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und oberster Hüter des Glaubens in seinem Land. Hier sind knapp 80 Prozent der nur 420 000 Einwohner Muslime. Die Verschärfung des Strafgesetzbuches, die in etwa der von Saudi-Arabien und den Golfstaaten entspricht, schockiert die Menschenrechtler in aller Welt. „Wir tun das nicht zum Spaß“, kontert der Sultan. Er wolle „lediglich Allahs Befehle aus dem Koran befolgen“. Während Stars wie George Clooney oder Elton John zum Boykott von Hotel-Ketten und Firmen im Besitz des Sultans aufrufen und damit ein weltweites Echo erzielen, gibt es auch Stimmen, die befürchten, dass der Sultan durch die Aufmerksamkeit unter Druck geraten könnte, seine Gesetze auch tatsächlich konsequent umzusetzen. Der seit 1967 regierende Sultan ist einer der reichsten Menschen der Erde, der seine Untertanen mit Geld ruhiggestellt. Niemand zahlt Steuern, Bildung und Gesundheitsversorgung sind kostenlos. Doch ihm könnte bald das Öl ausgehen. Versuche, die Wirtschaft zu diversifizieren, gibt es kaum. Und dem unterentwickelten Tourismus dürften die Scharia-Verschärfungen auch nicht auf die Beine helfen. *B.B.*

Seit dem Umsturz im Jahre 2011 und der Tötung des Machthabers Muammar Gaddafi ist Libyen gekennzeichnet vom Streit der Stämme und insbesondere der Rivalität zwischen dem vom Westen eingesetzten, weitgehend machtlosen Präsidenten Fajez al-Sarradj und dem General Khalifa Belqasim Haftar, der einen Großteil des Landes beherrscht. Jetzt hat er sich aufgemacht, auch noch den Rest einschließlich der Hauptstadt Tripolis zu unterwerfen.

Die Nachrichten lauten unterschiedlich und widersprechen einander immer wieder. Es geht am Ende der ersten Woche von Haftars Zug gegen Tripolis um die Frage, ob er den Flughafen oder vielleicht gar Teile der Metropole selbst erobert hat oder doch noch nicht. Einhellig ist die Rede von andauernden Kämpfen, wobei die Regierungsseite auch Kampfflugzeuge einsetzt. Dennoch scheint Haftar mit seiner Libyschen Nationalarmee (LNA) im Vormarsch begriffen. Die strategische Generalrichtung von Ost nach West entspricht den ethnischen wie politischen Gegebenheiten des Landes. Der Osten ist arabisch geprägt, der Westen zunehmend berberisch. Im Süden, der bereits unter Haftars Einfluss steht, leben nilosaharanische Völker, die mit ihren Landsleuten wenig gemeinsam haben.

Haftars persönliche Rolle im Geflecht der Stämme ist ein wenig delikat. Er und einige seiner führenden Leute in der LNA gehören zu den arabischen Farjan, die im Westen leben. Dennoch wird er von dem mächtigen Stamm der Awaqir gestützt, der in der Gegend Bengasi lebt, von der aus auch die Erhebung gegen Gaddafi ihren Anfang genommen hat. Allerdings haben die Awaqir bereits angedeutet, dass ein solches Arrangement eine Ausnahme darstelle und sie keinen weiteren Farjani mehr in einer Spitzenposition dulden würden. Auch Haftars Werdegang ist nicht ohne Widersprüche. Er war unter Gaddafi Oberbefehlshaber im Krieg gegen den Tschad, wurde gefangen genommen und von der CIA in die USA gebracht. Dort arbeitete er ei-



Auf breiter Front im Vormarsch: General Khalifa Belqasim Haftar

Bild: pa

nige Jahre für den Geheimdienst. 2011 beteiligte er sich am Sturz Gaddafis, der wesentlich von der CIA organisiert worden war. Im Anschluss war es seine Aufgabe, die Streitkräfte des Landes neu zu organisieren. Dabei bekam er es als bald mit radikal-islamischen Tendenzen zu tun, die er mit seinen Sintan-Brigaden bekämpfte. Die Regierung in Tripolis warf ihm einen Putschversuch vor, und so war das Zerwürfnis vorgegeben.

Unabhängig von seiner politischen Wendigkeit scheint heute General Haftar der einzige Mann in Libyen zu sein, der im Stande ist, das Land zu befrieden. Der „international anerkannte“ al-Sarradj jedenfalls ist eine kraftlose Figur, und die Tatsache, dass er von der UN eingesetzt worden ist, dürfte ihm eher zur Belastung als zum Vorteil gereichen. Vor allem sind die Beueerungen der G7-Länder, für Libyen könne es keine militärische Lösung geben, wenig hilfreich.

Denn sie waren es gewesen, die im Jahr 2001 Libyen ins Mittelalter

gebombt und so den derzeitigen Konflikt verschuldet haben. UN-Generalsekretär António Guterres hat sich dieser Tage nach Libyen gewagt und dort weise Worte gesprochen: „Ich bin zutiefst beunruhigt über die in Libyen stattfindende Militärbewegung und die Gefahr einer Konfrontation. Es gibt keine militärische Lösung.“ Sein Vorgänger Ban Ki-moon hatte eine derartige Beunruhigung beim NATO-Überfall 2011 nicht empfunden.

In Libyen wirken verschiedene Interessen. Italien bemüht sich darum, seine Beziehungen aus der Kolonialzeit wiederzubeleben. Dabei stößt Rom auf den Widerstand von Paris. Denn Frankreich pflegt seit Längerem enge Beziehungen zu Haftar. Die Franzosen haben offenbar die Entwicklung des Generals zum nächsten unumschränkten Machthaber kommen sehen und sind frühzeitig auf den Zug aufgesprungen. Es geht schließlich um sehr viel Erdöl, und gegebenenfalls auch um die Wiederbelebung eines Programms von Gaddafi, in dessen

Rahmen er Tiefenwasser aus der Sahara in die Küstenregion gepumpt hatte. Die NATO hat das mit Bomben unterbunden, aber eine Wiederaufnahme stellte einen ebensolchen finanziellen Wert dar wie das Erdöl.

Die Spannungen zwischen Rom und Paris, die in der EU ausgetragen werden, finden nun ihre Fortsetzung in Libyen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron besuchte kürzlich Ägypten, das als wichtiger Helfer Haftars gilt. Gleichzeitig bombardierte die französische Luftwaffe Rebellen aus dem Tschad, die nach Libyen eindringen wollten, wo sie den Einflussbereich Haftars bedroht hätten. So nutzt Paris sein regionales Anti-Terror-Mandat „G5 Sahel“, um in Libyen mitzupokern.

Der US-amerikanische und in Russland lehrende Politologe Andrew Korybko stellt die Lage so dar: „Die historische italienisch-französische Konkurrenz tauchte nach dem NATO-Krieg gegen Libyen 2011 wieder auf, als es gelang, die

Republik unter Gaddafi zu zerstören. Beide europäischen Länder kämpfen um die Kontrolle der libyschen Ressourcen, wobei Paris eifrig versucht, die Oberhand über die dort verankerten Interessen Roms zu gewinnen. Italien erbt einen Großteil seines Einflusses aus der Kolonialzeit und seiner geographischen Nähe zu Nordafrika.“

In einer untypischen Lage befinden sich in Bezug auf Libyen die USA. Sie ziehen ihre Truppen aus dem Land ab. Der Befehlshaber des United States Africa Command, General Thomas D. Waldhauser, gab zu bedenken: „Die Sicherheitslage in Libyen wird immer komplizierter und unkalkulierbarer. Wir werden die Situation verfolgen und die Möglichkeit der Wiederherstellung der US-Militärpräsenz erwägen.“ Gleichzeitig warf er Russland vor, seinen Einfluss in Libyen zu verstärken. Doch dieser besteht im Wesentlichen darin, dass es Kontakte zwischen General Haftar und Moskau gibt.

Florian Stumfall

»DNA des vereinten Europa«

Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen – Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt Festrede

Auf große Resonanz stieß der Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen (BdV) am Dienstag vergangener Woche in Berlin. So waren der Einladung von BdV-Präsident Bernd Fabritius, der zugleich Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, neben Bundesinnenminister Horst Seehofer die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, über 50 Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre und Vertreter der Bundes- und Landesministerien, Diplomaten, Kirchenvertreter, mehrere Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler sowie Vertreter aus dem Heimatregionen der deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler gefolgt. Hinzu kamen viele Vertreter von Verbänden und Organisationen. Das volle Haus dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel wie schon seit Jahren als Rednerin auftrat.

Zu Beginn seiner Begrüßungsrede ließ Fabritius keinen Zweifel daran, dass der BdV „entschlossen zukunftsorientiert“ sei. Seine Arbeit umfasse „weit mehr als das Engagement für die klassische Zielgruppe der deutschen Vertriebenen

und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler“. Sie sei gesellschaftlich relevant, „weil wir über unsere Verbände und deren Akteure in der Mitte der Vereine, der Kommunen, der Kirchengemeinden und der wohlthätigen Organisationen im Sinne und im Dienste der Zivilgesellschaft wirken“. Der BdV gehöre zur DNA des vereinten Europa, weil seine Mitglieder „Deutschland und Europa um einen kulturellen Teil bereichern.“

Besonders erfreut zeigte sich Fabritius über die vielen Gäste aus den Parlamenten. Dabei konnte sich der CSU-Politiker einen Seitenhieb gegen die AfD nicht verkneifen, indem er anmerkte, der BdV werbe um die Unterstützung der Parteien, er brauche aber „Freunde, keine Alternativen“. Aber eines gelte auch: „Wir Vertriebene bewerten politische Zuverlässigkeit danach, ob und wie viel von dem, was an klaren Zusagen in Wahlprogrammen steht, nach der Wahl noch umgesetzt oder zumindest angestrebt wird. Darauf achten wir.“

Als zentrales Thema, das dem BdV und den Landsmannschaften „schon viel zu lange unter den Nägeln brennt“, nannte Fabritius die Beseitigung der personenspezifischen Benachteiligungen von

Spätaussiedlern im Rentenrecht. „Wir nennen es schlicht Rentenungerechtigkeit“, so Fabritius. Systembedingte Altersarmut bei Spätaussiedlern sei ein drängendes Thema, der BdV dürfe und werde nicht tatenlos zusehen, „wie die Politik das Problem zerredet und verwässert und immer wieder neue Ausreden sucht“. Spätaussiedler seien ein Gewinn für die deutschen Rentenkassen. Die Altersstruktur in diesem Personenkreis stütze die auf einem Generationenvertrag aufbauende Solidargemeinschaft Rentenversicherung. Rund 33 Prozent der Spätaussiedler seien jünger als 18 Jahre, die meisten anderen im Alter zwischen 18 und 45, rechnete Fabritius vor. Sie alle arbeiteten und zahlten Beiträge. Lediglich 6,8 Prozent seien bei Aufnahme älter als 65.

Dennoch werde diese Gruppe im Generationenvertrag seit 1996 weitgehend ausgeschlossen, da die vielen erwerbstätigen Spätaussiedler voll einzahlten, der Rentenbezug der älteren Generation allerdings nur mehr als die Hälfte gekürzt worden sei. Bei den fast fünf Millionen in Deutschland aufgenommenen Aussiedlern und Spätaussiedlern, hier geborene Nachkommen noch nicht mitgerechnet, sei das Thema von großer und bleibender

Relevanz. Fabritius forderte an diesem Punkt „schlicht Gerechtigkeit“.

Zum Abschluss seiner Rede wies Fabritius auf die Agenda des BdV hin. Auf dieser stehe die kodifizierte Verankerung eines weltweiten Vertreibungsverbots und damit die Sanktionierbarkeit von Vertreibungen, der stete verständigungspolitische Dialog mit den Nachbarn im Osten, die Sicherung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und das Bestreben, „Wahrhaftigkeit als conditio sine qua non einer ethischen und empathischen Erinnerungskultur“ durchzusetzen.

Merkel stellte den Anteil der deutschen Heimatvertriebenen an der Schaffung eines „vereinten Europa“ in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Dabei knüpfte sie an den 70. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland an. So gäbe es „politische Stabilität, wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Frieden“ zu feiern. Die Heimatvertriebenen hätten an dieser Entwicklung einen großen Anteil, so die Kanzlerin. Das sei alles andere als selbstverständlich nach all dem Schrecklichen. Es bleibe unvergessen, was die Heimatvertriebenen für den Wiederaufbau Deutschlands geleistet hätten: „Sie haben mitgeholfen, dass Deutschland, das so viel Leid und

Elend über Europa und die Welt gebracht hatte, seinen Platz als anerkannter Partner in der Staatengemeinschaft wiederfinden konnte.“

Europa sei 80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs „ein weltweit einzigartiger Raum des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands“. Das sei nicht immer so gewesen. Gerade die Familiengeschichten der Vertriebenen und Spätaussiedler „erzählen von Leid und Entbehrung zu einer Zeit, in der eine europäische Einigung reine Utopie zu sein schien“. Die Antwort auf den Krieg und seine Folgen sei „Europa als Friedensgemeinschaft“. Niemand könne besser als die Heimatvertriebenen davon erzählen, „was wir an Europa haben“. Merkels Appell: „Jenen, die an Europa zweifeln und sich lieber ins Nationale zurückziehen wollen, glaubhaft vermitteln, was Europa bedeutet und bedeuten kann.“

Aus dem Schicksal der Vertriebenen und aus ihrem Selbstverständnis als Brückenbauer in Europa erwachse auch politische Verantwortung, welche die Bundesregierung „sehr ernst“ nehme, versicherte die Bundeskanzlerin. Als Beispiel nannte sie die im Bundesvertriebenengesetz festgelegte Aufgabe, das Kulturerbe zu erforschen und zu

bewahren. Dieses Erbe sei durch Wechselwirkungen mit Kulturen anderer Völker „Teil einer europäischen Beziehungsgeschichte“. Diese zu vermitteln, helfe, das Bewusstsein für die gemeinsamen Wurzeln, „die wir in Europa haben“, zu schärfen und so die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zu festigen. In diesem Sinne wirke auch die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Hinsichtlich des Eröffnungstermins des Dokumentationszentrums nannte Merkel den Februar 2020. Dann könne die Stiftung „als deutschlandweit einzigartiger, gesamteuropäischer verankerter und international sichtbarer Lern- und Erinnerungsort endlich seiner Bestimmung zugeführt werden“. Es würde sie „unendlich freuen, wenn wir endlich einmal einfach die Türen öffnen und Menschen hineinbringen könnten“.

Zum Abschluss ihrer Rede stellte sie fest, dass es viele Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem BdV gäbe. Das Spektrum reiche von einer umfassenden Pflege der Erinnerungskultur bis hin zu gesetzlicher Detailarbeit. Deshalb freue sie sich „auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit“. *J.H.*

Versuch einer EU-weiten Rechten

In Mailand wurde eine »Europäische Allianz der Menschen und Nationen« gegründet

In der Heimat gilt es für die Alternative für Deutschland, einige Turbulenzen zu überstehen. Auf internationalem Parkett läuft es dagegen besser. In der vergangenen Woche präsentierte sich ihr Bundessprecher Jörg Meuthen an der Seite des italienischen Innenministers und Parteisekretärs der Lega (Liga) Matteo Salvini.

Der Lega-Vorsitzende gilt als neuer starker Mann der europäischen Rechten. Gemeinsam mit anderen Rechtsparteien will man nach der Europawahl eine neue Fraktion im EU-Parlament bilden. Der vorläufige Name »Europäische Allianz der Menschen und Nationen« (European Alliance of Peoples and Nations, EAPN) soll nach einer erfolgreichen Wahl aber noch einmal überdacht werden, wie Meuthen erklärte.

Neben Meuthen waren der Finne Olli Kotro von den Wahren Finnen (PS) und der Däne Anders Vistisen von der Dänischen Volkspartei (DF) anwesend. Allerdings fehlten große Namen wie die des Bundesparteiobmanns der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, und der Französin Marine Le Pen von der Nationalen Sammlungsbewegung (RN), dem ehemaligen Front National (Nationale Front).

Der Termin in Mailand sei »der Startschuss für etwas Neues«, sagte Meuthen. Es gebe weitere künftige Mitglieder, die in Mailand noch nicht anwesend seien, »sich aber uns anschließen werden«, so Meuthen. Übereinstimmungen gibt es vor allem bei der Immigrationsfrage. Meuthen sagte, Europa müsse zur »Festung« werden und lobte ausdrücklich Salvini. Der habe in Italien »beispielhaft« bewiesen, dass es möglich sei, die Zuwanderung zu stoppen.

Seit Salvini die alte norditalienische Lega Nord in die landesweit agierende Lega umwandelte, eilt der gelernte Journalist von Erfolg zu Erfolg. Und so präsentierte er sich in Mailand »als Delegierter aller anderen europäischen Partner«, auch weil die FPÖ

zumindest schriftlich erklärte, »nach der Wahl« dem Bündnis beitreten zu wollen.

Dennoch wirft das Fernbleiben von Strache und Le Pen Fragen auf. Der Österreicher agiert in seiner Heimat als Vizekanzler und hat Probleme mit einigen Parteimitgliedern, die nahe Verbindungen zur Identitären Bewegung pflegen. Ein gemeinsamer Auftritt mit Raubein Salvini könnte Kanzler Sebastian Kurz verärgern. Und Stabilität ist für die österreichischen Freiheitlichen derzeit das Gebot der Stunde.

Das gilt auch für Marine Le Pen. Nach ihrer gescheiterten Präsidentschaftskandidatur hat sie ihrer Partei einen neuen Namen und eine neue Ausrichtung verpasst. Auf eine Kandidatur zum EU-Parlament verzichtet sie diesmal. Dafür schickt sie einen poli-

Mai zu überrunden und auf rund ein Viertel der Stimmen zu kommen. Staatspräsident Emmanuel Macron hatte im Zuge der von Gelbwesten-Protesten ausgelösten politischen Krise in der Bevölkerung weiter an Beliebtheit eingebüßt. Davon hofft die Rechtspartei zu profitieren. Eine allzu große

Als Vertreter der AfD war Jörg Meuthen der Einladung Matteo Salvinis nach Italien gefolgt

Nähe zu Salvini scheint den Franzosen derzeit aber abträglich zu sein. Schließlich lieferte sich dieser mit Macron zuletzt heftige Wortgefechte und bezeichnete dabei die Franzosen als »Weicheier«.

In Mailand soll dann die große Schlussveranstaltung vor den Europawahlen stattfinden, an der

Neben der Bekämpfung der Masseneinwanderung und der Warnung vor einem zu großen Einfluss Brüssels gibt es auch Punkte, welche die (potenziellen) Partner trennen. Die AfD und die FPÖ verlangen innerhalb Europas Haushaltsdisziplin. Salvini hält davon gar nichts, Le Pen sagt ebenfalls,

dass sich Brüssel »nicht in französische Belange« einzumischen habe. Die Wahren Finnen sind islamkritisch wie der Niederländer Wilders, verstehen sich aber im Gegensatz zu diesem als Arbeiterpartei, was sie wieder in die Nähe der FPÖ rückt. Die AfD wiederum ist noch auf der Suche nach einer

geordnete. Neben den Abgeordneten der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) von der Lega, der FPÖ, dem RN, der blauen Partei von Frauke Petry und der Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders sind dies auch Mitglieder der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD), in der vor allem Brexit-Befürworter der britischen UK Independence Party (UKIP), aber auch Salvinis Koalitionspartner in Italien, die Fünf-Sterne-Bewegung, vertreten sind.

Hinzu kommen 20 Fraktionslose, unter ihnen der Abgeordnete der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) Udo Voigt sowie Vertreter der ultrarechten Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik) und der neofaschistischen griechischen Goldenen Morgenröte. Meuthen legt Wert auf die Fest-



Schlossen in Mailand für ihre nationalen Parteien ein Bündnis: Olli Kotro, Jörg Meuthen, Matteo Salvini und Anders Vistisen (von links)

Bild: action press

tischen Neuling ins Rennen. der seine politische Karriere im Alter von 16 Jahren begonnen hat. Nur sieben Jahre später stellt sich Jordan Bardella als Spitzenkandidat der RN den Wählern in der Europawahl. Laut Umfragen hat der RN Chancen, die Präsidentenpartei La République En Marche im

dann neben Meuthen, Salvini und den Skandinaviern auch andere teilnehmen sollen. Neben Le Pen und Strache ist auch der Niederländer Geert Wilders angekündigt, der derzeit in seiner Heimat allerdings mit einem massiven Bedeutungsverlust zu kämpfen hat.

stringenten wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Parteichef und Spitzenkandidat Meuthen gilt als wirtschaftsliberal, die Nummer Zwei auf der EU-Liste, Guido Reil, sieht sich dagegen als »sozialer Patriot«.

Im derzeitigen Parlament gibt es schon jetzt rund 150 EU-skeptische oder offen EU-feindliche Ab-

stellung, dass man mit ultrarechten Antidemokraten »nichts zu tun« habe. Das sich anbahnende Bündnis sei »harmonisch und konstruktiv«, glaubt der AfD-Chef. Die Wortführer-Rolle wird allerdings Salvini für sich einfordern. Und der ist nicht dafür bekannt, Widerspruch zu dulden. Peter Entinger

MELDUNGEN

Unions-Gruppe neu aufgestellt

Berlin – Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Mitgliederzahl und Vorstand verdoppelt. Mit 70 Mitgliedern ist sie eine der größten Arbeitseinheiten der Unionsfraktion. Damit setze die Fraktion »ein starkes Signal«, betont Eckhard Pöls, Sprecher der Gruppe: »Wir sind jetzt schlagkräftig, um uns mit voller Kraft für die Anliegen der wichtigen Bevölkerungsgruppen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten einzusetzen.« Die Unions-Fraktion die einzige Fraktion mit einer solchen soziologischen Gruppe. J.H.

Keine Strafe für Polit-»Künstler«

Gera – Die Staatsanwaltschaft Gera hat das Ermittlungsverfahren gegen das »Zentrum für politische Schönheit« wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingestellt. Das sogenannte Aktionskünstlerkollektiv hatte 2017 neben dem Privatgrundstück des AfD-Politikers Björn Höcke eine Nachbildung des Berliner Holocaust-Mahnmals errichtet (siehe PAZ 15/2019). Der Entscheidung war eine Besprechung der Leitung der Staatsanwaltschaft mit dem Generalstaatsanwalt und dem Thüringer Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) vorausgegangen. Außerdem hat die Runde beschlossen, den ermittelnden Staatsanwalt innerhalb der Behörde zu versetzen und ihn zudem von seinen Aufgaben als Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Gera zu entbinden – aus »Fürsorgeaspekten« und »vorläufig bis zur endgültigen Klärung der medial gegen ihn erhobenen Vorwürfe«, wie es aus dem Justizministerium offiziell heißt. Bei diesen Vorwürfen geht es um eine angebliche »AfD-Nähe« des Staatsanwalts. Hintergrund ist eine Spende in Höhe von 30 Euro, die er der Partei vor einem Jahr gemacht haben soll. J.H.

Saar-Skandal zieht Kreise

Kramp-Karrenbauer holt ihre Vergangenheit im Saarland ein

Zu seiner besten Zeit war Klaus Meiser einer der mächtigsten Männer der Saar-CDU. Er war von 1999 bis 2000 und von 2007 bis 2009 Minister für Inneres und Sport, von 2009 bis 2015 Fraktionsvorsitzender sowie von 2015 bis 2018 Landtagspräsident. Nebenbei hatte der passionierte Tischtennispieler ein Faible für Ämter im Sport. So war er von 2014 bis 2018 Präsident des Landessportverbands für das Saarland (LSVS). Außerdem war er Chef der Sportplanungskommission und Aufsichtsratsvorsitzender der Saarland Sporttoto GmbH (Saartoto), aus deren Einnahmen sich der Etat des Sportverbands hauptsächlich speist.

Vergangenen Monat nun verurteilte ihn das Landgericht Saarbrücken zu einer Haftstrafe von 22 Monaten auf Bewährung. Zusätzlich muss der Jurist 120 000 Euro zahlen. Es ging um verschwundene Millionen, eine Party für den Innen- und Sportminister, heimliche Zahlungen an eine Bürokratie, die Meisers Lebensgefährtin war, und Champagner auf Verbandskosten. Insgesamt 25 Millionen Euro Miese hat der LSVS in den vergangenen 17 Jahren angehäuft.

Das Pikante an der Affäre ist, dass für die Kontrolle des LSVS-Haushalts das Innen- und Sportmi-

nisterium zuständig ist und Annelaure Kramp-Karrenbauer von 2000 bis 2004 als Ministerin an der Spitze dieses Hauses stand. Im Frühjahr 2017 gewann sie die Landtagswahl und kündigte an, die volle Legislaturperiode im Saarland zu bleiben. Nur ein halbes Jahr später wechselte sie als Generalsekretärin nach Berlin. Für viele sah dies nach Flucht aus, denn wenige Monate später platzte die LSVS-Bombe. Ihr Weggefährte Meiser verlor in Rekordzeit alle Ämter, war laut Ge-

Die Vergangenheit holt die neue CDU-Chefin ein

richt »ein Funktionär mit beträchtlicher krimineller Energie«. Neben ihm auf der Anklagebank saß der ebenfalls der CDU angehörende ehemalige Präsident des Saarländischen Fußballverbandes (SFV) und des Sparkassenverbandes Saar, Landrat beim Landkreis St. Wendel sowie LSVS-Vize Franz Josef Schumann.

Mit den finanziellen Ungereimtheiten beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss des Landestags, dessen aber nicht viel zu erwarten ist. Denn bei der Posten- und

Pfründeverteilung mischte die SPD eifrig mit. Immerhin musste Kramp-Karrenbauer vor dem Gremium aussagen. Nachfragen gab es nicht. In ihrer Amtszeit habe sie über eine sich andeutende finanzielle Schieflage des LSVS nichts erfahren, sagte Kramp-Karrenbauer. Die Rechtsaufsicht über den Verband habe zudem immer der Staatssekretär gehabt. Aber auch dem sei nichts ausgefallen. »Zufriedenstellend«, nannte der Ausschuss-Obmann diese Aussage. Er ist ein CDU-Mann.

Der leitende Oberstaatsanwalt ist das allerdings nicht. Der kündigte unmittelbar nach dem Meiser-Urteil an, dass weitere Prozesse folgen werden. Derzeit beschäftigt sich ein externes Gutachtermgremium mit der Aufarbeitung des Finanzdesasters beim Sportverband. Das böse Wort der Haushaltsuntreue macht die Runde.

Sollte es zur Anklage kommen, dürfte Gerd Meyer der Topkandidat auf einen Prozess sein. Der frühere Toto-Direktor und CDU-Parlamentarier stand 2002 bis 2015 an der Spitze des LSVS. Er stammt aus dem Ortsverband Kramp-Karrenbauers und gilt als ihr politischer Förderer. Gut möglich, dass Kramp-Karrenbauer noch einmal in den Zeugenstand muss. Diesmal vor Gericht. P.E.

Erfolgreiche Kleine

Regionalbanken treffen die niedrigen Zinsen vergleichsweise wenig

Schon eine kurze Andeutung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einer Veranstaltung hat ausgereicht, die Kurse von europäischen Bankaktien steigen zu lassen. In Frankfurt am Main war Mario Draghi unlängst in recht allgemeiner Form kurz auf die Folgen der Negativzinsen für die Banken eingegangen. Seit März 2016 müssen die Banken für überschüssige Liquidität, die sie über Nacht bei der EZB parken, einen Strafzins von Minus 0,4 Prozent zahlen.

Bereits mehrmals hat Hans-Walter Peters, der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken (BdB), die Negativzinsen als eine Art von »Sondersteuer« kritisiert und deren Abschaffung gefordert. Schätzungen gehen dahin, dass die negativen Zinsen die Banken in der Eurozone pro Jahr 75 Milliarden Euro kosten. Im Kontrast dazu überweist die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) den Banken in den USA jedes Jahr einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag für geparkte Liquidität.

Draghis Eingehen auf die Folge des Negativzinsens hat zu Spekulationen geführt, die EZB könne, nach dem Vorbild Japans und der Schweiz, den Banken Freibe-

träge für geparkte Liquidität einräumen.

Auch die Deutsche Bundesbank hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sich die Ertragslage der deutschen Banken durch die Niedrigzinspolitik verschlechtert hat. Zinsüberschüsse sind mit Abstand die wichtigste Ertragsquelle der Banken in Deutschland.

Erstaunlich gut sind bislang viele der regional ausgerichteten Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen mit der Niedrig-

Kunden halten kleinen Banken trotz Minizinsen die Treue

zinspolitik zurechtgekommen. Ein wichtiger Faktor war dabei die Ausweitung des Kreditgeschäfts. Den Regionalbanken ist es insbesondere gelungen, ihre Marktanteile im Firmenkundengeschäft zu vergrößern. Dabei haben Sparkassen und Volksbanken mehrere Umstände geholfen. Bislang lief die Konjunktur gut, entsprechend hoch war auch der Bedarf an Krediten. Mit der guten Wirtschaftslage war obendrein auch das Ausfallrisiko bei bestehenden Krediten nicht sehr hoch.

Viele Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen haben auf der einen Seite die Einnahmen durch Gebührenanhebungen erhöht und auf der anderen Seite Ausgaben gespart, indem sie seit dem Jahr 2012 Tausende Filialen geschlossen und Personal abgebaut haben. Hunderte Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben in den letzten Jahren mit anderen Instituten fusioniert.

Profitieren konnten die kleineren Banken ganz stark vom Kundenverhalten. Viele deutsche Kunden halten bei der Geldanlage den Sparkassen und Volksbanken trotz Minizinsen bislang weitgehend die Treue. Dies hat die Einlagen wachsen lassen und damit auch die Eigenkapitalbasis gestärkt. Das Verhalten der Kunden könnte auch bei einer Fusion zwischen der Deutschen Bank und der Commerzbank ein entscheidender Faktor werden. Eine Analyse von »YouGov« hat ergeben, dass die Deutsche Bank bei den Commerzbank-Kunden nicht sonderlich beliebt ist. Die Abneigung scheint so groß zu sein, dass Kommentatoren in der Wirtschaftspresse bereits die Möglichkeit sehen, dass viele Privatkunden der Commerzbank nach einer Fusion mit der Deutschen Bank zur Konkurrenz abwandern könnten. Norman Hanert

Zeitzeugen



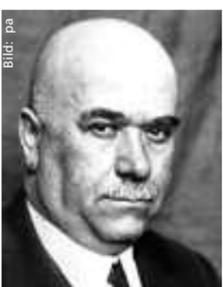
Carl Legien – Der Gewerkschafter und Reichstagsabgeordnete der SPD wurde 1861 im westpreussischen Marienburg geboren. Er übernahm 1890 die Leitung der „Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“, aus welcher der Deutsche Gewerkschaftsbund entstand. Während des Ersten Weltkrieges unterstützte er den Streikverzicht der Gewerkschaften.

Raymond Felix Lavigne – Der Franzose forderte am 14. Juli 1889 beim 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille anlässlich eines Treffens in Paris: „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen ... In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund ... für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.“



Eduard David – Der Reichstagsabgeordnete der SPD setzte sich für die „Burgfriedenspolitik“ während des Ersten Weltkrieges ein. In der Weimarer Republik bekleidete er mehrere Ministerämter. Er war maßgeblich 1919 daran beteiligt, den 1. Mai vom Kampftag des Proletariats in einen Volksfeiertag zu verändern.

August Spies – Der Chefredakteur der sozialistischen Arbeiterzeitung in Chicago wurde 1855 in der Rhön geboren. Er wanderte in die USA aus. Spies wurde Sprecher des anarchistischen Flügels der Sozialdemokraten. Nach den blutigen Ereignissen auf dem Haymarket in Chicago wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. 1893 hob ein Gericht das Urteil auf.



Karl Zörgiebel – Der SPD-Politiker war von 1926 bis 1929 Polizeipräsident in Berlin. 1929 hatte die KPD in Berlin trotz behördlichen Verbots eine Maidemonstration organisiert. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der 28 Menschen getötet wurden. Zörgiebel wurde in den einseitigen Ruhestand versetzt.

Ein Kampftag im Monat Mai

Der »Tag der Arbeit« wurde blutig erstritten – und erlischt

Der „Tag der Arbeit“ ist in die Jahre gekommen. In diesem Jahr ist es 100 Jahre her, dass der 1. Mai als Tag der Arbeit in Deutschland zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde. So richtig frisch wirkt der Jubilar nicht mehr.

Ausgerechnet die Linkspartei machte den Vorschlag, dem „Tag der Arbeit“ einen neuen Namen zu verpassen. Parteichefin Katja Kipping setzte sich dafür ein, weil sich viele Menschen nach ihrer Ansicht nicht mehr über die Arbeit definieren. Darum möchte die Linke den Feiertag umbenennen zum „Tag der Gerechtigkeit“. Ein blutiges Ereignis gilt als Anstoß zum „Tag der Arbeit“. Am 3. Mai 1886 demonstrierten Arbeiter auf dem Haymarket Square in Chicago gegen ihre Arbeitsbedingungen. Seit den 1860er Jahren kämpften sie um eine Verkürzung ihrer täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden. Am 1. Mai 1886 war zu einem landesweiten, mehrtägigen Generalstreik aufgerufen worden, 400 000 Arbeiter

beteiligten sich. Der Zeitpunkt des Streiks war kein Zufall. Traditionell liefen am 1. Mai, dem „Moving Day“, die Arbeitsverträge aus, wurden neue abgeschlossen. Eine der größten Demonstrationen fand in Chicago statt. Laut Polizeibericht warfen dabei Anarchisten eine Splitterbombe auf Polizeibeamte. Die Polizei schoss in die Menge. Aus ihr heraus wurde das Feuer erwidert. Sieben Polizeibeamte und vier Arbeiter waren die Todesopfer dieses Tages. Bei einer anschließenden Gerichtsverhandlung wurden sieben Arbeiter zum Tode verurteilt, vier Urteile vollstreckt. Am 1. Mai 1890 führten die Vereinigten Staaten den Acht-Stunden-Tag ein.

Im Deutschen Reich kamen 18 Gewerkschaften 1889 überein, am darauffolgenden 1. Mai zu streiken. Noch gab es das Sozialistengesetz, das sozialistische, sozialdemokratische und kom-

munistische Versammlungen verboten. Unternehmerverbände hatten mit Aussperrungen oder Entlassungen gedroht. Dennoch entwickelte sich auch in Deutschland der 1. Mai zum Kampftag. 1890 marschierten in Berlin, Dresden und Hamburg 100 000 Arbeiter beiderlei Geschlechts. Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen in Hamburg, sie zogen sich bis zum Spätsommer hin, nachdem die Gewerkschaften ihre Aktionen in anderen Orten abgebrochen und sich auf Hamburg konzentriert hatten. Es blieb beim Zehn-Stunden-Tag. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften führte jedoch zur Gründung einer „Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“.

Während des Ersten Weltkrieges war der 1. Mai Arbeitstag. Die Revolutionsregierung erklärte als eine ihrer ersten Amtshandlungen

den 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag. Aber nur für das Jahr 1919. Die bürgerlichen Parteien lehnten einen Feiertag für eine einzelne gesellschaftliche Gruppe ab. Viele Unternehmer sahen in dem Maifeiertag eine Provokation. Auch die christlichen Gewerkschaften beklagten die „marxistische Heerschau“. Die war Auslöser für den „Blutmai“ 1929. Aus Furcht vor Ausschreitungen war ein Demonstrationsverbot in Berlin verhängt worden. Die KPD marschierte trotzdem. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der 28 Menschen getötet wurden.

Nach 1933 bemächtigten sich die Nationalsozialisten des Maiteges, Hitler erklärte den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ mit großen Aufmärschen.

1949 übernahm der Deutsche Gewerkschaftsbund die Organisation der Maifeiern. Die Zahl der Teilnehmer nahm kontinuierlich ab. Aus dem „Tag der Arbeit“ wurde zunehmend ein Tag der Freizeit. Klaus J. Groth

Der »Tag der Arbeit« wurde zunehmend ein Tag der Freizeit



„Tag der Arbeit“: Für die meisten zählt heute nur noch der Freizeitwert

Bild: Imago

Die »gepanzerte Faust«

Die DDR feierte mit militärischem Aufmarsch

Der „Tag der Arbeit“ war in der DDR der Aufmarsch der „gepanzerten Faust der Arbeiterklasse“. Seit der 1956 verordneten Feier bedeutete das: Militärparade nach sowjetischem Vorbild. Aufmarsch der Panzer und Interkontinentalraketen. Der Arbeiter- und Bauernstaat demonstrierte seine Schlagkraft. Er zelebrierte den Tag der Arbeit mit einem martialischen Auftritt, wie es zuvor die Nationalsozialisten getan hatten, nur Uniformen und Parolen waren gewechselt worden.

Der 1. Mai war der erste festgelegte staatliche Feiertag, eingeführt 1949. Da im Paradies der Arbeiter und Bauern keine Demonstrationen für die Rechte der Werktätigen mehr notwendig waren – nach den Begriffen der Staatsführung –, widmete man sich vornehmlich der Bekämpfung des Klassenfeindes. Der Tag der Arbeit war Bestä-

tigung des staatlich verordneten Glücks. Die dermaßen beglückten Demonstranten marschierten vom Lustgarten bis zum einstigen Schlossgarten, der inzwischen die Namen von Karl Marx und Friedrich Engels trug. Bis kurz vor der sogenannten Wende 1989 brachte

1988 und 1989 eine geschlossene Veranstaltung

man damit noch die Massen auf die Beine. Man defilierte vor der Führung, vor Erich Honecker oder der lokalen politischen Prominenz, gelobte, für die weitere Stärkung der DDR zu arbeiten, noch mehr zu produzieren. Nicht mehr der Kampf um soziale und politische Rechte war das Thema, son-

dern die Verpflichtung gegenüber dem System. Von der abgeschirmten Balustrade nahm das Politbüro die Huldigung gnädig ab. Erst als der Kalte Krieg etwas Tauwetter erkennen ließ, gab man sich wieder etwas volksnäher. Die militärische Schau wurde reduziert, die überhöhten Tribünen abgesenkt. Damit kam man dem Volk etwas näher und konnte in herzlicher Zuneigung Hände schüteln. Das verbesserte das Verhältnis zwischen Volk und Führung nicht wesentlich, sodass man sich 1988 gezwungen sah, die Maifeier zur geschlossenen Veranstaltung zu machen. Die Straßenzüge um die Karl-Marx-Allee wurden von Kampftruppen und Freier Deutscher Jugend (FDJ) abgesperrt. Zu groß war die Angst vor Störern mit Spruchbändern. Ein ähnliches Bild bot sich noch einmal 1989. kjg

Die Arbeit – Lust oder Frust?

Ausgerechnet am „Tag der Arbeit“ wird nicht gearbeitet. Das wirkt paradox. Die Kämpfe um die Rechte der Arbeiter scheinen ausgekämpft zu sein. Das ist verdienstvoll. Die veränderte Arbeitswelt, die fortschreitende Digitalisierung erfordert neue Antworten im Verhältnis zur Arbeit.

Der Begriff der Arbeit ist belastet, negativ besetzt. Warum eigentlich? Spätestens der, der keine Arbeit hat, wird das wissen. Trotzdem wird seit Adam und Eva die Arbeit als unerfreulich dargestellt. Wer die Schöpfungsgeschichte liest, findet die Antwort. Adam und Eva lebten im Paradies. Da gab es keine Arbeit. Bis Adam und Eva trotz Verbot vom Baum der Erkenntnis kosteten. Da war dann Schluss mit den paradiesischen Zuständen. Im Schweiß seines Angesichts sollte Adam nun sein tägliches Brot verdienen.

Arbeit ist also Strafe. Jedenfalls nach der Schöpfungsgeschichte. Und sie ist über Jahrtausende auch so empfunden worden. Wer leben will, muss arbeiten, jedenfalls ist das bei den meisten Men-

Wann wird uns die Arbeit ausgehen?

schen so. Allerdings verliert die Arbeit zunehmend ihren strafenartigen Charakter. Maschinen und Roboter übernehmen die Aufgaben, die als strafend empfunden wurden.

Spätestens dann, wenn uns die Arbeit ausgegangen ist, weil Maschinen überwiegend alle Tätigkeiten übernommen haben, die sich berechnen und in logischen Abläufen automatisieren lassen, wird der Wert einer sinnvollen Beschäftigung verstanden werden. Wenn die Entwicklung weiter so verläuft wie bisher, dann wird die Arbeit ihren strafenartigen Charakter verlieren, die Freizeit nicht mit Lust und die Arbeit mit Frust gleichgesetzt werden. Ob wir damit allerdings wieder auf paradiesische Zustände zusteuern, muss bezweifelt werden. Denn noch ist nicht ansatzweise überlegt worden, wie eine sinnvolle Beschäftigung gesteuert werden kann. In Zeiten der Vollbeschäftigung denkt man nicht daran. Und noch haben wir Zeit, der Weg zurück ins Paradies ist glücklicherweise in weiter Ferne. kjg

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Linke Gewaltorgie befürchtet

Berliner Extremistenszene bläst zum 1. Mai zur schlimmsten Eskalation seit Jahren



„Stich zu! Stich zu!“:
„Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration“ in Berlin-Kreuzberg 2018

Bild: Imago

Berlins linksextreme Szene plant offenbar, die sogenannte revolutionäre 1.-Mai-Demonstration in diesem Jahr nicht in Kreuzberg, sondern in Friedrichshain starten zu lassen. Sicherheitsexperten sind nicht nur wegen der räumlichen Nähe zur Rigaer Straße alarmiert.

Wie schon in den vergangenen Jahren üblich, verweigern die linken und linksradikalen Organisatoren der 1.-Mai-Demonstration offenbar auch in diesem Jahr eine eigentlich vorgeschriebene Anmeldung der Veranstaltung bei den Behörden. Plakate zum „Revolutionären 1. Mai 2019“ unter dem Motto „Gegen die Stadt der Reichen“ und auch Ankündigungen im Internet lassen allerdings darauf schließen, dass in diesem Jahr eine Demonstration am Friedrichshainer Wismarplatz im Simon-Dach-Kiez starten soll.

Ausgangspunkt war in der Vergangenheit üblicherweise ein Treffpunkt in Kreuzberg, dort, wo sich am 1. Mai 1987 bürgerkriegsähnliche Szenen abgespielt haben. Mittlerweile gilt der östliche Teil des Doppelbezirks Friedrichshain-Kreuzberg und insbesondere die Rigaer Straße als die eigentliche Hochburg der linksextremen Szene Berlins. Im Umfeld ehemals besetzter Häuser kommt es in der Rigaer Straße

seit Jahren immer wieder zu Straftaten und Gewalt gegen Polizeibeamte.

Nicht nur der angekündigte Wechsel nach Friedrichshain hat nun Befürchtungen laut werden lassen, der diesjährige 1. Mai könnte wieder wesentlich gewalttätiger verlaufen als der Maifeiertag im Vorjahr. Politikern und Medien hatten den 1. Mai 2018 überwiegend als verhältnismäßig friedlich und ruhig bezeichnet. Tatsächlich waren aber auch im vergangenen Jahr 20 Polizisten verletzt worden, die sonst üblichen massiven Ausschreitungen Linksautonomer am Ende der Demonstration waren allerdings ausgeblieben.

Umso alarmierender wirkt ein Aufruf zur diesjährigen Demo. Dort heißt es: „Nach einer mehrjährigen Phase der Stagnation und des verlorenen Kräfte messens mit Berlins widerlichstem Straßenfest, dem ‚MyFest‘, weicht das Spektakel nach Friedrichshain aus und ermöglicht damit seine Wiedergeburt als rebellisches Datum.“

Dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist es tatsächlich recht erfolgreich gelungen, mit einem großen Straßenfest namens „MyFest“ dem linken Mob in Kreuzberg ein Stück weit die Bühne zu entziehen und etwas entgegenzu-

setzen. Im Laufe der vergangenen 15 Jahre hat sich das „MyFest“ zu einem Anziehungspunkt für Zehntausende Jugendliche entwickelt. Zum Teil schlägt der Erfolg des Straßenfestes allerdings schon wieder ins Negative um. So hat der Bezirk in diesem Jahr entschieden, den Görlitzer Park vom Fest auszunehmen. Der Görlitzer Park, sonst als Drogenumschlagplatz bekannt, musste am 1. Mai 2018 wegen Überfüllung für einige Stunden geschlossen werden. Anwohner hatten sich zudem wegen des Andrangs Tausender Party-Touristen entnervt gezeigt.

Der Erfolg der Straßenfeste war allerdings nur ein Faktor, der dazu führte, dass die Randalen linker Chaoten weniger massiv ausfiel als zuvor. Der linksautonomen Szene fehlte zuletzt auch ein großes, einigendes Thema mit breitem Mobilisierungspotenzial für die Anhängerschaft. Dies scheint sich nun wieder zu ändern. Die Diskussion um steigende Mieten in Berlin und die Initiative für die Enteignung von Wohnungsunternehmen könnte für die Szene genau das große Thema sein, das als Vorwand für Gewalt und für neuen Zulauf sorgt. Wie stark das Thema Wohnen und Mieten die Berliner

bewegt, zeigt der Erfolg des Volksbegehrens zur Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen. Die Initiatoren hatten bereits am ersten Tag rund 15 000 von benötigten 20 000 Unterstützungsschriften erhalten.

Zum weitverbreiteten Unbehagen in der Stadt beim Thema Mieten heizt im Vorfeld des 1. Mai noch ein Polizeieinsatz die Stimmung in der linksextremen Szene an. Am Rande der Berliner „Mietenwahnsinn“-Demonstration am 6. April war in der Kreuzberger Wrangelstraße ein leerstehender Laden besetzt und dann von Polizisten geräumt worden. Demonstrationsteilnehmer, aber auch Politiker der Grünen und der Linkspartei, hatten dabei ein unverhältnismäßig hartes Vorgehen von Polizeibeamten beklagt.

Die Berliner Polizei berichtete wiederum von ganz massiver Gewalt gegen die Beamten vor Ort. Nach Angaben der Beamten war die Menschenmenge so aggressiv, dass sich Zivilpolizisten sogar in dem Laden verbarrikadierten mussten. Insgesamt erlitten bei dem Einsatz neun Polizisten Verletzungen. Einer der Beamten trug offenbar sogar einen Schock davon, nachdem er von einer Person mit einem Messer bedroht worden war. Aus der Menge der Demonstrationsteilnehmer soll dazu „Stich zu! Stich zu!“ gerufen worden sein. *Norman Hanert*

Thema Enteignungen mobilisiert die Anhängerschaft

Scheeres' Selbstenthauptung

Senatorin schadet sich mit Rauswurf ihres Staatssekretärs selbst

Die Berliner Bildungs-senatorin Sandra Scheeres (SPD) hat ihren Staatssekretär und Parteifreund Mark Rackles in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Man habe sich im gegenseitigen Einvernehmen getrennt, nachdem man sich „auseinandergeliebt“ habe, heißt es dazu aus Senatskreisen. Tatsächlich hatte es immer wieder Verstimmungen zwischen der Senatorin und ihrem Stellvertreter gegeben. Zuletzt war es bei der Frage um die Verbeamtung von Lehrern zum Streit gekommen, was Rackles beim Landesparteitag thematisierte. In der Bildungsverwaltung war es schon lange kein Geheimnis mehr, dass es früher oder später zu Rackles' Rauswurf kommen würde.

Dabei ist es ebenso wenig ein Geheimnis, dass Scheeres dadurch mehr zu verlieren als zu gewinnen hat. Denn Rackles war seit 2011 als Staatssekretär maßgeblich verantwortlich für die

Schulpolitik in Berlin. Er galt nicht nur in der Opposition, sondern sogar regierungintern als treibende Kraft und Macher unter einer politisch ebenso wie fachlich schwachen und mit dem Regierungssamt überforderten Senatorin. So hat Rackles Scheeres den Rücken freigehalten und manches Eisen für sie aus dem Feuer geholt. Dabei nahmen seine Zuständigkeiten immer mehr zu. Er habe „zwei Jobs gemacht“, sagte ein SPD-Fraktionsmitglied dem „Tagesspiegel“. Er sei nicht nur Staatssekretär gewesen, sondern habe auch noch die „Taskforce Schulbau“ leiten müssen. Wie es aus der Bildungsverwaltung heißt, habe Scheeres darauf bestanden, dass die Federführung für die Taskforce in ihrem Haus bleibt, obwohl diese Aufgabe auch an die Senatskanzlei hätte abgegeben werden können.

Der Parteileiter Rackles war aber nicht nur der strategische Kopf der Bildungsverwaltung,

sondern auch viele Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner Sozialdemokraten – und ein bekennender Kritiker des Landeschefs und Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Beobachter vermuten, dass Müller hinter der Abberufung von Rackles steckt und damit den Kopf seiner innerparteilichen Gegner vom linken Parteiflügel kaltgestellt hat.

Zur Nachfolgerin von Rackles hat Scheeres ihre langjährige Sprecherin Beate Stoffers ernannt. Die Opposition glaubt indes nicht, dass sich unter deren Ägide etwas an der desolaten Situation der Berliner Schulen ändern wird. Eher im Gegenteil. „Egal was kommt – es wird schlechter“, war sogar aus der SPD-Fraktion zu hören. Das sei der Abgesang auf Scheeres“, kommentierte ein Fraktionsmitglied den Rauswurf von Rackles. Die Senatorin wäre schon längst nicht mehr da, wenn es ihn nicht gegeben hätte. *J.H.*

Wie Pfeifen im Wald

Trotz Optimismus: Geplanter BER-Eröffnungstermin unrealistisch

Die Bundesregierung als Anteilseignerin der operativ für das Flughafenprojekt verantwortlichen Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) geht davon aus, dass der Hauptstadtflughafen wie geplant im Oktober 2020 eröffnet wird. Das schreibt sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen. Darin heißt es weiter, von Mängeln in den Kabelgewerken, bei denen nach Angaben der Fragesteller kein Umbau möglich sei, habe die Bundesregierung keine Kenntnis. Nach Auskunft der FBB bestünden keine nicht behebbaren Mängel.

Von den Fragestellern auf Medienberichte angesprochen, wonach der TÜV Rheinland erwartet, dass die Beseitigung bestehender Mängel mehr Zeit in Anspruch nehmen werde, als die FBB veranschlage, sodass die Eröffnung nicht vor 2021 erfolgen könne, wiegelt die Regierung ab. Nach Einschätzung der FBB differierten

die Sichtweisen der Projektorganisation und die des Prüfsachverständigen nicht wesentlich. Notwendige bauliche Anpassungen oder Nachweisführungen durch spezifische Dokumentationen im Bereich von Kabel- und Trassenwegen seien der Bauorganisation bekannt und befänden sich in der Bearbeitung gemäß Terminplan. Nach Auskunft der FBB würden die Kosten zur Mängelbeseitigung – soweit feststellbar – vom Verursacher getragen.

Gefragt, ob auch die Länder Berlin und Brandenburg als weitere Anteilseigner den Optimismus von FBB und Bundesregierung hinsichtlich des Eröffnungstermins teilen würden, reagiert die Bundesregierung schroff: Sie beurteile nicht deren Kenntnisse und Einschätzungen.

Immerhin erklärt sie in der Drucksache, die FBB darin zu unterstützen, „die Inbetriebnahme des Hauptstadtlughafens BER im Oktober 2020 zu erreichen“. Das

wäre dann neun Jahre nach dem ursprünglich festgesetzten Termin für die Aufnahme des Flugbetriebs. Denn beim offiziellen ersten Spatenstich 2006 wurde noch mit einer Eröffnung im Oktober 2011 gerechnet. Mängel an der Brandschutzanlage, Missmanagement, Fehlplanungen und Pfusch am Bau sowie Baufehler führten dazu, dass der Termin für die Inbetriebnahme immer weiter verschoben werden musste.

FBB-Chef Engelbert Lütke Daldrup will sich von Bedenken des TÜV offensichtlich nicht beirren lassen. Er hat angekündigt, im Oktober die Baufertigstellungsanzeige bei der Baubehörde Dahme Spreewald einzureichen. Dafür muss er jedoch ein TÜV-Zertifikat vorlegen, in dem bestätigt wird, dass alle Anlagen betriebssicher funktionieren und ordnungsgemäß errichtet wurden. Dieses Zertifikat aber wird er bis dahin nicht bekommen. Daran lässt der TÜV nicht die geringsten Zweifel. *J.H.*

Berlin – Hauptstadt der Fehlbelegungen

Von VERA LENGSELD

Was politische Fehlentscheidungen betrifft, man kann es auch Willkür oder Klientelpflege nennen, bricht Berlin alle Rekorde. Seit Kurzem gibt es in der Hauptstadt mehr Staatssekretäre im Ruhestand (29) als aktive (25). Natürlich sind die üppigen Ruhestandsgehälter eine Belastung für die Senatskasse, aber das stört ja nicht, denn die Metropole wird ja von der angeblich abgehängten Provinz bezahlt.

Wie kommt das? Ein Staatssekretär arbeitet als höchster Beamter dem Senator zu, der ihn eingestellt hat. Wenn es zwischen beiden zu Unstimmigkeiten kommt oder der Staatssekretär schwer erkrankt, kann der Senator ihn fristlos entlassen. Der landet dann aber eben nicht auf der Straße, sondern im Vorruhestand. Man nennt sie deshalb im Politikbetrieb auch „Spaziergänger“.

Insgesamt kosten alle 29 Staatssekretäre im einstweiligen Ruhestand pro Monat 54 500 Euro. Das sind natürlich Peanuts im Vergleich zu dem Geld, was jeden Monat noch in die Flughafen-Ruine gepumpt wird, obwohl intern längst hinter vorgehaltener Hand zugegeben wird, dass dort nichts mehr zu retten ist.

Aber Berlin leistet sich noch viel mehr. Dort läuft im Augenblick eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zur Enteignung von Wohnungseigentümern. Um die 200 000 Wohnungen will der Senat auf diese Weise in gesellschaftliches Eigentum überführen und damit für mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Das ihm das gelingt, muss bezweifelt werden. Berlin leistet sich eine enorme Fehlbelegung seiner Sozialwohnungen. Unzählige Mieter klammern sich an ihre Wohnungen mit Sozialbindung, obwohl sie inzwischen längst gut verdienen. Eine wirkliche solidarische Leistung wäre es, die Mieter zu überprüfen, ob sie noch berechtigt sind, eine Sozialwohnung zu haben.

Früher gab es für solche Fälle eine Fehlbelegungsabgabe. Die hat der Senat aber abgeschafft, vermutlich, weil es vor allem rot-rot-grünes Klientel ist, das die Sozialwohnungen blockiert. Also verzichtet die Politik auch jetzt noch darauf, genauer hinzuschauen und Sozialwohnungen ihrem eigentlichen Zweck, finanziell Schwache zu beherbergen, zuzuführen. Man möchte es sich mit den eigenen Unterstützern nicht verderben. Lieber greift man populistisch zum untauglichen Mittel der Enteignung. Das warnende Beispiel Ost-Berlin, in dem der volkseigene Wohnungsbestand dem Ende der DDR entgegengemerkelt und von skrupellosen Miethaien gerettet werden musste, scheint längst vergessen. Im Ostteil der Stadt konnten alle noch 20 Jahre von den dem DDR-Niveau angepassten Mieten profitieren, wovon viele Politiker und Funktionäre von Rot-Rot-Grün Gebrauch machten. Solidarität? Fehlannonce!

MELDUNGEN

FPÖ auf Distanz zu Identitären

Wien – Nach dem Bekanntwerden einer Spende des Attentäters von Christchurch an die Bewegung der Identitären geht die FPÖ auf Distanz zu der Bewegung. FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache betonte, dass es künftig keine Überschneidungen seiner Partei mit den Identitären mehr geben solle. Bestehende Mietverträge sollen schnellstmöglich gelöst werden. Bisher betrieben die Identitären zwei Zentren in Linz und Graz, deren Vermieter die FPÖ war. Druck machte dabei auch der Grazer ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl. „Ein nur ansatzweises Sympathisieren“ mit den Identitären würde zur Auflösung der Koalition führen, warnte er. *M.L.*

Israelisches Mond-Fiasko

Tel Aviv – Die im Februar von der Organisation SpaceIL ins All geschickte israelische Raumsonde „Bereshet“ ist bei der Landung auf dem Mond zerschellt. Befördert wurde die Sonde von einer Falcon-Rakete des Raumfahrtunternehmens SpaceX von Tesla-Chef Elon Musk. Das Mini-Raumschiff sollte eine israelische Flagge auf dem Mond aufstellen und das Gravitationsfeld erforschen. Der gerade wiedergewählte israelische Premierminister Netanyahu verfolgte das Scheitern der Mission live von der Weltraumstation in Yahud bei Tel Aviv aus. Israel wollte nach Russland, den USA und China der vierte Staat werden, der auf dem Mond landet. Nun ist man guter Hoffnung, dass auf den Misserfolg, ähnlich wie einst beim Apollo-Programm, ein neuer Schub an Begeisterung für den Weltraum folgen wird. Mit Gesamtkosten von umgerechnet 84 Millionen Euro war das Unternehmen das mit Abstand billigste der Mondlandungen, die bisher allesamt mehr als eine Milliarde Dollar verschlungen haben. *B.B.*

Brandbrief aus Wien an EU-Kommissare

Innenminister Kickl leitet Europol-Warnung vor »Wanderbewegung von der Türkei nach Europa« weiter

In einem Brief an drei EU-Kommissare warnt der österreichische Innenminister Herbert Kickl vor einer „Wanderbewegung von der Türkei nach Europa“ und damit vor „einem deutlichen Anstieg der illegalen Migration“.

In dem Schreiben beruft sich der Minister der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf ihm vorliegende Informationen, dass mit einem deutlichen Anstieg der illegalen Migration auf der östlichen Mittelmeer- und Balkanroute zu rechnen sei. Die Adressaten des Schreibens sind Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Johannes Hahn, Kommissar für Nachbarschaftspolitik, und Günther Oettinger, Kommissar für Haushalt und Personal.

Der mit dem 8. April datierte Brief wurde in der „Kronen Zeitung“, der reichweitenstärksten Tageszeitung Österreichs, veröffentlicht. Kickl verweist in dem Brief auf Warnungen des European Migrant Smuggling Centre (EMSC) von Europol, gemäß denen eine „großangelegte Wanderbewegung von der Türkei nach Europa vorbereitet werde“. In einem solchen Fall „würde eine bereits volatile Situation am Balkan endgültig in eine neue Krise kippen“, schreibt der Innenminister. Mehrere zehntausend Migranten befänden sich bereits in der Region, davon „5000 in Bosnien-Herzegowina direkt an der Grenze zur EU und weitere 5000 in Serbien. 60 000 Asylbewerber in Griechenland sowie 5,6 Millionen syrische Flüchtlinge im Nahen Osten zeigen das klare Potenzial einer neuen massiven Migrationsbewegung, wenn nicht rasch Maßnahmen ergriffen werden“, warnt Kickl.

Deshalb wolle Österreich Maßnahmen ergreifen, um das zu verhindern. Zunächst sollen die Westbalkanstaaten unterstützt werden, um Rückkehrsy-

steme für Immigranten aufzubauen. Allerdings brauche es für den Kapazitätsausbau vor Ort mehr finanzielle Mittel der EU. Kickl führt weiter aus, dass Flüchtlinge zwar ein Recht auf ein Leben in Sicherheit, jedoch kein Recht hätten, ihr Zielland frei auszusuchen. Aus diesem

drehen und warten, bis wieder zigtausende Migranten an der Grenze stehen“. Kickl erklärte zudem, nichts zu tun, wäre „verantwortungslos“.

Der Innenminister ist überzeugt: „Eine politische Reparatur- und Flickschusterei-Mentalität bringt uns in der EU nicht

die Schlepper und an illegale Immigranten kann nur lauten: Versucht es erst gar nicht! Nur ein Europa, das seine Grenzen schützt und dadurch handlungsfähig bleibt, kann auch seine Werte fördern und schützen und jenen helfen, die Schutz wirklich benötigen.“

und das klare Signal senden, dass die östliche Mittelmeer- und Balkanroute geschlossen bleiben“. Präventiv sollten daher die jeweiligen Notfallpläne für einen neuen Massenzustrom abgestimmt werden, um gemeinsam eine neue Krise schon im Ansatz zu verhindern.



Der Ressortchef für Migration (links) ist einer der drei Kommissare der Europäischen Union, die vom österreichischen Bundesinnenminister (rechts) einen Brandbrief erhalten haben, in dem vor „einem deutlichen Anstieg der illegalen Migration“ gewarnt wird: Dimitris Avramopoulos und Herbert Kickl Bild: pa

Grund komme der „Verankerung von verpflichtenden Grenzverfahren unter Anwendung eines effektiven Konzepts der sicheren Drittstaaten“ größte Bedeutung zu.

Kickl will nicht wie sein Vorgänger bei der „Massenimmigration von 2015/2016 Däumchen

weiter, sondern nur ein klarer, proaktiver strategischer Zugang.“ Es gelte, eine neue Krise abzuwenden, statt darauf zu warten, bis sie ausbreche. „Wir sind jedenfalls entschlossen, jede gebotene Maßnahme zu setzen, um illegale Einwanderung zu verhindern. Die Botschaft an

Um das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken, „müssen wir auch mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament jetzt mehr denn je gegenüber unserer Bevölkerung unsere Bereitschaft und Fähigkeiten zur Verhinderung einer neuen Krisensituation unter Beweis stellen

Österreich sei bereit, „mit gutem Beispiel voranzugehen und plant daher eine Informationskampagne sowie zum Kapazitätsaufbau vor Ort beizutragen. Hierbei bedarf es aber weit mehr EU-Unterstützung, etwa bei der Finanzierung der tatsächlichen Rückführung“, so Kickl. *Michael Link*

Kein Grund zum Aufatmen

Mit Bouteflikas Rücktritt sind noch nicht Algeriens Probleme gelöst

Nach dem 22. Februar, an dem der seit 20 Jahren regierende mittlerweile 82-jährige damalige Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Abd al-Aziz Bouteflika, seine Kandidatur für eine weitere Amtszeit bekanntgegeben hatte, rissen die Proteste in dem Lande nicht mehr ab. Demonstrationen wie diese hatte es seit den 1990er Jahren in dem nordafrikanischen Land nicht mehr gegeben.

Damals hatte das Land einen zehnjährigen blutigen Bürgerkrieg gegen die radikalen Moslems der Heilsfront mit 200 000 Toten hinter sich. Bouteflika der seit 1999 regierte, galt als Retter des Landes, weil er dem Land mit harter Hand wieder eine gewisse Stabilität verleihen konnte und dafür gesorgt hat, dass Algerien als eines von nur wenigen arabischen Ländern 2011 keinen Arabischen Frühling erlebte.

Allerdings geht es infolge von Korruption und Vetterwirtschaft seit Jahren wirtschaftlich bergab. 2012 hatte Algerien noch die achtgrößten Währungsreserven der Welt. Seit 2013 haben sich diese Reserven infolge des Rückgangs der Öl- und Gaspreise auf 100 Milliarden US-Dollar halbiert. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das 2014 bereits niedrig war, liegt jetzt nur noch bei 2,3 Prozent. Das

Haushaltsdefizit liegt bei 9,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Inflation hat die Fünf-Prozent-Marke erreicht.

Viele Algerier werfen ihrer Führung vor, unter Bouteflika drängende Probleme wie Arbeitslosigkeit, Korruption und Armut ignoriert zu haben. Seit einem Schlaganfall im Jahre 2013 sitzt Bouteflika im Rollstuhl, kann kaum noch sprechen und muss alle paar Wochen in die Schweiz zur medizinischen Untersuchung.

Seine Gegner sind nicht besser als der Ex-Präsident

Jetzt hat er nach wochenlangen Protesten aus allen gesellschaftlichen Lagern, denen sich am Ende auch das Militär angeschlossen hatte, seinen Rückzug aus der Politik erklärt.

Aber Aufatmen kann Algerien noch nicht. Algerien steht eine schwierige Übergangsperiode mit politischer Instabilität bevor. Instabilität kann Machtvakuen erzeugen, die im arabisch-islamischen Raum radikale Moslemorganisationen wie der Islamische Staats und al-Kaida gerne zu füllen versu-

chen. Die für den 18. April geplant gewesenen Präsidentschaftswahlen sind auf unbestimmte Zeit verschoben. Bouteflika war am Ende bereits eine Marionette geworden, eine Fassade für opportunistische Geschäftsleute, korrupte Offiziere, für Parteien sowie die von ihnen kontrollierten Medien.

Aber seine Gegner sind nicht besser, das zeigte allein schon die Plünderung des Geschichtsmuseums von Algier durch Demonstranten vor einigen Wochen. Algerien benötigt tiefgreifende Reformen, angefangen bei der Verfassung, um dem Präsidenten endlich die Möglichkeit zu geben, Armee und Sicherheitskräfte in die Schranken zu weisen, die sich in die politischen Belange einmischen, seit das flächenmäßig größte Land Afrikas 1962 von Frankreich die Unabhängigkeit erlangte. Dann müsste auch das Parlament aufgelöst werden, das sich als unfähig erwiesen hat, einen offensichtlich nicht amtsfähigen Präsidenten von seinen Aufgaben zu entbinden.

Alles scheint in Algerien möglich, nur ein Rückfall in die Gewalt scheuen unisono alle Algerier, die diese bereits in den 1990er Jahren erlebt haben und sie seit acht Jahren wieder im Nachbarland Libyen mitverfolgen können beziehungsweise müssen. *Bodo Bost*

Selektive Wahrnehmung

Angriffe auf das Christentum werden in Frankreich gelegnet

Weder das Leeren von Opferstöcken noch der Raub von Kunstwerken aus Kirchen oder Kirchen- und Graberschändungen sind ein neues Phänomen in Frankreich. 2017 wurden nach Angaben des Innenministeriums 252 Gräber geschändet und 626 Kirchen in irgendeiner Form beschädigt oder entweiht. Für 2018 gibt das Innenministerium die Zahl der Angriffe mit 1063 an. Drei Viertel davon entfallen auf kirchliche Gebäude und ein Viertel betrifft Gräber. In annähernd 100 Fällen kam es zu beachtlichen Gewaltwirkungen. Auf 365 Tage verteilt bedeuten diese offiziellen Zahlen, dass letztes Jahr in Frankreich durchschnittlich täglich drei christliche Einrichtungen in irgendeiner Weise beschädigt wurden.

Doch seit dem Jahreswechsel hat das Phänomen der Kirchenschändungen in Frankreich eine neue Größenordnung erreicht. Im Januar brannte die Kirche Sint-Jacques in Grenoble bis auf den Grund nieder. Anfang Februar wurden frankreichweit innerhalb von einer Woche fünf Kirchen entweiht, und das Tor einer katholischen Grundschule in der Hafenstadt Sète an der Mittelmeerküste wurde mit der Aufschrift „Die einzige Kirche, die erleuchtet, ist eine brennende Kirche“ beschmieret. Im März wurden einige Glasfenster und die Orgel

der weltberühmten Kathedrale von Saint-Denis, in der sich die Gräber der französischen Könige befinden, durch Eindringlinge zerstört. Wenige Tage später wurde auf die bedeutende Pariser Kirche Saint-Sulpice ein Brandanschlag verübt. Im Falle der letzten beiden Angriffe empörte sich ausnahmsweise einmal das Politestablishment, doch



Olivier Ribadeau-Dumas

gewöhnlich sind diese Akte von antichristlicher Zerstörungswut maximal einen Fünfzeiler in der Lokalpresse wert.

Von staatlicher und offizieller kirchlicher Seite sowie den Medien wird das Phänomen in dem Maße heruntergespielt, wie umgekehrt das Phänomen der „Islamophobie“ und des rechten Antisemitismus aufgebauscht wird. Die Angriffe auf

christliche Kirchen werden damit heruntergespielt, dass 45 000 Kirchen nur 2300 Moscheen und 300 Synagogen gegenüberstünden. Und vor allem weigern sich Staat und Kirche, hinter den Angriffen ideologische Motive zu sehen. Kirchenschänder werden ähnlich wie islamische Terroristen entweder zu „psychisch Kranken“ deklariert, oder aber man weigert sich hartnäckig, mehr als wirtschaftliche Interessen hinter den Angriffen zu sehen. Obwohl beispielsweise in den Kirchen von Houilles und Maisons-Laffitte im Großraum Paris das Altarkreuz und eine Marienstatue zerstört wurden beziehungsweise der Tabernakel schwer beschädigt wurde, will die Diözese Versailles darin keinen antichristlichen Akt sehen. In Nîmes, wo die Hostien auf dem Boden verstreut wurden und ein Kreuz aus menschlichen Exkrementen an die Kirchenwand gemalt wurde, kann sich die Kirche allerdings nicht der Realität verschließen und erkennt eine Entweihung an. Doch insgesamt relativiert der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Olivier Ribadeau-Dumas, das Phänomen: „Aber es gibt auch viele Leute, die nicht wissen, was eine Kirche ist. Sie betreten sie, um zu stehlen, zu zerstören. Man muss also die Angriffe auf Kirchen differenziert betrachten.“ *Eva-Maria Michels*

Kommt der lachende Dritte aus China?

Handelsstreit zwischen den großen Flugzeugproduzenten EU und USA eskaliert

Im Handelsstreit zwischen den USA und der EU ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Washington und Brüssel werfen sich gegenseitig vor, den Flugzeugbauern Airbus und Boeing unerlaubte Beihilfen zu gewähren. Profiteur des Streits könnte ein chinesischer Staatskonzern sein.

Als Vergeltung für Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus hat die Regierung von US-Präsident Donald Trump im Handelsstreit mit der EU neue Zölle angekündigt. Auf einer vorläufigen Liste, die der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer veröffentlicht hat, stehen Produkte aus der EU wie Flugzeugteile, Hubschrauber und Ferngläser, aber auch Milchprodukte und Wein. Auf diese Produkte will Washington Abgaben in Höhe von rund elf Milliarden US-Dollar erheben. Nur kurz nach Veröffentlichung der Liste legte Präsident Trump per Internetdienst Twitter nach: „Die EU hat die USA beim Handel jahrelang ausgenutzt. Das wird bald aufhören!“ Im Gegenzug bezeichnete die EU-Kommission die angekündigten Zölle als „stark übertrieben“ und kündigte ihrerseits Gegenmaßnahmen auf US-Produkte an.

Der Konflikt um staatliche Beihilfen für Flugzeugbauer schwelt mittlerweile bereits seit 15 Jahren. Bis zum Jahr 2004 war ein Abkommen gültig, das staatliche Hilfen für große Zivilflugzeuge regelte. Beide Seiten hatten dabei vereinbart, dass die Hilfen des Staates maximal ein Drittel der Entwicklungskosten betragen können.

Auf Druck des damaligen Boeing-Chefs Harry Stonecipher kündigten die USA das Abkommen. Seitdem beschäftigt sich die Welt Handelsorganisation (WTO) in Genf mit der Frage der Beihilfen. Die WTO ist inzwischen zu dem Schluss gekommen, dass beide Seiten gegen die Regeln verstoßen hätten. So kann sich Präsident Trump im aktuellen Streit auf ein WTO-Urteil aus dem Mai 2018 stützen. Die WTO war zu dem Schluss gekommen, dass Airbus

eine illegale Anschubfinanzierung beim Bau seiner Maschinen erhalten habe. Streitpunkt waren hierbei Darlehen, die Länder mit Airbusstandorten wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Spanien dem europäischen Flugzeugbauer gewährt haben.

Erst Ende März hatte die WTO allerdings auch geurteilt, die Regierung der USA wäre der Forderung nicht nachgekommen, alle steuerlichen Begünstigungen für

warnte: „Ein Streit zwischen Boeing und Airbus wäre absurd, da die Branche eng verflochten ist. Wir sind bei einer Reihe von Komponenten aufeinander angewiesen.“ Aus Sicht von Le Maire würde bei einer Eskalation des Subventionsstreits zwischen Airbus und Boeing der chinesische Flugzeughersteller Commercial Aircraft Corporation of China Ltd. (Comac) profitieren. Der staatliche Flugzeughersteller versucht

In Russland läuft ein staatlich finanzierter Versuch des Flugzeugbauers Irkut, mit dem Passagierflugzeug MC-21 Airbus Konkurrenz zu machen. Bislang wird der Weltmarkt für zivile Großraumjets von Boeing und Airbus beherrscht. Die Konkurrenz aus China und Russland dürfte auf dem Weltmarkt erst langfristig eine Chance haben.

Rückenwind erhalten die Flugzeugbauer Comac und Irkut bei

ger gilt bislang als Verkaufsschlag von Boeing. Das entsprechende Konkurrenzmodell von Airbus ist der A320neo, der sich ebenfalls bestens verkauft.

Aktionäre wollen nach den Abstürzen nun den US-Flugzeugbauer verklagen. Nach Angaben einer großen Anwaltskanzlei werfen Anleger dem Luftfahrtkonzern vor, entscheidende Fakten zur Boeing Baureihe 737 Max verheimlicht zu haben. Dem Flug-



Sie macht bereits der Boeing 737 und dem Airbus A320 Konkurrenz: Die Comac C919

Bild: Imago

Boeing zurückzunehmen. Dabei geht es vor allem um milliarden-schwere Steuernachlässe des Bundesstaates Washington, in dem viele Endmontagelinien von Boeing angesiedelt sind. Auf diese Entscheidung beruft sich die EU bei ihrer Ankündigung von Gegenmaßnahmen.

Lachende Dritte im Streit könnten Flugzeugbauer in China und Russland sein. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire

mit russischer Hilfe, in China eine eigene Flugzeugindustrie aufzubauen, die auf dem Weltmarkt mitmischen kann. Vor zwei Jahren hob mit der C919 Chinas erstes großes Passagierflugzeug zum Jungfernflug ab. Die C919 ist als Konkurrenzprodukt zu dem Boeing-Modell 737 und zum Airbus A320 konzipiert. Inzwischen hat Comac auch das Projekt eines Langstreckenflugzeugs vorge-

stellt. ihrer Aufholjagd nicht nur durch den schwelenden Subventionsstreit zwischen Washington und Brüssel, sondern der Airbus-Rivale Boeing steckt auch wegen Problemen mit seinem Modell 737 MAX 8 derzeit in einer tiefen Krise. Nach Abstürzen zweier Flugzeuge dieses Typs in Indonesien und Äthiopien dürfen die 737 MAX 8 derzeit weltweit nicht mehr abheben. Der auf sparsamen Kerosinverbrauch getrimmte Flie-

zeugbauer aus Seattle drohen zu dem Schadensersatzklagen von Angehörigen der Todesopfer. Der Börsenwert von Boeing ist nach den beiden Abstürzen zeitweise um 30 Milliarden US-Dollar geschrumpft. Boeing ist im Aktienindex Dow Jones Industrial Average (DJIA) der am stärksten gewichtete Einzeltitel und auch das größte Exportunternehmen der USA.

Norman Hanert
(siehe auch Personalie S. 24)

MELDUNGEN

Insolvenz beantragt

Hamburg – Der Hamburger Windanlagenbauer Senvion hat Insolvenz in Eigenverantwortung beantragt. Senvion beschäftigt in Deutschland etwa 1800 Mitarbeiter. Branchenexperten nennen als Gründe für die Schwierigkeiten des Unternehmens veränderte Rahmenbedingungen auf dem Markt, aber auch zu geringe Investitionen, um sich auf den Auslandsmärkten stärker positionieren zu können. Weltweit wächst der Markt für Windkraftanlagen, allerdings liefern sich große Hersteller wie Vestas Wind Systems A/S, Siemens Gamesa Renewable Energy (SGRE) und General Electric (GE) einen harten Preiskampf. N.H.

Bayer plant Stellenabbau

Leverkusen – Der Chemiekonzern Bayer hat Pläne zum Abbau von rund 12 000 Stellen vorgelegt. Bis Ende 2021 sollen allein in Deutschland 4500 Stellen wegfallen. Bereits vergangenes Jahr hatte Bayer ein großes Umstrukturierungsprogramm angekündigt, mit dem 1,4 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Bayer sieht sich nach der Übernahme des US-Unternehmens Monsanto mit einer Prozessflut wegen möglichen Krebsrisiken eines Unkrautvernichters von Monsanto konfrontiert. N.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.913.005.771.892 €

Vorwoche: 1.913.062.306.688 €

Verschuldung pro Kopf:

23.106 €

Vorwoche: 23.106 €

(Dienstag, 16. April 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro

Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Neuer Kriegswahn

Von Eberhard Hamer

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert höhere Beiträge von den Mitgliedsländern. Schon jetzt geben die NATO-Staaten 249 Milliarden Dollar für Aufrüstung aus, Deutschland jährlich allein fast 43 Milliarden Euro. Die NATO unterstützt nicht nur den Spionage-, Finanz- und Wirtschaftskrieg der USA gegen Russland und andere Wettbewerber der einstigen Weltmacht, sondern führt auch den von den USA gewünschten Truppen- und Raketenaufrüstung gegen Russland in immer größerem Ausmaß durch.

Die wachsende Kriegsbereitschaft der NATO wird vor allem von den USA verlangt, die sich nach eigenen Aussagen selbst im Krieg befinden, nämlich im Wirtschafts-, Finanz- und Spionagekrieg gegen alle Länder, die ihr Öl nicht abgeben wollen (Iran, Venezuela) oder die

NATO-Politik steuert in Dritten Weltkrieg

Dollardiktatur ablehnen (China, Russland oder Iran). Die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht Chinas und dessen Weigerung, sich der globalen Finanzdiktatur des Dollarimperiums unterzuordnen, haben seit 2013 bereits zu Planungen geführt, dass sich die USA auf einen Krieg gegen China vorbereiten sollten.

Während Washington das Reich der Mitte durch einen Ring von Militärbasen einkreist, geht Peking strategische Allianzen ein wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Da die Amerikaner schon die meisten Vorkommen an Öl, Gas, Kohle und Uran in der Welt für sich gesichert haben, führen die neuen chinesischen Energie- und Rohstoffsicherungspläne zwangsläufig zu Konflikten, vor

allem im Mittleren Osten und in Zentralasien. Der frühere US-Vizeaußenminister Tony Blinken forderte deshalb, dass sich die USA und ihre Partner „vereint entgegenstellen müssen, wenn China versuche, einseitig den Status quo zu verändern“. Der damalige Admiral der US-Pazifikflotte, S. H. Swift, sagte dann auch, die Flotte sei bereit zu handeln, sobald der Präsident dies befehlen würde.

Immer wieder machen US-Politiker auch auf die steigenden chinesischen Rüstungsausgaben aufmerksam. Sie seien mit 240 Milliarden Dollar etwa um die Hälfte höher als die offiziellen Angaben. Allein die NATO hat aber gleiche Rüstungsausgaben und die USA zusätzlich mehr als doppelt so hohe (fast 630 Milliarden Euro). Größter Aufrüster sind also die USA. 70 Prozent ihres

Produktionsstocks sind rüstungsrelevant, zu 70 Prozent hängt also der Wirtschaftsaufschwung in den USA von Rüstungsverkäufen ab. Diese wiederum davon, dass Kriegsgefahr beschworen wird oder Krieg stattfindet.

Kriegsgefahr besteht nach Auffassung der USA nicht nur in der Ukraine, in Syrien und in Afghanistan, sondern auch im Jemen, mit dem Iran und im Pazifik, wo die Chinesen Inselstützpunkte zu Flugplätzen ausbauen, um das Chinesische Meer zu beherrschen – eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt und zugleich eine wichtige Rohstoffquelle. Wenn es dort zu Auseinandersetzungen zwischen China und USA kommt, würde die NATO zur Hilfe befohlen – und Deutschland wäre dabei.

Flutterhafte Verhältnisse

Von Volker Wittmann

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Auch die Ehe der Immer-noch-Kanzlerin kriselt. Wie schon vielfach zu leen war, besteht die Zweisamkeit mit ihrem Mann Joachim Sauer nur noch aus „obligatorischen Urlaubs- und Bayreuth-Fotos“. Unterdessen fährt er bereits ohne sie in die Ferien. So rauscht es im Blätterwald.

Sollte Pastorentochter Angela Merkel, geborene Kasner, die Scheidung einreichen, wäre es das zweite Mal. Zuvor hatte sie sich schon von Gatte 1 Ulrich Merkel kinderlos getrennt. Ihr Vorgänger im Amt Gerhard Schröder ist bereits bei Ehefrau 5. Sein damaliger Außenminister Joschka Fischer war ebenso oft auf dem Standesamt. Beide blieben gleichfalls ohne Ableger. Wen wundert da der demografische Wandel?

Flutterhafter als in der Politik geht es nur noch in Amerikas Lasterhöhle Hollywood zu, wo man die Gespulis wechselt wie die Hemden. Doch auch in Deutschland gibt es mittlerweile Lebens-Abschnitts-Gefährten mit begrenzter Haltbarkeit. Der Papst im Ruhestand Benedikt XVI. machte die 68er für die verlotternden Sitten verantwortlich. Hieß es doch damals: „Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment.“

Um die Wählerstimmen der verbliebenen, treu sorgenden Väter und Mütter nicht zu verlieren, täuschte Merkels Vorgänger als Parteichef der Union, Dauer-

kanzler Helmut Kohl, eine Idylle in seiner Familie vor. Dann starb Gattin Hannelore in Einsamkeit durch Selbstmord. Sein Sohn Walter erfuhr vom Tod des Vaters aus dem Autoradio. Das harte Schlaglicht auf die Menschen im Schatten der Macht erschütterte die Republik.

Die Weichen für herzlose Laufbahnen in der Politik werden früh gestellt. Wer eine liebe Frau und nette Kinder daheim hat, den wird es abends kaum auf Parteiversammlungen in dunstige Kneipen ziehen. Wo familiäre Wärme fehlt oder wenig gilt, sucht man Ersatz in glänzenden Auftritten, Blitzlichtgewittern oder einem Bad in der Menge.

Verflogen die Zeiten tiefer Gefühle, als sich Brautleute mit innerlichem Beben gelobten Höhen und Abgründe des Lebens Hand in Hand zu durchwandern, „bis dass der Tod euch scheidet“? Nicht ganz. Seit 2005 halten Ehen in Deutschland wieder zunehmend länger. Zumal junge Leute schätzen vermehrt Kinderlachen um den heimischen Herd.

Gestandene Preußen wie Simon Dach hielten es von jeher so. Der Dichter aus Memel schmiedete vor vier Jahrhunderten die Reime zu einem unvergänglichen Volkslied: „Käm alles Wetter gleich auf uns zu schlahn, wir sind gesinnt, beinander zu stahn. Krankheit, Verfolgung, Betrübnis und Pein soll unsrer Liebe Verknottung sein. Ännchen von Tharau, mein Reichtum, mein Gut, du meine Seele, mein Fleisch und mein Blut.“

Familie oder Parteifreunde lautet die Frage



Bei der Eröffnung der Richard-Wagner-Festspiele auf dem Grünen Hügel in Bayreuth: Joachim Sauer und Angela Merkel

Bild: Imago

So sicher wie eine baldige Steuererhöhung kommt aus Warschau die nächste Forderung nach Milliarden von Euro, die Deutschland als Reparationen für den Zweiten Weltkrieg zahlen sollte. Kein Land habe so sehr unter den Deutschen gelitten, heißt es zur Begründung, wobei man die 27 Millionen Toten, die Russland zu beklagen hat, tunlichst vergisst. Der polnische Anspruch wird überhaupt eher nach Bedarf, weniger nach Art und Gültigkeit der internationalen Rechtslage berechnet.

Sonst könnte es nämlich nicht geschehen, dass die geforderte Summe im Herbst 2017 noch 48,8 Milliarden Dollar betrug, im Jahr darauf von 543 Milliarden Dollar auf 850 Milliarden anstieg und sich derzeit um die Billion bewegt. Es sei nach einer „neuen Methode kalkuliert“ worden, heißt es in Warschau zur Erklärung.

Einigkeit besteht nur in einem: Der Zweite Weltkrieg liegt 75 Jahre zurück. Da erhebt sich die Frage nach der Verjährung von Schuld und Anspruch. Doch dazu gibt es keine verbindliche Regelung. Weiterhelfen könnte nur eine Analogie. Gabe es für Reparationsforderungen keine Verjährung, wie dies Polen und, nebenbei bemerkt, auch Griechenland behaupten, so sollte sich Deutschland daran machen, nach Stockholm eine umfangreiche Rechnung zu schicken, die Reparationen betreffend, die man wegen der Schäden aus dem Dreißigjährigen Krieg geltend mache.

Polen indes hat selbst dafür gesorgt, dass die Verjährungsfrage obsolet ist. Am 23. August 1953 erklärte die Regierung in Warschau wörtlich: „Mit Rücksicht darauf, dass Deutschland seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nachgekommen ist und dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Interesse sei-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

ner friedlichen Entwicklung liegt, hat die Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluss gefasst, mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten ...“

Heute fällt die Regierung Polens, eines Partnerlandes in EU und NATO, hinter diese Entscheidung eines kommunistischen Regimes im Kalten Krieg zurück. Warschau bestreitet die Rechtswirksamkeit dieses Beschlusses. Die Hymnen von der pazifistischen, völkerveröhnenden Wirkung eines vereinten Europa erweisen sich als Feiertagsgerede, das alten Animositäten und neuer Begehrlichkeit nicht standhält.

Dabei ist es die Erklärung von 1953 gar nicht allein, die Warschau davon abhalten sollte, immer neue Forderungen zu stellen. Acht Jahre zuvor war im Potsdamer Protokoll, Abschnitt IV, „Reparationen aus Deutschland“, festgehalten worden: „Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.“ Diese Festlegung bildete auch den Hintergrund dafür, dass der polnische Verzicht gleich nach dem Verzicht der Sowjetunion geleistet wurde.

Eine weitere Station polnischer Verzichtserklärungen gab es im Jahre 1970. Im Zuge der Verhandlungen zum Warschauer Vertrag bestätigte der stellver-

tretende polnische Außenminister Josef Winiewicz den Verzicht seines Landes auf weitere Reparationen aus Deutschland.

Diese Zusicherung gehörte übrigens zu dem wenigen, was Deutschland aus den Ostverträgen des Willy Brandt auf der Habenseite notieren konnte. Diese Verträge hatten nämlich einen weitestgehend verschwiegenen Hintergrund. Als Brandt im Jahre 1966 in der ersten Großen Koalition Außenminister wurde, ahnte man im Ostblock eine große Chance. In den Tagen vom 24. bis zum 26. April 1967 trafen sich die kommunistischen Führer Osteuropas im böhmischen Karlsbad, und hielten in einem Papier ihre diplomatischen Ziele gegenüber Deutschland fest, im Grunde genommen die Quittierung der Kriegsbeute Stalins. Alles, was sich in den Ostverträgen wiederfindet, entspricht den Karlsbader Beschlüssen. Es gab nie eine Brandt'sche Ostpolitik, es handelte sich um eine Moskauer Westpolitik, deren Vollzugsorgan in Bonn Egon Bahr gewesen ist.

Es ist auch im Sinne dieser sowjetischen Westpolitik, dass sich Polen – noch lange bevor je ein deutscher Politiker diese Möglichkeit angedeutet hätte – vehement dagegen zur Wehr setzt, den Verlust der deutschen Ostgebiete in die Kalkulation von Schuld und Geld einfließen zu lassen. Vielmehr unternimmt die polnische Seite immer wieder den Versuch, den Eindruck zu erwecken, Deutschland habe keinerlei Leistungen für eine Wiedergutmachung erbracht.

So sicher wie eine baldige Steuererhöhung

Von FLORIAN STUMFALL

Zu den Stationen polnischen Verzichts auf Reparationen aus Deutschland gehört auch die Charta von Paris für ein neues Europa aus dem Jahr 1990. Sie enthält folgenden Passus: „Die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist ein bedeutender Beitrag zu einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ein gemeinsames demokratisches Europa, das sich seiner Verantwortung für Stabilität, Frieden und Zusammenarbeit bewusst ist.“ Diese Charta, die auch Polen unterschrieben hat, bedeutet die Anerkennung des Zwei-plus-Vier-Vertrages zwischen den damals noch zwei Deutschlands und den Hauptsiegermächten nicht nur durch die Unterzeichner, sondern auch die Signature der Pariser Charta. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ersetzte einen Friedensvertrag und umfasst den Verzicht auf Reparationen. Wenn sich also die polnische Seite, was ihren Verzicht aus dem Jahre 1953 angeht, darauf zu berufen sucht, das Land sei damals nicht souverän gewesen und daher sei die Vereinbarung rechtsunwirksam, so zählt bei der Charta von Paris diese Ausrede nicht mehr.

Ein weiterer Meilenstein ist der Deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991. Darin ist die Rede von guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit, Begriffe mithin, die den Vorbehalt unerle-

digter finanzieller Ansprüche nicht dulden. Dagegen wurde – auf freiwilliger Grundlage – ein Fonds zur Entschädigung polnischer Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet, und eine Stiftung für deutsch-polnische Aussöhnung ins Leben gerufen. Diese ist mit Millionen Euro aus Deutschland ausgestattet, die NS-Opfern zugutekommen. „Diese Leistungen“, heißt es in einem Memorandum des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, „erfolgten damit rechtsdogmatisch nicht in Anerkennung einer zwischenstaatlichen Rechtspflicht (Deutschland-Polen), sondern als moralischer Ausgleich der von polnischen Bürgern erlittenen materiellen und immateriellen Schäden.“

Was in einem solchen moralischen Sinne ungeachtet des Fehlens einer solchen Rechtspflicht seit 1953 von Deutschland nach Polen gezahlt worden ist, kann man kaum aufschlüsseln, es sind zu viele Titel und Posten, und ein Nachrechnen wäre krämerisch und unwürdig.

Es ist schlimm genug, wenn die polnische Seite in dieser Sache immer wieder insistiert. Der Sejm-Abgeordnete Janusz Szewczak beispielsweise erklärte vor Kur-

zem in einem Interview mit der Zeitschrift „WPolityce“: „Solange Deutschland seine Schuld gegenüber Polen aus dem Zweiten Weltkrieg – es handelt sich um mindestens 900 Milliarden Dollar – nicht getilgt hat, muss es außerordentliche Zurückhaltung üben, wenn es um Angriffe auf die polnische Regierung gehen sollte.“

Um solcher Schelte willen hätte sich Deutschland vor 15 Jahren nicht mit all seinem Einfluss um die Aufnahme Polens in die EU bemühen müssen. Sie widerspricht dem Geist und der Zielsetzung der Gemeinschaft und schadet dadurch all ihren Mitgliedern.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Der Klang zwischen den Meeren

Lyriker auf Platt in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein – Zum 200. Geburtstag von Klaus J. Groth

Theodor Storm aus Husum und Thomas Mann aus Lübeck – diese beiden fallen einem zuerst ein, wenn man an bedeutende Autoren denkt, die aus dem Land zwischen Nord- und Ostsee stammen. Der aus Dithmarschen stammende Lyriker Klaus J. Groth ist dagegen außerhalb seiner Heimat eher unbekannt. Dabei gilt er neben Fritz Reuter als Hauptvertreter der niederdeutschen Sprache.

Heimatexperten sehen in Groth den Begründer der neuniederdeutschen Dichtung im 19. Jahrhundert. Denn er orientierte sich an Mundartdichtern wie Johann Peter Hebel in Süddeutschland, erlangte mit seiner Ausprägung des poetischen Realismus die Bedeutung von Zeitgenossen wie Detlef von Liliencron, Eduard Mörike sowie Theodor Storm und erhielt sogar zusammen mit Theodor Fontane 1890 den begehrten Schillerpreis.

Wegen der Klangs Schönheiten des Niederdeutschen in seinen Gedichten bewog es Komponisten wie Johannes Brahms zu einer Fülle von Vertonungen. Zuletzt sorgte der Kirchenmusiker Ernst Pepping mit seinem Liederzyklus „As ik hier dit Jahr weer“ für eine moderne Vertonung.

Der am 24. April 1819 in Heide in der Region Dithmarschen im Herzogtum Holstein geborene Müllersohn strebte eigentlich eine Lehrerkarriere an. Aber der Schuldienst überforderte den kränklichen jungen Mann. Nach einem Zusammenbruch – heute würde man sagen: Burnout – nahm er sich eine Auszeit auf der Insel Fehmarn.

Groth begann in seinem Refugium mit der Schriftstellerei, quittierte 1849 den Schuldienst und vertraute für die Zukunft ganz auf seine Dichtkunst. Dabei setzte er mit großer Heimatliebe auf das

„Dithmarscher Platt“, das nur noch von einfachen Leuten gesprochen wurde und vom Hochdeutschen verdrängt worden war.

Doch mit den Versepen des „Quickborn“ durchbrach Groth alle Bedenken und Vorbehalte. Nach deren Veröffentlichung 1852 folgten binnen Kurzem mehrere Nachauflagen, die für Bekanntheit und Einnahmen sorgten. Groth konnte fortan als freischaffender Schriftsteller leben, brachte 1854 als hochdeutsche Ergänzung die

Gedichtsammlung „Hundert Blätter“ heraus und verfasste zusätzlich niederdeutsche Prosa. Er arbeitete dabei mit der Musikalität seiner Sprache die Lebens- und Gefühlswelt seiner Heimatregion in einem Reigen, der Gefühlswichtigkeit, Weltschmerz und auch einen „gütigen Humor“ beinhaltet.

Das überzeugte eine wachsende Leserschaft über Norddeutschland hinaus und wirkte vorbildhaft auf andere Schriftstellerkol-

legen bis hin nach Flandern. Mit diesem Erfolg ließ er sich dauerhaft in Kiel nieder, wo er ein offenes Haus unterhielt und mit dem Germanisten Karl Müllenhoff Regeln für die niederdeutsche Rechtschreibung erarbeitete.

Mehr noch: Der aufstrebende Dichter erhielt 1855 ein Stipendium des dänischen Königs, unternahm damit eine Studienreise über Hamburg hinaus bis nach Bonn und pflegte dort bei einem längeren Aufenthalt einen regen Gedankenaustausch mit anderen Geistesgrößen. Das reichte von Ernst Moritz Arndt über den Staatsmann Friedrich Christoph Dahlmann und den Philologen Friedrich Gottlieb Welcker bis zu den Komponisten Carl Reinecke und Johannes Brahms, mit dem er in der Folge befreundet war.

Dazu gesellte sich im Gefolge der Bonner Anerkennung 1856 die Verleihung einer Ehrendoktorwürde durch die Friedrich-Wilhelms-Universität. Auf dieser Grundlage habilitierte er sich 1858 an der Kieler Universität.

Doch seine Hoffnungen auf eine akademische Professorenkarriere erfüllten sich nicht. 1859 heiratete Groth Doris Fincke, gründete mit ihr im Kieler Schwanenweg einen bürgerlichen Salon, der musik- und geistesinteressierte Kieler Bürger und Geistesgrößen, die in Kiel weilten, anzog. Darunter waren klangvolle Namen wie die Komponisten Eugen d'Albert, Johannes Brahms und Clara Schumann oder die Konzertmeister Hans von Bülow und Joseph Joachim.

Parallel gab es weitere Veröffentlichungen mit seinen hoch- und niederdeutschen Texten und einen Streit mit dem niederdeutschen Schriftsteller Fritz Reuter, dem er wegen dessen „schwankhaften Derbheiten“ eine unangemessene „Abwertung der nieder-

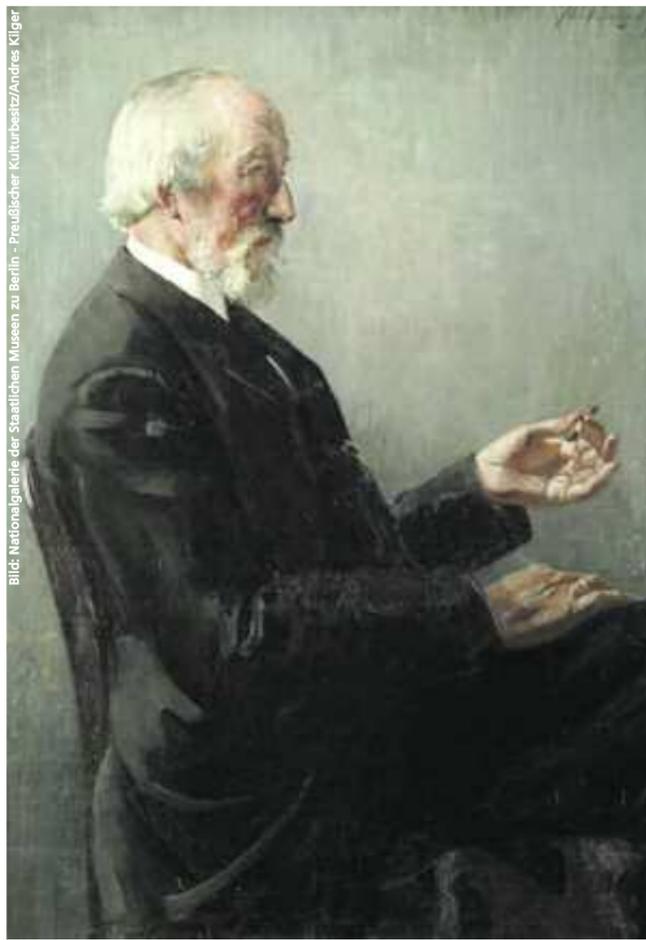
deutschen Sprache und Kultur“ vorwarf.

Bevor seine Heimat 1867 zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein wurde, war er durch den österreichischen Statthalter in Holstein zum Honorarprofessor erhoben worden. Dazu leistete er sich mit seiner Frau Reisen nach England und in die Niederlande. 1875 begründete der musikalische Dichter mit Gesinnungsfreunden das erste Schleswig-Holsteinische Musikfest in Kiel, dem bis 1914 noch sieben Wiederholungen folgten. Alles schien für ihn bestens zu sein.

Aber dann folgten nach 1878 zwei Schicksalsschläge, die ihn tief erschütterten. Das waren der Tod seiner Frau und seines Sohnes. Von diesem Schmerz suchte er Trost auf Reisen nach Italien und in die Schweiz. Dazu wuchs mit der Herausbildung der Heimatbewegung in Deutschland das Ansehen von Groth. 1893 kam die Herausgabe seiner „Gesammelten Werke“, die eine große Verbreitung fanden. Dem trugen auch die Städte Heide und Kiel Rechnung. Sie erhoben den Dichter zum 80. Geburtstag zum Ehrenbürger. Wenige Wochen später starb Groth am 1. Juni 1899 in Kiel.

Seine letzte Ruhe fand er auf dem Kieler Südfriedhof. Am Standort seines Wohnhauses steht jetzt ein Krankenhaus mit dem bezeichnenden Namen „Quickborn“ und mit einem Gedenkstein am Eingang. Inzwischen gibt es in vielen Orten Norddeutschlands Straßen und Schulen mit seinem Namen. In Heide pflegen eine „Klaus-Groth-Gesellschaft“ und ein „Klaus-Groth-Museum“ die Erinnerung an ihn. Seinen Nachlass bewahrt die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek in Kiel. Ab 1981 erschien eine aktuelle Ausgabe seiner Werke.

Martin Stolzenau



Meister der Niederdeutschen Sprache: Klaus J. Groth

Die Gräfin mit der Kamera

Ausstellungen in Berlin und Hamburg über die Kulturnation Syrien

Gleichzeitig widmen sich das Pergamonmuseum in Berlin und das Archäologische Museum in Hamburg in Fotoausstellungen dem kriegsgebeutelten Syrien und seiner Kulturlandschaft. Ihr Reichtum zog seit jeher Reisende und Forscher in ihren Bann.

Zu ihnen zählte auch Yvonne von Schweinitz, geb. Gräfin von Kanitz (1921–2015). In Danzig geboren, lebte ihre Familie in Westpreußen auf den Gütern Saskoschin und Domachau. Als der Vater die Steinschen Güter in Westfalen erbt, siedelte sie in den 1920er Jahren nach Capenberg um. Dank ihrer Reise- und Foto-Leidenschaft durchquerte die Gräfin 1953 sieben Monate lang zusammen mit Kollegen, darunter der Journalist Hans von Meiss-Teuffen, den Vorderen Orient mit dem Auto.

Über die Türkei, Syrien, Jordanien, Israel, Irak und Iran kam die reisefreudige Adelige bis Afghanistan und Pakistan. 1957 heiratete sie Viktor von Schweinitz. Fortan reiste das Paar gemeinsam, darunter erneut nach Syrien. Im Gepäck waren eine Rolleiflex-Mittelformatkamera und verschiedene Leica-Kleinbildkameras. Ihre Motive hielt Yvonne in Schwarz-Weiß und Farbe fest. Gut verwahrt, überdauerten die Aufnahmen in außergewöhnlich guter Qualität. Eine Auswahl ihrer Syrien-Bilder von 1953 und 1960 wurde 2018 erstmals in einer eigenen Schau in Fürstentfeld-

bruck gezeigt und ist nun in Hamburg zu sehen.

Die übersichtliche Reiseroute über Damaskus, Homs, Hama und Aleppo, mit Abstechern in die Wüstenoase Palmyra und ins Gebiet der „Toten Städte“ aus frühchristlicher Zeit im Norden macht Syrien für den Besucher geografisch leicht fassbar. Mit ihrem dokumentarischen Blick auf das Leben und Treiben der Men-



Gräfliches Foto: Hölzerne Wasserschöpfräder in Hama

schen, ob Händler oder Hirte, Stadt-, Landbewohner oder Beduine, Türke oder Araber, Moslem oder Christ, auf Männer, Frauen und Kinder gibt die Fotografin Syrien ein Gesicht: das typische Gesicht eines orientalischen Landes vor 60 Jahren.

Auch die Berliner Ausstellung nimmt die Altstädte von Damaskus und Aleppo, Palmyra und die

„Toten Städte“, dazu Raqqa in den Fokus. Die vorher intakten Altstädte von Aleppo oder Bosra liegen heute genauso wie Palmyra in weiten Teilen in Trümmern. Beschädigt sind auch die „Toten Städte“. Die Kreuzfahrterfestung Krak des Chevaliers wurde bereits wieder instandgesetzt. Einzig die Altstadt von Damaskus und die Burg Salah al-Din blieben bislang von großen Schäden verschont.

In einem digitalen Archiv zusammengetragene Berichte, Fotos, Pläne und Karten sollen als wertvolle Grundlage für den Wiederaufbau dienen. Seit 2013 arbeiten zwei Projektgruppen an dem „Syrian Heritage Archive Project“, eine am Museum für Islamische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin und eine am Deutschen Archäologischen Institut. Entstanden ist das umfassendste Archiv über Syrien außerhalb des Landes. Die Berliner Ausstellung, darunter Fotos von 1963 bis 2014, macht jetzt erstmals Teile davon öffentlich. Helga Schnehagen

„Syrien. Fragmente einer Reise, Fragmente einer Zeit“ im Archäologischen Museum Hamburg, Museumsplatz 2 (neben dem Harburger Rathaus), bis 16. Juni, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr; „Kulturlandschaft Syrien. Bewahren und Archivieren in Zeiten des Krieges“ im Pergamonmuseum Berlin, Bodestraße (Museumsinsel), bis 26. Mai, geöffnet täglich von 10 bis 18, donnerstags bis 20 Uhr.

Fröhliche Tee-Party

Altes Eisen tratscht besonders gut – Der Film »Tea with the Dames«

Bei Klatschrunden bleiben Frauen und Männer meist ihrer Geschlechterrolle treu. Während Männer sich zum Stammtisch in der Kneipe verabreden, treffen sich Frauen zum Kaffeekränzchen. Bei den Briten spricht man da eher von einer „tea party“, trinkt man doch Tee zum Kuchen.

Bei einer solchen Party betagter Schauspielerinnen spielte der

Schulleiterin in den „Harry Potter“-Filmen, und Eileen Atkins teilen sich dasselbe Geburtsjahr (1934). Mit 89 Jahren Älteste in der Runde ist Joan Plowright. Zusammen bringen sie es auf 341 Jahre. Nach dem Ritterschlag der Queen dürfen alle den Adelszusatz „Dame“ („Däim“ gesprochen) tragen. Und alle vier Freudinnen treffen sich einmal im Jahr auf einem Landsitz, um über Kolle-

Jüngere Zuschauer werden etwas vermissen: das Handyklingeln und der Blick auf das Smartphone. Diese Damen sind noch vom ganz alten Schlag und lassen sich von nichts ablenken, auch nicht von der Kamera, vor der sie es ohnehin gewohnt sind zu posieren. So reden sie frei von der Leber weg und schrecken auch nicht davor zurück, die eigenen Gebrechen ironisch zu thematisieren. „Joan, soll ich dir mein Hörgerät leihen?“, fragt Dench die fast völlig erblindete Plowright, als sie etwas nicht verstanden hat.

Plowright darf sich eigentlich Baroness nennen. Den Titel darf sie nach der Heirat mit Theaterlegende Laurence Olivier tragen. „Eine Naturgewalt und manchmal auch ein Albraum“ sei er gewesen, und alle stimmen zu. In den 50er und 60er Jahren standen sie alle mal mit diesem exzentrischen Perfektionisten auf der Bühne.

Michells Film ist zugleich eine tiefe Verbeugung vor diesen vier Altstars wie auch vor dem Alter selbst. Wenn auch die Beine oder Knie mal versagen, so sind diese Frauen geistig so fit, dass es Spaß macht, ihnen zuzuhören. Sie mögen zum alten Eisen gehören, sind aber längst keine Veteranen. Das „Kücken“ dieses Quartetts, Maggie Smith, verkörpert aktuell in einem Londoner Theater in dem Stück „Ein deutsches Leben“ Goebbels' Sekretärin Brunhilde Pomsel. Die Klatschrunde wird sich danach wieder einiges zu erzählen haben. Harald Tews



Quasselfreudige Viererbande: Maggie Smith, Joan Plowright, Eileen Atkins und Judy Dench (v. l.)

Bild: Mark Johnson

Regisseur des Erfolgsfilms „Notting Hill“, Roger Michell, jetzt Mäuschen. In dem Dokumentarfilm „Tea with the Dames“, der am 25. April in die Kinos kommt, lauschte er bei den Gesprächen von vier Ikonen des britischen Films und Theaters mit.

Judy Dench, die Spionagechefin „M“ in den neueren „James-Bond“-Filmen, Maggie Smith, die

gen, die verstorbenen Ehemänner oder über das Älterwerden zu lästern.

Regisseur Michell gab den Frauen dabei keinerlei Handlungsanweisungen. Er lässt sie sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Dass dabei manch zotige Anekdoten und Flüche unzensuriert durchrutschen, macht den Film zu einem reinen Vergnügen.

Nach dem Vorbild der Vertreiberstaaten

Die Niederlande wollten nach dem Zweiten Weltkrieg deutsches Territorium annectieren und die Bewohner ausweisen

Vor 70 Jahren besetzten die Niederlande, aber auch Belgien und Luxemburg Gebiete im Westen Deutschlands. Die Annexionen waren aber beschränkter als die an der deutschen Ostgrenze, weil die westalliierten Besatzungsmächte Großbritannien und USA den territorialen Gelüsten ihrer Verbündeten angesichts des beginnenden Kalten Krieges nur sehr wenig Raum ließen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs planten sowohl die Niederlande als auch Belgien und Luxemburg, mehr oder weniger große deutsche Gebiete entlang ihrer jeweiligen Ostgrenzen zu annectieren. Sie rechtfertigten dies mit einem angeblichen Anspruch auf Ausgleich für Kriegsschäden.

Besonders weit gingen die Ambitionen der Niederlande. Dort präsentierte die Staatskommission zur Klärung der Annexionsfrage (Staatscommissie ter Bestudering van het Annexatievraagstuk) Ende 1945 den sogenannten Bakker-Schut-Plan, der drei Möglichkeiten aufführte. In seiner Maximalvariante A empfahl der nach dem Sekretär des Niederländischen Komitees für Gebietserweiterungen (Nederlandsch Comité voor Gebiedsuitbreiding), Frits Bakker-Schut, benannte Plan die Besetzung aller Gebiete westlich der Linie Wilhelmshaven–Osnabrück–Hamm–Wesel–Köln–Aachen einschließlich der Städte Aachen, Osnabrück, Münster, Köln und Oldenburg. Insgesamt sollten 41 Landkreise und kreisfreie Städte



Besitzerwechsel am 23. April 1949: Bei Elten wird ein deutscher Grenzpfahl in den niederländischen Farben übermalt und mit einem großen „N“ für „Niederlande“ beschriftet

Bild: Nationaal Archief, archiefinventaris 2.24.01.03 bestand-deelnummer 903-3274

um einiges maßvoller, wobei das Großherzogtum von einer „Desannexion“ sprach, weil es sich bei den geforderten Gebieten um solche handelte, die vor der französischen Annexion des Herzogtums und dessen Umwandlung ins Département Forêts (Wälder) im Jahre 1794/95 zu jenem gehört hatten. Letztlich ging es hier meist um Streifen nunmehr deutschen Territoriums von fünf bis zehn Kilometern Breite.

Allen drei Beneluxstaaten erteilte die Alliierte Hohe Kommission für Deutschland Absagen bezüglich ihrer territorialen Wünsche, denn die westlichen Besatzungsmächte strebten angesichts des beginnenden Kalten Krieges nach einer schnellen politischen Stabilisierung in ihren Besatzungszonen. Mit den Millionen von Flüchtlingen aus den Ostgebieten waren die westlichen Besatzungszonen bereits an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Eine zusätzliche wirtschaftliche Schwächung

vorläufige Berichtigungen der Westgrenze Deutschlands“ vorzunehmen. Dieser Beschluss wurde hernach im Pariser Protokoll vom 22. März 1949 fixiert.

Das ermöglichte den Niederlanden den Zugriff auf 69 Quadratkilometer deutschen Bodens. Die lagen vor allem im sogenannten Flaschenhals von Sittard und Tündern im Selfkant rund um die Kleinstadt Elten sowie im Landkreis Grafschaft Bentheim und waren von insgesamt 9553 Menschen bewohnt.

Belgien durfte einige kleinere deutsche Ortschaften und Forstgebiete entlang seiner Ostgrenze beziehungsweise der Vennbahn zwischen Aachen und Ulfingen annectieren, verzichtete aber in den meisten Fällen auf deren Besetzung, um Kosten zu sparen. Gleiches galt für Luxemburg. Das wollte zunächst 544 Quadratkilometer in den deutschen Grenzkreisen Bitburg, Saarburg und Prüm mit knapp 32 000 Einwohnern, be-

gnügte sich dann jedoch mit der Abtretung des Kammerwaldes samt der Ortschaft Roth und dem Gut Neuscheuerhof – alles in allem eine Fläche von 547 Hektar.

Zur Verwaltung der Beute verabschiedete das Parlament in Den Haag am 22. April 1949 einen „Grenscorrectiebesluit“. Der sah die Einsetzung von sogenannten Landdrosten vor, die direkt dem Innenministerium unterstanden und über weitreichende Machtbefugnisse vor Ort verfügten. Hierdurch wurden die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Deutschen in den annectierten Gebieten ebenso ausgehebelt wie durch das Verbot, an Wahlen teilzunehmen.

Einen Tag nach diesem Beschluss vollzogen die Beneluxstaaten die „Grenzkorrekturen“. In der Gemeinde Elten mit ihren 3225 Bürgern sah dies folgendermaßen aus: Bei strahlendem Frühlingssommer markierte die holländische Gendarmerie (Koninklijke

Marechaussee) am Morgen des 23. April zunächst den neuen Grenzverlauf und rollte dann gegen Mittag mit einigen Jeeps samt aufmontierten Maschinengewehren in Richtung des Rathauses von Elten. Dieser Kolonne folgten Busse voller niederländischer Journalisten sowie 100 Zollbeamte auf Fahrrädern und der Landdrost Adriaan Blaauboer, der um 12.15 Uhr offiziell die Amtsgeschäfte vom deutschen Bürgermeister übernahm.

Die deutsche Bevölkerung verfolgte das Schauspiel niedergeschlagen, aber ruhig. Für das einzige Vorkommnis sorgte ein Betrunkener, der lauthals die deutsche Nationalhymne sang. Trotzdem hatten die Besatzer vorsichtshalber mehrere gepanzerte Fahrzeuge vom Typ „Otter“ am Grenzübergang Elten-Babberich zusammengesogen, um etwaige Unruhen sofort niederschlagen zu können. Außerdem wurde die Ortschaft für die nächsten zwei Wochen hermetisch abgeriegelt.

Nachdem die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge von 1954 teilweise souverän geworden und in die Westeuropäische Union und die NATO integriert worden war, begannen Verhandlungen mit den Beneluxstaaten bezüglich der Rückgabe der 1949 besetzten Gebiete. Diese endeten in allen drei Fällen erfolgreich. Zwischen dem 28. August 1958 und dem 1. August 1963 wurden nahezu alle „Grenzkorrekturen“ rückgängig gemacht. Dafür zahlte Bonn 338,3 Millionen D-Mark an die Niederlande und

Großbritannien und die USA verhinderten Schlimmeres

te mit 10 000 Quadratkilometern Fläche annectiert werden. Von den dort lebenden 1,5 Millionen Einwohnern sollte ein Großteil analog zur Vorgehensweise im Osten entschädigungslos enteignet und ausgewiesene beziehungsweise vertrieben werden.

Die Forderungen Belgiens und Luxemburgs blieben dahingegen

Vor 70 Jahren erfolgten Hollands Einverleibungen

Luxemburg. In belgischer Hand verblieben nur Teile der Gemeinde Leykaul sowie einige Waldstücke. Die Holländer behielten den 75,9 Meter hohen Wylerberg bei Nijmegen und vorerst die Straße N 274 bei Selfkant, die 2002 infolge des Schengener Abkommens unter bundesdeutsche Verwaltung kam. *Wolfgang Kaufmann*

»Leider wieder nur ein Mädchen«

Die erste Autofahrerin der Welt, die vor 75 Jahren gestorbene Bertha Benz, und ihr Mann Carl ergänzten sich geradezu kongenial

Leider wieder nur ein Mädchen.“ Es heißt, Karl Friedrich Ringer habe diese Worte in die Familienbibel geschrieben, als seine Ehefrau Auguste Friederike mit Cäcilie Bertha, genannt Bertha, am 3. Mai 1844 in Pforzheim zum dritten Mal statt eines Stammhalters ein Kind zur Welt brachte, bei dem zum großen Glück ein kleines Stück fehlte. Es heißt ferner, Bertha Ringer habe diese fünf Worte im zarten Alter von zehn Jahren gelesen. Trotzdem hatte sie wie viele Töchter ein sehr inniges Verhältnis zu ihrem Vater und wollte ihm möglicherweise deshalb ein guter Sohn sein. Möglicherweise wollte auch der Vater aus ihr einen guten Sohn machen.

Fakt ist – und da hören die Spekulationen auf –, dass Bertha Ringer Fähigkeiten und Interessen besaß, die traditionell eher als männlich gelten. So interessierten sie Technik und Naturwissenschaft. Ihr Vater, ein Zimmermeister, liebte sie, obwohl sie „nur ein Mädchen“ war, war durch Immobiliengeschäfte zu Wohlstand gekommen und gönnte ihr eine für damalige Verhältnisse gute Schulbildung.

Angesichts ihres für ein Mädchen in der damaligen Zeit bemerkenswerten Interessensschwerpunktes verwundert es nicht, dass sie sich in einen Ingenieur verliebte – der zudem auch noch gut aussah und gern tanzte. Bei einer Ausfahrt des Vereins „Eintracht“ lernte sie am 27. Juni 1869 Carl Benz kennen. Benz war zwar mittellos, aber sie ließ sich von seiner Begeisterung für die Idee, einen motorgetriebenen Straßenwagen zu erfinden, anstecken.

Abermals zeigte sich bei Bertha Ringer eine Eigenschaft, die traditionell eher als männlich gilt: Willenskraft. Sie wollte diesen Mann zum Ehemann. Seine Mittellosigkeit schreckte sie nicht ab. Sie brachte ihren Vater dazu, ihr bereits vor der 1872 erfolgten Eheschließung ihre Mitgift und ihren Erbanteil zur Verfügung zu stellen. Sie investierte das Geld in die Realisierung des Traums des fünf Jahre Älteren, der zu ihrem gemeinsamen wurde. Bertha Ringer brachte jedoch nicht nur Geld ihres Vaters, sondern auch Sparsamkeit in das Unternehmen ein und Geschäftstüchtigkeit, abermals eine Fähigkeit, die traditionell eher Männern zugetraut wird.

Mit finanzieller wie auch technischer Hilfe seiner Ehefrau gelang Carl Benz schließlich der technische Durchbruch, die ersehnte Erfindung eines selbstfahrenden Kraftwagens. 1886 erhielt Carl



Mit ihrem Mann 1894 in einem seiner Autos: Bertha Benz

Benz ein Patent auf seinen Motorwagen. Die Produktion für den Markt konnte beginnen. Drei Jahre zuvor hatte er bereits mit zwei Teilhabern die Firma „Benz & Cie. Rheinische Gasmotorenfabrik in Mannheim“ gegründet.

Das Auto war da, aber was fehlte, waren Kunden. Ausfahrten auf öffentlichen Straßen und Wegen, welche die Öffentlichkeit mit den Autos konfrontiert und ihr die Leistungsfähigkeit der neuen Erfin-

hende Frau, ein scheinbar hilfloses Weib. Und Polizisten waren Männer. Bertha hatte da größere Chancen als ihr Gatte, dass sich die Vertreter der Obrigkeit im Zweifelsfall als nachsichtige Kavaliere und Gentlemen erweisen würden. So war sie es, die sich über die restriktiven Vorgaben der Obrigkeit für die Erprobung des Automobils hinwegsetzte und die erste Überlandfahrt unternahm – angeblich ohne das Wissen ihres Mannes.

Am frühen Morgen eines der ersten Tage im August des Dreikaiserjahres 1888 verließ Bertha Benz mit ihren 13 und 15 Jahre alten Söhnen Eugen und Richard auf beziehungsweise in einem Exemplar des ersten für den Verkauf produzierten Benz-Automobils, des Benz Patent-Motorwagens Nummer 3, das heimische Mannheim. Das Ziel war die in Pforzheim wohnende Mutter. Auch hier zeigte Bertha Benz wieder Willensstärke und technischen Verstand. Wenn Kühlwasser nachgefüllt werden musste, holte sie es aus Dorfbrunnen, Bahnwärterhäusern, Wirtshäusern oder einem Wassergraben. Als in Wiesbach der Treibstoff ausging, kaufte sie Leichtbenzin für die Kleider-

reinigung in einer Apotheke. Als eine Benzinleitung verstopft war, machte sie diese mit ihrer Hutnadel wieder frei. Als die Zündung wegen Kurzschlusses streikte, funktionierte sie ihr Strumpfband zum Isolierband um. Und als die Bremsen schwächelten, ließ sie die Bremsbacken von einem Schuster mit Leder beschlagen. Nach 106 Kilometern Fahrt war am Abend des Tages das Ziel erreicht. Drei Tage später ging es über eine andere Route wieder zurück. Der Benz hatte den Praxistest bestanden.

Wenn die Werbewirkung der Ausfahrt auch nicht überschätzt werden sollte, so setzte sich das Automobil doch durch. Vor allem Bertha Benz war es vergönnt, den Erfolg noch miterleben, aber auch Carl. Er starb 1929, sie erreichte ein geradezu biblisches Alter. Vor 75 Jahren, zwei Tage nach ihrem 95. Geburtstag, an dem sie noch zur Ehrensenatorin der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt worden war, starb sie in Ladenburg, dem Sitz des 1906 von ihrem Mann Carl und ihrem Sohn Eugen gegründeten Automobilherstellers und -zulieferers „C. Benz Söhne“. *Manuel Ruoff*

»Don't Cry for Me Argentina«

Wie viele Idole starb Eva Perón, die Präsidentengattin aus einfachen Verhältnissen, in der Blüte ihrer Jahre

Mit dem Lied „Don't Cry for Me Argentina“ und dem Musical „Evita“ setzten Andrew Lloyd Webber und Tim Riceaus ihr 1976 ein musikalisches Denkmal. Doch bereits zu Lebzeiten war sie eine Ikone. Hunderttausende jubelten ihr auf öffentlichen Versammlungen zu. Vor 100 Jahren kam Eva Perón, genannt Evita, unehelich in bescheidenen Verhältnissen zur Welt.

Eva Maria Ibarguren, so der Mädchename von Eva Perón, wurde am 7. Mai 1919 als eines von fünf unehelichen Kindern ihrer Mutter Juana in der argentinischen Pampa geboren. Der leibliche Vater – ein wohlhabender Großgrundbesitzer – lebte zunächst bei der Familie, war jedoch verheiratet und kehrte später zu seiner Ehefrau zurück. Eva wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Mit 15 Jahren verließ sie gemeinsam mit ihrem damaligen Liebhaber die Provinz, um in Buenos Aires den Traum vieler junger Mädchen zu leben und eine Karriere als Schauspielerin zu beginnen. Zu dieser Zeit nahm sie den Familiennamen „Duarte“ ihres zwischenzeitlich verstorbenen Vaters an. Tatsächlich erhielt sie mehrere Engagements für Theaterstücke und in einigen drittklassigen Filmen. Als Sprecherin für Hörspiele in Radiosendungen war ihr mehr Erfolg beschieden und in den frühen 40er Jahren war sie bereits eine der bestverdienenden Schauspielerinnen des Landes.

Im Januar 1944 erschütterte ein verheerendes Erdbeben die Provinz San Juan im Westen Argentiniens. Die Militärregierung unter Pedro Ramírez beauftragte den damals noch unbedeutenden Obristen und Arbeitsminister Juan Perón mit der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, zu denen auch ein Benefizkonzert für die Opfer der Katastrophe gehören sollte. Anlässlich einer Gala im Stadion Luna Park in Buenos Aires lernten sich Juan Perón und Eva Duarte

kennen. Die 24 Jahre junge Schauspielerin wurde zunächst zur Geliebten des doppelt so alten Politikers. Schon früh machte Perón sich die Popularität von Eva zunutze. Als die Militärregierung damit begann, die Arbeitnehmerorganisationen zusammenzufassen und unter ihre Kontrolle zu bringen, wurde sie Präsidentin der Schauspieler-Gewerkschaft. In Radiosendungen und öffentlichen Auftritten warb Eva Duarte für die Person und das politische Programm ihres Geliebten. Innerhalb des Regimes wurde Perón immer mehr zu einer Schlüsselfigur. Er konnte sich dabei vor allem auf die Arbeiterschaft und die armen Bevölkerungsschichten stützen. Be-

reits 1944 musste Präsident Ramírez auf sein Drängen hin zurücktreten.

Im Oktober 1945 allerdings wurde Perón wegen seines zunehmenden Einflusses von seinen Kameraden verhaftet. Daraufhin versammelten sich rund 300.000 seiner Anhänger vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires und forderten

schaft. Nur einen Tag später heiratete er Eva.

Aus den für den 26. Februar 1946 angesetzten Wahlen ging er als eindeutiger Sieger hervor. Schnell wurde Eva Perón zum Außergewöhnlichen der Präsidentschaft ihres Mannes. Für ihn tourte sie durch Europa und verlieh der neuen Politik in Buenos Aires auf dem

eigenständige politische Akteurin betrachtet werden kann. Tatsächlich setzte ihr Engagement erst mit dem Beginn der Beziehung zu ihrem späteren Mann ein. Aus ihrem Vorleben sind weder politische Aussagen noch entsprechende politische Präferenzen überliefert. In Interviews und Reden hat sie sich stets als durch ihren Mann poli-

schon nach wenigen Jahren mehr als 14.000 Angestellte und war damit eine wichtige Machtbasis. Der Organisation flossen später auch Einnahmen aus Steuergeldern zu. Sie selbst arbeitete zum Teil bis zu 20 Stunden am Tag für ihre Stiftung.

Rigoros war ihr Vorgehen gegen Kritiker. Eva Perón litt zeitlebens unter dem Makel ihrer illegitimen Geburt und wurde dafür in der konservativen argentinischen Gesellschaft ebenso angefeindet, wie für mehrere sexuelle Beziehungen, die sie vor ihrer Eheschließung mit Perón unterhalten hatte. Zeitweise wurde auf ihren Druck hin das Erscheinen der heute noch existierenden Tageszeitung „La Prensa“ untersagt, die diesen Umstand thematisierte.

Im engeren Sinne politisch war lediglich ihr Einsatz für das Frauenwahlrecht. Dieses wurde bereits ein Jahr nach dem Amtsantritt von Juan Perón in Argentinien eingeführt. Sie gründete und führte den Frauenverband der Peronistischen Partei. Eigene Ambitionen, für die Präsidentschaftswahlen 1951 neben ihrem Mann als Kandidatin anzutreten, musste sie auf Druck aus dem Militär und auch wegen des Ausbruchs ihres schweren Krebsleidens aufgeben. An dieser Krebserkrankung starb Eva Perón am 26. Juli 1952. Obwohl sie nie ein offizielles Amt bekleidete, ordnete die Regierung Staatstrauer an. Drei Millionen Menschen nahmen an den Begräbnisfeierlichkeiten in der Hauptstadt teil. Acht Menschen wurden dabei zu Tode gequetscht. In Buenos Aires waren sämtliche Floristkläden ausverkauft, und Blumen mussten aus den Nachbarländern eingeflogen werden. Diese bis zur Verklärung reichende Popularität von Eva Perón wirkt bis in die Gegenwart nach. Gerade wegen ihres Einsatzes für die Armen wird sie in Südamerika zum Teil noch heute wie eine Heilige verehrt. Dirk Pelster

Typisch Eva Perón:
Mit ihrem Ehemann im Schlepptau grüßt sie die Massen



Bild: Imago

spieler-Gewerkschaft. In Radiosendungen und öffentlichen Auftritten warb Eva Duarte für die Person und das politische Programm ihres Geliebten. Innerhalb des Regimes wurde Perón immer mehr zu einer Schlüsselfigur. Er konnte sich dabei vor allem auf die Arbeiterschaft und die armen Bevölkerungsschichten stützen. Be-

die sofortige Freilassung des Ministers. Die Militärregierung hielt diesem Druck nicht stand. Am späten Abend des 17. Oktobers trat Perón auf den Balkon des Gebäudes und sprach zu den ausharrenden Massen. Die Rede wurde zu einem Fanal für Argentinien und legte den Grundstein für die nun von ihm angestrebte Präsident-

internationalen Parkett ihr Gesicht. Im Inneren nahm sie die typischen Aufgaben einer Primera Dama (First Lady) wahr und engagierte sich vor allem auf dem Gebiet der Wohltätigkeit.

Sowohl unter ihren Zeitgenossen als auch unter heutigen Historikern war beziehungsweise ist unumstritten, inwieweit Eva Perón als

tisch inspiriert ausgegeben und keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass er sämtliche Entscheidungen in seinen Ämtern stets allein und ohne ihre Einflussnahme getroffen habe. Doch hinter den Kulissen hat sie gleichwohl viele Fäden gezogen. Die von ihr gegründete und nach ihr benannte Wohlfahrts-Stiftung beschäftigte

Ein Rekordflugzeug, aber als Jäger unbrauchbar

Die Me 209 V1 brach vor 80 Jahren den Geschwindigkeitsrekord – Die Me 209 V4 zeigte die Nutzlosigkeit des Typs für den Krieg

Die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren eine Zeit schneller Fortschritte in der Luftfahrt. Die großen Luftfahrtländer wetteiferten darum, das jeweils schnellste Flugzeug in die Luft zu bringen. Die Verantwortlichen des Dritten Reiches sahen in diesem Wettkampf eine ideale Möglichkeit, die Leistungsfähigkeit der deutschen Luftfahrtindustrie herauszustellen und bei dieser Gelegenheit auch den technischen Standard der neuen deutschen Luftwaffe zu demonstrieren.

Am 26. April 1939 gelang Fliegern und Konstrukteuren ein besonderer Erfolg. Die Messerschmitt Me 209 V1, ein speziell konstruiertes Rekordflugzeug, holte mit Flugkapitän Fritz Wendel am Steuer den absoluten Geschwindigkeitsrekord nach Deutschland. Das Flugzeug mit dem Kennzeichen D-INJR flog 755,138 Kilometer pro Stunde schnell. Die Düse machte zwar bereits wenige Jahre ganz andere Geschwindigkeiten möglich, aber mit einer kolbenmotorgetriebenen Maschine wurde dieser Rekord erst drei Jahrzehnte später übertroffen. Am 16. August 1969 flog eine hochgezüchtete US-amerikanische Jagdmaschine vom Typ Grumman F8F „Bearcat“ 777 Kilometer in der Stunde schnell.

Obwohl die Me 209 mit dem seit 1936 gebauten damaligen

Standardjäger der Luftwaffe Messerschmitt Bf 109 kaum Gemeinsamkeiten hatte, gaben die deutschen Behörden gegenüber dem internationalen Luftsportverband Fédération Aéronautique Internationale (FAI) den Flugzeugtyp als „Bf 109 R“ an. So wollte das Propagandaministerium den Eindruck erwecken, als handele es sich dabei um eine kaum modifizierte Einsatzmaschine. In Wirklichkeit hatte ein Konstruktions-team um Robert Lusser bei Messerschmitt ab 1937 ein auf die Anforderungen des Rekordflugs zugeschnittenes Flugzeug konstruiert. In der NS-Zeit lieferten sich Willy Messerschmitt und Ernst Heinkel einen erbitterten Konkurrenzkampf um das beste Jagdflugzeug für die Luftwaffe. Bei der Entscheidung, welches der Standardjäger der 1935 neu aufgestellten Teilstreitkraft werden sollte, hatte sich Messerschmitt mit seinem Entwurf durchgesetzt und sogar mit einer hochgezüchteten Bf 109 B den Geschwindigkeitsrekord für einmotorige Flugzeuge nach Deutschland geholt. Heinkel blieb nicht untätig und entwickelte aus seinem abgelehnten Entwurf die von 1938 bis 1940 in kleiner Stückzahl gebaute He 100, die am 30. März 1939 mit einer Geschwindigkeit von 746,606 Kilometer in der Stunde den absoluten Geschwindigkeitsweltrekord aufstellte.

Lussers Team begann Anfang 1938 mit der Teilekonstruktion. Die Konstrukteure hatten bereits mit der Bf 109 versucht, das kleinstmögliche Flugzeug um einen leistungsfähigen Motor herum zu konstruieren. Die Me 209 sollte noch windschnittiger werden. Also senkte man den Stirnwiderstand, indem der Motor mit



Ungefähr im Kriegsjahr 1940: Die Messerschmitt Me 209 V4

einer kombinierten Öl- und Verdampfungskühlung ausgerüstet wurde. Dabei wurde das Öl mit Luft gekühlt, die durch eine ringförmige Öffnung hinter dem Propellerspinner einströmte. Die Kühlflüssigkeit des Motors leitete man dagegen durch Wärmetauscher in den Flügeln. Hier sollte der Wasserdampf aus dem Motor wieder zu Wasser abgekühlt und

dann in den Motor zurückfließen. Die Hitze wurde durch spezielle Partien der Flügeloberfläche abgestrahlt.

Den Konstrukteur dieser neuartigen Oberflächenkühlung hatte Messerschmitt bei Heinkel abgeworben. Was in der Heinkel He 100 und im Schnellbomben- und Experimentalflugzeug He 119

funktioniert hatte, wurde in der Me 209 zum Problem. Es gelang nicht, den Kühlwasser-Kreislauf dicht zu bekommen. Also verlor das Flugzeug in der Luft sein Kühlmittel. Bei einem Rekordflugzeug erschien das tragbar, aber später sollte das zum Problem werden.

Die Me 209 besaß einen kurzen, gedrungenen Rumpf mit weit hin-

ten liegendem Cockpit. Die kurzen Tragflächen hatten keine Vorflügel. Das Leitwerk war eher unterdimensioniert und setzte sich unter dem Rumpf als Kieflöcher mit einem Schleifsporn fort. Als Antrieb dienten speziell modifizierte Daimler-Benz DB 601, damals das leistungsfähigste Triebwerk, das die deutsche Industrie liefern konnte. Normalerweise leistete der DB 601 um die 1200 PS. Die aufgerüsteten Motoren brachten es für einige Minuten auf 1800 PS, für etwa eine Minute sogar auf 2300 PS Leistung. Danach waren sie reif für den Austausch.

Für seine Piloten war das Flugzeug regelrecht gefährlich. Durch den heißen Motor wurde es im Cockpit unangenehm warm. Außerdem drangen Abgase in die Pilotenkanzel. Die Steuerkräfte waren so hoch, dass die Piloten an den Grenzen ihrer körperlichen Kraft arbeiten mussten. Zudem reagierte die Me 209 empfindlich auf Seitenwind und brach bei der Landung gerne mal aus. Auch ungeschicktes Abbremsen konnte zum Ausbrechen oder sogar zur Bruchlandung führen. Beim Erstflug am 1. August 1938 mit der Me 209 V1 gab es denn auch sofort Probleme. Die Kühlung versagte, und Testpilot Herrmann Wurster gelang nur mit Mühe eine sichere Landung. Die V2 ging bei einer Notlandung so gründlich zu Bruch, dass sie ausfiel. Kurioser-

weise startete Fritz Wendel mit der Me 209 V1 zum Rekordflug, als Generalflugzeugmeister Ernst Udet mit Willy Messerschmitt beim Essen saß, um Messerschmitt über die Einstellung der Rekordflüge durch das Reichsluftfahrtministerium (RLM) zu informieren.

Insgesamt vier Versuchsmuster baute Messerschmitt. Die vierte, die zum Prototypen für die geplante Einsatzversion werden sollte, erwies sich als völliger Fehlschlag. Man baute eine normale Kühlung sowie eine durch die Propellernabe schießende Drei-Zentimeter-Kanone ein und installierte in den Flügelwurzeln zwei 7,9-Millimeter-Maschinengewehre. Leitwerk und Flügel wurden vergrößert. In den Flügeln sollten zwei weitere Drei-Zentimeter-Kanonen eingebaut werden, aber der Platz reichte nicht. Die Testpiloten der Luftwaffe stellten dem Flugzeug ein verheerendes Zeugnis aus. Es konnte von normal ausgebildeten Fliegern nicht beherrscht werden und war von Feldflugplätzen nicht einsetzbar. Folglich ging die Me 209 nie in Serie.

Die Rekordmaschine Me 209 V1 wurde im Berliner Luftfahrtmuseum ausgestellt und während des Krieges nach Krakau ausgelagert. Ihr Rumpf und einige andere Teile sind bis heute im dortigen Luftfahrtmuseum erhalten.

Friedrich List

Moment der Woche

Bild: pa

Ist das nicht verrückt? Seit einiger Zeit bieten Firmen Privatkredite an für mittlerweile bis zu mehr als 20 Prozent „Negativzinsen“, heißt: Der Kunde zahlt keine

hand andere Dinge von ihm wissen. Etwa, ob er eine vermietete Immobilie besitzt, wie viele Menschen in seinem Haushalt leben und natürlich, wie viel er verdient. Diese und andere Daten sind es, an welche die Geldverleiher heranwollen, dafür „zahlen“ sie den Zinsbonus. Anders gesagt: Sie verschicken nichts, sie kaufen sich etwas. Und Daten sind wertvoll auf dem Markt.

Da fragt sich der Normalverbraucher: Wovon leben diese Unternehmen? Nun, die großzügigen Geldverschenker fordern nicht bloß eine gute Bonität des Kunden. Sie wollen auch aller-

Geschenkt wird da in Wahrheit gar nichts

hand andere Dinge von ihm wissen. Etwa, ob er eine vermietete Immobilie besitzt, wie viele Menschen in seinem Haushalt leben und natürlich, wie viel er verdient. Diese und andere Daten sind es, an welche die Geldverleiher heranwollen, dafür „zahlen“ sie den Zinsbonus. Anders gesagt: Sie verschicken nichts, sie kaufen sich etwas. Und Daten sind wertvoll auf dem Markt.

hand andere Dinge von ihm wissen. Etwa, ob er eine vermietete Immobilie besitzt, wie viele Menschen in seinem Haushalt leben und natürlich, wie viel er verdient. Diese und andere Daten sind es, an welche die Geldverleiher heranwollen, dafür „zahlen“ sie den Zinsbonus. Anders gesagt: Sie verschicken nichts, sie kaufen sich etwas. Und Daten sind wertvoll auf dem Markt.

hand andere Dinge von ihm wissen. Etwa, ob er eine vermietete Immobilie besitzt, wie viele Menschen in seinem Haushalt leben und natürlich, wie viel er verdient. Diese und andere Daten sind es, an welche die Geldverleiher heranwollen, dafür „zahlen“ sie den Zinsbonus. Anders gesagt: Sie verschicken nichts, sie kaufen sich etwas. Und Daten sind wertvoll auf dem Markt.

Alles im Rahmen

Verblüffend, mit welch plumpen Mitteln die Deutschen hinteres Licht geführt werden

Einschlägige Meldungen der Medien gehen so: In Dingenkirchen haben Tausende für Weltoffenheit und Toleranz demonstriert. Weiter hinten entpuppt sich die Sache als sogenannte Gegendemonstration zu einer Kundgebung wider die Masseneinwanderung. Der eigentliche

Mit »Framing« wird das Wesentliche in die Kulisse verbannt

Anlass, etwa ein Messermord von Asylsuchern, wandert in die Kulissen. Zugleich erscheint die Empörung darüber als nicht weltfremd und nicht tolerant, sondern engherzig und unduldsam.

Meinungsmacher nennen diese Masche „Framing“. Das dengliche Dingsbums für Rahmung soll Lesern und Zuschauern Sand in Augen streuen. Dazu rücken Moralprediger das Ereignis in eine

geeignete Umgebung. Meist ist der Rahmen deren Vorstellung von Gut und Böse. Auf diese Weise stopft man den Leuten Ereignisse so in den Hals, wie sie die Nachricht schlucken sollen.

Das Erste Fernsehen, ARD, hat seine Mitarbeiter unlängst laut Handbuch ausdrücklich angewiesen, ihre Beiträge stets vom hohen Ross der Moral aus zu gestalten. Wer die „Nachrichten“ der GEZ-Sender einschaltet, hört mithin jede Menge Schuldzuweisungen an Populisten, voran Donald Trump, die AfD, Nazis, Rassisten, Ewiggestrige, Unbelehrbare und so weiter. Kurz, das ganze Gruselkabinett von Trollen hintertreibt demnach das edle Werk der Weltverbesserer.

Unlängst meldete ein Sprachrohr der Gutmenschen, das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“, auf seiner Netzseite: „Macron will härter gegen gewaltsame Demonstrationen vorgehen.“ Erst im zweiten Absatz des Berichts folgte, dass „am Rande“ der Aufmärsche

von Gelbwesten in Frankreich der Teufel los gewesen sei. Zehntausende Franzosen verwüsteten ihre Hauptstadt und forderten den Rücktritt des Präsidenten. Hier mussten schmallippige Ankündigungen des Staatschefs als Rahmen für die unbequeme Tatsache erhalten, wie kurz das Nachbarland vor einer Revolution steht. Bloß das nicht! Der Funke könnte überspringen.

Notfalls muss eine Falschmeldung her, um von den Tatsachen abzulenken. So hatte das nämliche Blatt ja auch behauptet, „rechte Demonstranten“ hätten in Chemnitz Hetzjagden auf Immigranten veranstaltet. Sogar das Bundeskanzleramt verbreitete die Ente im vergangenen August.

Polizei, Justiz und weitere Behörden widersprachen der Behauptung vergebens. Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, musste deswegen gehen. Dass ein Asylsucher jemanden erstochen hatte, erfuhr der Leser weiter hinten.

Ihren bislang üppigsten Barockrahmen lieferten Sittenoberlehrer nach dem mörderischen Anschlag des Gotteskriegers Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016. Politik und Medien betonten nimmermüde, radikal-islamische Attentate hätten nichts,

Ängstlich wurden Pariser Proteste zurechtgebogen

aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun. Sogar die welterfahrene Tante „FAZ“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, staunte über die schützende „Mauer von chinesischem Ausmaß“, welche man in Deutschland um die Muslime errichtet habe.

Doch wie heißt es im Koran? „Tötet Ungläubige, wo auch immer ihr auf sie stoßt.“ (2:191)

Volker Wittmann

Das Menetekel der »Broken Windows«

Beschmierte Wände, vermüllte Parks oder Randalerspuren: Was viele nur oberflächlich nervt, kann schlimme Folgen haben

Verwahrlosung von Sitten und öffentlichen Räumen wird als „kulturelle Bereicherung“ oder Ausweis einer „bunteren“ Gesellschaft verkauft. Untersuchungen zeigen dagegen, dass solche Symptome nur die Vorboten einer schlimmen Entwicklung sein dürften.

Auf einen dreistelligen Millionenbetrag belaufen sich die Schäden, welche durch Graffiti-Sprayer jährlich in Deutschland verursacht werden. Privathäuser, öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel sind ein beliebtes Ziel der meist jugendlichen „Künstler“.

Selbst wenn man vom Gedanken der Sachbeschädigung absieht, Anzeichen von – an falscher Stelle zum Ausdruck kommendem – Talent oder gar einen irgendwie gearteten ästhetischen Wert haben die Hinterlassenschaften der Sprayer nahezu nie. Es handelt sich meist schlicht und einfach um Schmierereien, deren Urheber zumindest äußerlich dem Kindesalter entwachsen sind.

Allerdings gehören sie überwiegend nicht zum Kreis derer, die für die Beseitigung der oft großflächigen Farbleckse und Schriftzüge ungefragt zur Kasse gebeten werden, sei es in Form ihrer Steuern oder als Bahnkunden über erhöhte Fahrpreise. Wo das Geld fehlt oder ob der sich ständig wiederholenden „Verzierungen“ deren jedesmalige Beseitigung aufgegeben wurde, ist man gezwungen, den Anblick der entsprechenden Fassaden oder S-Bahn-Wagen zu ertragen.

Allein den Berliner Verkehrsbetrieben entstehen durch Sprayer jedes Jahr Kosten in Millionenhöhe, durch mutwillige Sachbeschädigung insgesamt sind es etwa vier Millionen Euro. Die geltend gemachten Forderungen an die Täter liegen meist unwesentlich höher als 10000 Euro. Die tatsächlich gezahlten Beträge erreichen höchstens den einstelligen Tausenderbereich – im Vergleich zum entstandenen Schaden also praktisch gar nichts.

Dass überhaupt so niedrige Forderungen erhoben werden, liegt daran, dass die Täter nur in wenigen Fällen zu ergreifen sind. Und selbst dann gilt das Ganze juristisch als Bagatelle, Verfahren werden eingestellt, Stichwort „Geringfügigkeit“. Nicht nur für den Zyniker liegt der Gedanke nahe,

dass der eine oder andere gelangweilte, anderweitig wenig geforderte Wohlstandsjugendliche derart „günstige“ Rahmenbedingungen als gar nicht einmal indirekte Aufforderung verstehen muss, mittels Bahn-Graffiti sein Ansehen im Kreise Gleichgesinnter zu steigern. Die Befürchtung einer juristischen Ahndung steht quasi gar nicht im Raum. Die Gefahr – oder eben Nervenkitzel, der ja gewollt ist – liegt lediglich noch in der Möglichkeit eines Unfalls. Dabei wird selbst die Gefahr eines tödlichen Ausgangs von ganz Verwegenen in Kauf genommen.

Vor den Graffiti-Schäden hat der Staat kapituliert. Weder Strafe noch Wiedergutmachung – zwei zu unterscheidende Dinge – spielen hier eine Rolle. So werden die schreienden, außer von den Verursachern unerwünschten Farben zum Ausdruck einer immer weiter um sich greifenden Verwahrlosung, Zettelbeklebte und zuplakatierte Mauern und Zäune, als Müllhalde missbrauchte Grünanlagen und schließlich leerstehende Gebäude, die einer immer weiter gehenden wilden Zerstörung anheimfallen, sind nicht nur in Großstädten allgegenwärtig.

Das Phänomen, dass ein einmal begonnener Regelbruch, eine einmal angefangene Zerstörung sich schnell fortsetzt, war bereits Gegenstand von wissenschaftlichen Überlegungen. Schon 1969 führte der US-amerikanische Psychologe Philip Zimbardo ein entsprechendes Experiment durch.

Im sozial problematischen New Yorker Stadtteil Bronx stellte er ein Auto ohne Nummernschilder und mit geöffneter Motorhaube ab. Schnell wurde das Auto geplündert, zunächst noch „sinnvoll“, indem brauchbare Teile gestohlen wurden, danach wurde es weiter mutwillig zerstört. Im kalifornischen Palo Alto stellte Zimbardo in gleicher Weise ein Auto ab. In der hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur völlig anders gearteten Stadt passierte zunächst gar nichts bis auf ein Kuriosum: Ein Passant schloss die offenstehende Motorhaube. Doch dann begann Zimbardo selbst, das Auto zu beschädigen. Und siehe da: Innerhalb kurzer Zeit taten es ihm andere nach.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse formulierten die ebenfalls US-amerikanischen Sozialwissenschaftler James Q. Wilson und George L. Kelling 1982 die

„Broken-Windows-Theorie“. Bei der Bezeichnung „Zerbrochene Fenster“ handelt es sich zum einen um die gegenständliche Beschreibung von zerstörten, nicht schnellstmöglich ersetzten Scheiben eines ungenutzten Gebäudes. Zum anderen dient der Begriff der „Broken Windows“ als Metapher für die durch Zimbardos Auto-Experiment bestätigte Tatsache, dass eine einmal begonnene Zerstörung als Einladung wirkt, diese fortzusetzen.

Laut der Theorie existiert eine Kette, die bei leichtem Regelbruch beginnt und bei Kriminalität und Verfall von ganzen Stadtteilen endet. Beschmierte Wände und Müll, ungeahndete, zunächst scheinbar kleine Vergehen stehen am Anfang. Folge ist bald der Wegzug bessergestellter Anwohner. Öffentlicher Drogenkonsum wird alltäglich, Obdachlose siedeln sich an. Kriminalität kann sich leichter ausbreiten als anderswo.

Die Viertel werden weniger attraktiv, ausbleibende Nachfrage lässt die Mieten sinken. Die soziale Struktur der nun herziehenden Bevölkerung ist eine andere als die der Vorbewohner. Die ursprünglich funktionierende Ord-

nung einer sich gegenseitig im Sinne eines gedeihlichen Zusammenlebens unterstützenden und kontrollierenden Nachbarschaft, durch deren Zusammenwirken Regelverstöße entweder nicht vorkamen oder Folgen hatten, im günstigsten Falle auch im Sinne einer Wiedergutmachung, ist zerbrochen.

Als Gegenmaßnahme, die eine „Rückgewinnung“ der verwahrlosten Gebiete ermöglichen soll, gilt die „Nulltoleranzstrategie“, die auch kleinste Vergehen sofort und streng, etwa mit Verhaftung, ahndet. Bekannt geworden damit ist in den 1990er Jahren der New Yorker Polizeichef William Bratton, der mit seiner „Zero Tolerance Policy“ entsprechende Erfolge vorweisen konnte. Große Bedeutung kommt hier der Prävention zu. Die abschreckende Wirkung einer im Ernstfall durchgreifenden Polizei hatte tatsächlich Änderungen im Erscheinungsbild von zuvor heruntergekommenen Straßenzügen zur Folge.

Natürlich blieben die Kritiker nicht aus. So recht fehle der „Broken-Windows-Theorie“ – und der daraus abgeleiteten „Nulltoleranzstrategie“ – die wissenschaftliche Grundlage, monieren sie. Der

Rückgang der New Yorker Kriminalität habe mit dem Ganzen wenig zu tun, diesen müsse man in größerem Rahmen betrachten. Zudem: Wo bleibe bei einer derartigen Betrachtungsweise der Täter, der möglicherweise aufgrund gesellschaftlicher Umstände, wegen Diskriminierung oder einer ihm die Integration verweigernden Mehrheit, kriminell geworden ist? Im derzeitigen Deutschland stoßen solche Einwände bei den tonangebenden Politikern auf offene Ohren. Oft auch als Affront gegenüber der eigenen Polizei,

Wie aus »Buntheit« der gesellschaftliche Niedergang wird

der nahezu die Hände gebunden werden. Nicht nur Nachsicht waltet gegenüber den Tätern. Verstöße gegen die Ordnung und Kriminalität werden sogar für legal erklärt – sei es aus dümmlichem Gutmenschentum, sei es, um die Justizstatistik nicht ganz so schlecht aussehen zu lassen.

Berlin eignet sich hier wieder wunderbar als Beispiel: Schwarzfahren soll straffrei werden. Und schon vor einer Weile verkündete eine Schlagzeile des „Tagesspiegel“: „Im Görlitzer Park darf wieder gekifft werden.“ Eine mit der „Null Toleranz“-Idee verbundene Verordnung des früheren CDU-Innensenators Frank Henkel hat Rot-Rot-Grün wieder aufgehoben.

Alte Regeln werden über Bord geworfen. Verunsicherten Bürgern halten Experten und Politiker entgegen: Sofern sie nicht aus der Zeit gefallen sind, hätten sie sich allerorten an neue Sitten und ästhetische Maßstäbe zu gewöhnen. An die durch den Mann nicht abgenommene Kopfbedeckung im Gebäude oder gar in der Kirche, an für die Ewigkeit eintätowierte Disney-Motive im Kopfbereich und eben an Graffiti-„Kunst“.

Sofern man auf den Gedanken kommt, dass dies nicht an sich schon bedenklich genug, sondern gar erst der Anfang von verhängnisvollen Entwicklungen sein könnte, finden sich genügend Stimmen, die in derartiger „Vielfalt“ eine wunderbare „Bereicherung“ erkennen. Erik Lommatzsch



Verwahrlosung allgegenwärtig: Treppenhaus in Berlin

Bild: Imago



MELDUNGEN

Weniger Geld von der EU

Allenstein – Das südliche Ostpreußen ist in der Republik Polen die Region mit den geringsten Zuwendungen der EU. Umgerechnet 1,8 Milliarden Euro entfallen auf die Region, von denen nur 59 Prozent abgerufen wurden. Rund 185 Millionen wurden für Investitionen in der Industrie verwendet, auf die Entwicklung des Tourismus entfielen gerade 115 Millionen Euro. Aus diesen Mitteln werden der Umbau der Ordensburg in Soldau und die Modernisierung der Wasserwege in der Umgebung von Nikolaiken und Lötzen finanziert. Im Verhältnis ist der Teil der Zuwendungen für Erneuerbare Energien höher als im Rest des Landes. Dadurch entstehen zwölf Photovoltaikanlagen mit einer Kapazität von 14 Megawatt Sonnen-Energie. PAZ

20 Jahre NATO-Mitglied

Allenstein – Anlässlich des 20. Jahrestags des Eintritts Polens in die NATO fand im Institut für politische Wissenschaften der Ermlandisch-Masurischen Universität in Allenstein eine Begegnung unter Beteiligung von Studenten, Wissenschaftlern und geladenen Gästen statt, auf der die Rolle Polens im nordatlantischen Bündnis erörtert wurde, wie auch die strategischen Konzepte des Nordatlantikpakts und seiner Zukunft. Die Mitgliedschaft in der NATO bedeute für Polen eine Verstärkung der Verteidigung, lautete das Fazit. Das zeige auch die Lokalisierung der NATO-Struktur. Die Führung der Internationalen Division Nordost befindet sich in Elbing. PAZ

Kulturstreit um »Familie Homlin«

Königsberger Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche wittert Gefahr – Bürger verteidigen die Skulpturen

Eine Provinzposse erhitzt in Königsberg derzeit die Gemüter: Mit Unterstützung des Kulturministeriums wurden in der Nähe von Sehenswürdigkeiten der Stadt sogenannte Homlin-Figuren aufgestellt. Dagegen läuft die Russisch-Orthodoxe Kirche Sturm. Gegen die Kirche wandten sich wiederum zahlreiche Bürger über die sozialen Medien.

Eine ungewöhnliche Geschichte hat in der Königsberger Öffentlichkeit Fahrt aufgenommen. Die Russisch-Orthodoxe Kirche und Bürger streiten um Homlin-Figuren, Darstellungen von guten Geistern. Im vergangenen Sommer wurde die erste dieser Miniskulpturen auf der Honigbrücke auf dem Kneiphof aufgestellt. Es ist eine Arbeit des Künstlers Andrej Sledkow, der auch an der Entstehung des Alexander-Newskij-Denkmal beteiligt war.

Das Wort „Homlin“ basiert auf dem Wort „Heim“. Laut der Legende arbeitet ein Homlin, der äußerlich einem Kobold ähnelt, sein ganzes Leben lang und stellt einzigartige Produkte aus Bernstein her. Der Homlin auf der Honigbrücke wird liebevoll Karl genannt. In den vergangenen Monaten haben sich die Vorbeigehenden an seinem Anblick erfreut. Von Zeit zu Zeit haben sie ihm eine Kappe aufgesetzt oder einen Schal umgebunden.

Damit Großvater Homlin sich nicht einsam fühlt, wurde eine weitere Skulptur aufgestellt. Sie befindet sich in der Nähe des Bernsteinmuseums in einer der Schießscharten des Dohna-Turms rechts vom Museums-Eingang. Es handelt sich um Großmutter Homlin. Bald sollten die beiden zwei



Honigbrücke in Königsberg: Großvater Homlin ist kein Heide, er trägt ein Bernsteinkreuz

Bild: J.T.

Kinder und drei Enkel erhalten, welche die verschiedenen Sehenswürdigkeiten der Stadt zieren sollten.

Doch nun droht der Initiative Unheil: Die Königsberger Diözese der orthodoxen Kirche stellte in den Figuren von Großmutter und Großvater Homlin einen Zusammenhang mit dem Heidentum fest und rief dazu auf, ihre Förderung als touristisches Markenzeichen Königsbergs zu stoppen. Ein entsprechendes Schreiben, unterzeichnet von Erzbischof Serafim, wurde bereits an die Adresse des Gouverneurs Anton Alichanow gerichtet: „Wir glauben, dass das Bild der Homlins einen direkten Bezug

zu Kobolden trägt und ein Neohententum in der Region fördert, was einen negativen Einfluss auf

Rückfall ins dunkle Heidentum befürchtet

die Entwicklung der nationalen Kultur in der Region hat und das kulturelle Erbe durchkreuzt, das sich unter dem Einfluss des Christentums gebildet hat. All dies verzettelt uns zurück in die dunklen Zeiten des Heidentums.“

Unterstützung erhielt Erzbischof Serafim ausgerechnet von einer kommunistischen Abgeordneten

der Gebietsduma, Jekaterina Korojowa. Sie forderte den Gouverneur auf, die Gründe für die Platzierung der Figuren zu überprüfen und sie zu demontieren, falls sie illegal aufgestellt wurden.

Das regionale Kulturministerium erklärte, dass die Aufstellung der Skulpturen mit ihm koordiniert worden sei, und bezeichnete die Homlin-Skulpturen als unterhaltend und geeignet, Touristen anzuziehen. Als die Ideegeberin für die Skulpturen von dem Widerstand hörte, erklärte sie, dass die geplante Aufstellung einer neuen Homlin-Figur nun fraglich geworden sei: „Der dritte Homlin ist fertig. Wir wollten ihn aufstel-

len. Aber jetzt warten wir, bis die Geschichte sich beruhigt hat. Wir wollten etwas Gutes und Kleines machen. Und nun so etwas. Die Figuren wurden rechtmäßig aufgestellt. Wir besitzen alle Dokumente. Das Kulturministerium hat unser Projekt unterstützt, ihm gefielen die Charaktere, eine gute Geschichte. Wir hatten weder heidnische noch politische Hintergedanken.“

Den Stadtbewohnern gefallen die kleinen Skulpturen, und sie sind bereit, sie zu verteidigen. Kurz nach Serafims Erklärung trug Großvater Homlin plötzlich ein Kreuz aus Bernstein. Der Bürger, der ihn angehängt hatte, sagte, er wolle den Homlin „vor dem Delirium der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Kommunisten schützen“.

Nach einigen Tagen war jedoch das Bernsteinkreuz verschwunden, und stattdessen trug Karl einen roten Pullover. Gleichzeitig startete in den sozialen Medien ein sogenannter Flashmob mit dem Titel „Rührt die Homlins nicht an“. Beiträge mit entsprechendem Inhalt waren auf Instagram, Facebook und Vkontakte erschienen. Die Städter fotografierten die Homlin-Figuren und setzten sie auf ihre Seiten mit Kommentaren, dass sie auf diese Weise gegen eine mögliche Demontage protestierten.

Jurij Tschernyschew

25 Jahre Deutsche Minderheit im Lycker Wasserturm

LO und Kreisgemeinschaft Lyck beteiligten sich an Restaurierung – Museum und Tagungsstätte im Nebengebäude

Mit dem Vertrag vom 20. April 1994 hatte der Verein der Deutschen Minderheit in Lyck das Erbbaurecht am Wasserturm-Grundstück für die Dauer von 99 Jahren erworben. Den Kaufpreis für die Aufbauten in Höhe von 117 000 D-Mark haben die Kreisgemeinschaft Lyck mit 57 000, die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) mit 10 000 und der Maurermeister Heinrich Westphal aus Hamburg mit 50 000 D-Mark finanziert.

Um der Deutschen Minderheit und einem Museum im Inneren des Wasserturms eine Heimat zu bieten, waren jedoch einige Arbeiten vonnöten. Die Kreisgemeinschaft Lyck hat dafür gesorgt, dass die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau im Jahr 1998 für die Außenrenovierung des historischen Gebäudes im neogotischen Stil einen Zuschuss in Höhe von 288 000 Złoty (damals rund 155 000 D-Mark) bewilligte.

Vorsitzende des Deutschen Vereins war damals Hildegard Nowik. Am 17. April 1999 wurde Edith Olechnowicz zur Vorsitzenden gewählt.

Im Jahr 2000 wurde dann das Nebengebäude am Wasserturm für die Zwecke des Deutschen Vereins mit Mitteln in Höhe von 44 895 D-Mark restauriert. Die Patenstadt Hagen in Westfalen beteiligte sich mit 20 000, die LO mit 16 000, die Kreisgemeinschaft Lyck mit 6 000 und die Deutsche Minderheit mit 2 895 D-Mark an der Finanzierung. Für den Ausbau des Obergeschosses des Nebengebäudes hatte die Stiftung zur Entwicklung Schlesiens auf Bemühen der Kreisgemeinschaft Lyck Anfang Oktober 2002 55 000 Złoty bewilligt.

Am 27. Oktober 2002 wurde Irena Szubzda zur Vorsitzenden des Deutschen Vereins gewählt. Unterstützung erhielt der Deutsche Verein in Lyck auch durch den am 3. März 2012 in einem Warschauer Krankenhaus verstorbenen Lothar Jegull, gebürtig aus Sarken, der nach Lyck zurückgekehrt war. Er hat dem Deutschen Verein in Lyck sein Barvermögen vermacht. Jegull wurde auf dem für seinen Heimatort zuständigen Friedhof in Monken beerdigt.

Am 3. September 2013 bewilligte die Kreisgemeinschaft Lyck weitere



Eine Augenweide: Restaurierter Wasserturm

Bild: privat

5000 Euro als Teilfinanzierung einer erneuten äußeren Restaurierung des Wasserturms.

Im Untergeschoss des Wasserturms befinden sich Museumsgegenstände zur Thematik „Kropla Wody“ („Wassertropfen“). Alles, was mit dem Wasser zu tun hat, vom Bierglas bis zur Waschmaschine, ist hier ausgestellt. Die Gegenstände wurden von den Brüdern

Sawczynski aus Lyck zur Verfügung gestellt. Im Erdgeschoss werden ostpreußische Bauernmöbel gezeigt, für deren Überführung von Berlin nach Lyck Peter Dziengel gesorgt hat. Im ersten Obergeschoss befindet sich das Büro des Vereins mit Erinnerungsgegenständen an Lothar Jegull. Im zweiten Obergeschoss gibt es eine Bibliothek und im dritten Obergeschoss eine Dau-

erausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen.

Im Nebengebäude, in dem der Deutsche Verein zu Hause ist, gibt es einen großen Versammlungsraum, in dem unter anderem evangelisch-lutherische Gottesdienste stattfinden, eine großzügige überdachte Gartenterrasse, eine Küche, Toiletten und eine Kleiderkammer. Im Obergeschoss warten vier Schlafzimmer mit sieben Betten auf Gäste.

Für die Bestuhlung im großen Versammlungsraum hat Werner Dombrowski gesorgt. Das wertvolle Ess-Service mit Goldrand stammt von der Diakonissen-Oberin Hannelore Skorzynski.

Immer am letzten Sonntag eines Monats versammeln sich die Mitglieder des Deutschen Vereins zum Gedankenaustausch und geselligem Beisammensein im Nebengebäude des Wasserturms. Das Gebäude ist in den Monaten Mai bis Ende September täglich von 10 bis 13 Uhr geöffnet, in den Wintermonaten allerdings nur freitags.

Aufgrund der von der Kreisgemeinschaft Lyck zur Verfügung gestellten Unterlagen (Adressbuch

von 1938, Ortspläne und so weiter) können Besucher leicht feststellen, wo das Grundstück ihrer Vorfahren liegt. Am Wasserturm befindet sich auch das Verzeichnis der auf dem Soldatenfriedhof in Bartossen zugebetteten Gefallenen des Zweiten Weltkrieges.

Der Vorstand des Vereins der Deutschen Minderheit freut sich über jeden Besucher. Auch Reisegruppen sind willkommen. Auf Bestellung kann Mittagessen oder Kaffee und Kuchen gereicht werden. Den Wasserturm erreicht man unter der Telefon (0048-87) 621 3200. Vorsitzende des Vereins ist Irena Szubzda, ul. Wrzosowa 40, 19-300 Elk. Telefon (0048-87) 620 9462, E-Mail: irenaszubzda@wp.pl. Sie wurde am 31. März bei der Mitgliederversammlung des Vereins der Deutschen Minderheit in Lyck wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurde Sabina Kozłowska. Beisitzerinnen Marzanna Ardzinska, Mariana Myszczyńska und Helena Walicka. Interessant ist, dass alle weiblichen Vorstandsmitglieder deutsche Mütter und polnische Väter haben. PAZ

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April

Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorte, Kreis Elchniederung, am 20. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Anton, Else, geb. **Harder**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. April

Behrendt, Gertrud, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 20. April

Olschewski, Paul, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Czychi, Mathilde, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 20. April

Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April

Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April

Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, Von-Mackensen-Straße 2, am 25. April

Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 21. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April

Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April

Gorray, Johanna, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

Weber, Hildegard, aus Tälken, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brenner, Eva-Maria, geb. **De-sens**, aus Försterei Damerau, Kreis Ortelsburg, am 23. April

Fandrich, Elisabeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 19. April

Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April

Kattaneck, Edith, geb. **Wassel**, aus Löwenstein bei Schippenbeil, am 22. April

Salamon, Hildegard, aus Lyck, am 24. April

Tiedemann, Jonny, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April

Warnat, Gustav, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Andresen, Liesbeth, geb. **Pfeifer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April

Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 24. April

Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 25. April

Posywio, Luzie, geb. **Karbaum**, aus Loien, Kreis Lyck, am 20. April

Schneider, Dorothea, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 21. April

Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April

Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

Zapka, Werner, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 19. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April

Berger, Dorothea, geb. **Engelhardt**, aus Ebenrode, am 23. April

Bratsch, Ursula, geb. **Pauloweit**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Faber, Elli, geb. **Strauss**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 20. April

Gräper, Gertrud, geb. **Topeit**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April

Günther, Gertrud, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 20. April

Kaminski, Erna, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April

Müller, Renate, geb. **Loch**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April

Nemetz, Helmut, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April

Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April

Schulz, Franz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April

Heckendorf, Herta, geb. **Rausser**, aus Lötzen-Antonowen, am 19. April

Jakubowski, Hedwig, geb. **Jezarzek**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 21. April

Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April

Kreuzberger, Hansjürgen, aus Ebenrode, am 19. April

Lasarzewski, Heinz, aus Zin-schen, Kreis Lyck, am 20. April

Mattke, Ilse, geb. **Schwenzfeier**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April

Mett, Hilde, geb. **Gollembusch**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 25. April

Nicolai, Anni, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April

Rehfisch, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April

Zitzmann, Irmgard, geb. **Melsa**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berger, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. April

Franke, Edith, geb. **Leichert**, aus Lyck, Falkstraße 21, am 24. April

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Gienke, Irmgard, geb. **Oppermann**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 21. April

Hemmen, Hilde, geb. **Prange**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 24. April

Howe, Heinz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 19. April

Langanke, Hannelore, aus Wehlau, am 23. April

Przygoda, Adelheid, geb. **Rilka**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Roth, Lilli, geb. **Grundmann**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. April

Sahm, Erna, geb. **Gnipp**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 20. April

Sauter, Emma, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 21. April

Schwagrzinna, Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Völler, Erika, geb. **Wolff**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 25. April

Westphal, Alfred, aus Schack-wiese, Kreis Elchniederung, am 19. April

Zielenski, Herbert, aus Omulef-Ofen, Kreis Neidenburg, am 19. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Appelbaum, Günter, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 19. April

Beck, Edith, geb. **Kukla**, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 25. April

Biallas, Erwin, aus Soffen, Kreis Lyck, am 20. April

Charchulla, Horst, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 25. April

Czarniewska, Erna, aus Lyck, am 25. April

Czuka, Karl, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 24. April

Gilewski, Dieter, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. April

Hänecke, Helga, geb. **Rybacki**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. April

Julius, Ilse, geb. **Murach**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 25. April

Kautz, Anneliese, geb. **Biernath**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Kubant, Hildegard, geb. **Leimann**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. April

Madeyka, Adolf, aus Borschim-men, Kreis Lyck, am 20. April

Maurer, Ludwig, aus Lyck, am 20. April

Mazur, Anneliese, geb. **Laborge**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. April

Sasse, Anita, aus Treuburg, am 22. April

Schmidt, Ingrid, geb. **Pommerenke**, aus Gutten, Kreis Johannsburg, am 20. April

Störmer, Anny, geb. **Klunkat**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 19. April

Symanski, Ruth, geb. **Hese**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 21. April

Walsdorff, Dr. Johann-Heinrich, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 24. April

Wiebusch, Irmgard, geb. **Lemcke**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 25. April

Zielenski, Erika, geb. **Schmidt**, aus Schöndamerau, Kreis Neidenburg, am 25. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bade, Hans, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. April

Bast, Erna, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 22. April

Czerwinski, Siegmund, aus Andreken, Kreis Lyck, am 24. April

Gehra, Erika, geb. **Podoll**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Giese, Ursula, geb. **Sendtko**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 23. April

Hakelberg, Hella, geb. **Spörer**, aus Ebenrode, am 22. April

Hecht, Ingrid, geb. **Messerschmidt**, aus Wehlau, am 21. April

Heinemann, Brigitte, geb. **Koselke**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. April

Kattillus, Werner, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. April

Kedziarski, Hannelore, geb. **Marzian**, aus Bergenau, Kreis Treuburg und aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. April

Kell, Helga, geb. **Poepfel**, aus Lyck, am 21. April

Kock, Gisela, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 20. April

König, Erna, geb. **Lack**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 23. April

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 15

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Mai im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Jahrestreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht

und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt

des Vormittags ist dann die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden die französische Sopranistin Isabelle Kusari mit ostpreußischen Volksliedern, die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der bekannte Heimatsänger BernStein, der

auch durch das Programm führt. Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen fast ein Dreivierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de .

In Wolfsburg wird es eine Tageskasse geben.
Landsmannschaft Ostpreußen

Sonnabend, 11. Mai 2019
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg
www.ostpreussen.de

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.



Am 11. Mai werden hier die Elchschaufelfahnen hängen: CongressPark Wolfsburg

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 14

Komm, Martin, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 25. April
Krämer, Dr. Gisela, geb. **Angra-beit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. April
Langer, Irmgard, geb. **Grimmek**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. April
Punke, Ingrid, geb. **Platzek**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 20. April
Rekittke, Edeltraut, geb. **Salzmann**, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, am 19. April

Reiner, Gertrud, geb. **Smik**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 20. April
Rückwart, Ingrid, geb. **Papin**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 25. April
Sadowski, Ingrid, geb. **Ott**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. April
Schmidt, Brigitta, geb. **Grust**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 21. April
Schossadowski, Helga, geb. **Kühnast**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Sumionka, Hans-Jürgen, aus Wehlau, am 25. April
Thiel, Albrecht, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. April

Thoms, Jürgen, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 25. April
Tiedemann-Möller, Dorothea, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 20. April
Zipplies, Horst, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 22. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ehrbar, Edith, geb. **Lux**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Glätzer, Günther, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. April
Janssen, Hannelore, geb. **Praetorius**, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 19. April
Keuchel, Siegfried, aus Fittigsdorf, Kreis Allenstein, am 23. April
Müller-Drossmann, Renate, aus Ebenrode, am 23. April

Anreise: CongressPark Wolfsburg GmbH, Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg. Eingabe für Navigationsgeräte: Heinrich-Heine-Straße / Klieverhagen 50.

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Hamburg – Mittwoch, 1. Mai, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißel, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kasernenverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Arystreffen

Lügde – Freitag, 3., bis Sonntag, 5. Mai, Landhotel Lippischer Hof, Familie Udo Niermann, Untere Dorfstraße 3, 32676 Lügde-Elbrinzen, Telefon (05283) 9870, E-Mail: info@lippischerhof.de, Internet: www.lippischerhof.de: Arystreffen.

Regionaltreffen

Düsseldorf – Mittwoch, 1. Mai, 10.30 Uhr (Beginn 12 Uhr), Im Goldenen Ring, Burgplatz: 36. Regionaltreffen unter der Leitung von Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.



Zwangsarbeiter. Während draußen die Sonne scheint, fahren einige in den Berg und erleben hautnah die Dunkelheit und den Lärm der Maschinen. Der anschließende kleine Spaziergang durch die Altstadt Goslars ist dann umso schöner. Einige besuchen noch das nahegelegene Klostergut Wöltingerode, und zum Kaffee treffen wir uns dann alle wieder im Quellenhof.

Abends genießen wir Königsberger Klopse satt, und nach dem Essen gibt es schöne Fotos von Nord und Süd und natürlich kommt auch Ostpreußen nicht zu kurz. Im Anschluss bedanken wir uns bei Irmgard Lenz für die Organisation und leisten dafür echte Handarbeit. Eine kleine Tasche wird mit dem Kreiswappen handbemalt: Wolf, Kreuz und Beil sind eindeutig erkennbar und mit der Jahreszahl und allen Unterschriften eine ganz besondere Erinnerung an das diesjährige Treffen.

Auch wenn es von Jahr zu Jahr beschwerlicher wird, die Wege nicht kürzer und die Motivation im ersten Moment ein wenig zögerlich zu sein scheint – so freuen wir uns doch alle auf 2020 und es wäre toll, wenn wir auch dann wieder neben allen bekannten auch das eine oder andere Gesicht zum ersten Mal in Altenau treffen.

HEILSBERG

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueting@gmx.de, stellvertretender Kreisvertreter: Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueting@gmx.de.

LO-Jahrestreffen

Am 11. Mai findet von 9-17 Uhr das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg statt. Es werden viele Ostpreußen erwartet. Ein reiches Kulturprogramm ist vorgesehen.

Auch unsere Kreisgemeinschaft wird mit einem Stand anwesend sein. Kommen auch Sie.



Zinter Sondertreffen: Teilnehmer in Altenau Bild: privat

LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnnet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ruth Geede

Neumünster – Sonnabend, 27. April (Achtung: Es ist – wegen Ostern – der 4. Sonnabend des Monats!), 15.30 Uhr, Lötzer Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Erinnerungsstunde. Doch bereits ab 10 Uhr ist die Sonderausstellung „Masuren – Land der Stille. Aquarelle von Hans-Jürgen Gaudeck, Berlin“ geöffnet. Um 15.30 Uhr beginnt aus Anlass des ersten Todestages eine Erinnerungsstunde an und für Ruth Geede, die bis in ihr 102. Lebensjahr als Journalistin aktiv war. Den Rückblick auf das Leben dieser „Nicht nur Mutter der ostpreußischen Familie“ und den Blick auf ihr Werk nimmt Ute Eichler vor. An der inhaltlichen Vorbereitung war Manuel Ruoff, Hamburg, beteiligt. Der Eintritt ist – wie immer – frei.

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Regionaltreffen

Lübeck – Sonntag, 28. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1.; Regionaltreffen, Organisation: Heidi Mader. Telefon (0451) 33517, www.burgfeldrestaurant.de Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGoeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Regionaltreffen

Hamm-Westtünnen – Sonntag, 26. Mai, 10 Uhr, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünnen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1; Regionaltreffen. Programm 10 Uhr: Saalöffnung,

Kunstsommer in Masuren
aktive und/oder passive Teilnahme
Übern. Frühst. im Ferienhaus:
Bogacko/Lötzen/Gizycko
Kunstaktivitäten (Techniken)
zu versch. Bereichen
Info: 0177-4823765

12 Uhr: Eröffnung und Begrüßung (Gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes, Totenehrung, Grußworte, Ansprache des Kreisvertreters, Gemeinsames Singen der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreters).

Hinweise für die Anfahrt
Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westf.) Busverbindung mit der Linie 30 bis zur Haltestelle Von-Thünen-Halle. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9.27 Uhr.

Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle Hamm/Werl; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße, auf dieser Straße bis zur Hubert-Westermeier-Straße.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preussisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Mahnmal in Planung



L'Estocq-Denkmal Bild: Lehmann

Laut dem „Königsberger Express“ berichtet die russische Presse, in Pr. Eylau werde ein Mahnmal zum Gedenken an die Schlacht 1807 geplant. Der französische Militärattaché in Moskau, der an den Feierlichkeiten zum 212. Jahrestag der Schlacht in Pr. Eylau teilgenommen habe, setzte sich für eine Mitfinanzierung des Vorhabens aus Frankreich ein. Nicht mitgeteilt wird, wo das neue Denkmal stehen wird, ob es irgendwie eine Konkurrenz zu dem bereits 1857 errichteten L'Estocq-Denkmal darstellen soll und schließlich, ob auch die deut-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16



Pr. Eylau: Nachstellung der napoleonischen Schlacht Bild: Lehmann

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

LO-Jahrestreffen

Auf dem Ostpreußentreffen in 38440 Wolfsburg, Heinrich-Heine-Straße/Klieverhagen 50, am Sonnabend, den 11. Mai, ist unsere Kreisgemeinschaft mit einem Bücherstand vertreten, Nummer 22, links im Foyer der Kongresshalle, neben Mohrunge und Allenstein. Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei der Landsmannschaft oder am 11. Mai am Eingang zu erwerben.

Unser Mitglied Gerhard Scheer fährt mit seinem bequemen Reisebus am Freitag, 10. Mai ab Wuppertal entlang der Autobahn 2 zur Autostadt Wolfsburg, am Sonntag 12. Mai über Lüneburg mit Besichtigung des Ostpreußenmuseums zurück. Zustiege unterwegs können vereinbart werden. Reisepreis mit zwei Übernachtungen rund 210 Euro. Anmeldung über Telefon (0176) 22201847.

Heimatreise

Bei unserer Nordostpreußenfahrt in den Heimatkreis und durch das sehenswerte Ostpreußen vom 26. Juni bis 7. Juli mit ortskundigen Führungen in Ebenrode, Schloßberg, Trakenen, Rominter Heide, Gumbinnen, Insterburg, Königsberg, Kurische Nehrung, Danzig, Stettin und mehr, Näheres im Prospekt, sind noch Plätze frei. Es ist vielleicht

Carl Knauf

Ellingen – Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt vom 26. April bis zum 8. September die Ausstellung „Licht über Sand und Hafl. Carl Knauf – Maler in Nidden“ Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

die letzte, von der Kreisgemeinschaft organisierte Fahrt. Zustiege entlang der A 2 sowie in Hannover und Berlin möglich. Wer kann, sollte noch einmal mitfahren, die deutsch-russische Freundschaft hat es nötiger denn je. Reisepreis ab 750 Euro, Reisepass ist nötig, Auskunft und Anmeldung unter Telefon (0176) 22201847 oder (0202) 500077.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zinter Sondertreffen

Altenau im Harz, 29.-31. März – Irmgard Lenz hat zum Jahrestreffen Landsleute aus Zinten Land und Umgebung eingeladen. Und wieder sind 16 Personen zusammen gekommen, um gemeinsam ein schönes Wochenende zu verbringen. Alte Geschichten, längst vergessen geglaubte Namen und Orte werden erzählt, ausgesprochen und immer mehr Erinnerungen kommen hervor. Ein wenig Wehmut ist natürlich dabei, aber es wird doch mehr gelacht als traurig dagesessen.

Am Freitagabend kommen wir aus dem Erzählen nicht heraus, was haben wir alles erlebt im letzten Jahr, was gibt es Neues, was ist in nächster Zukunft geplant? Einige der Teilnehmer freuen sich gemeinsam auf die anstehende Schmidt-Reise nach Ostpreußen, andere kramen Geschichten der bisherigen Reisen hervor.

Am Samstag fahren wir nach Goslar. Das Bergwerk Rammelsberg, heute ein Museum, ist unser Ziel. Bei herrlichem Frühlingswetter tauchen wir ein in die Welt der Bergleute und deren harte Arbeit. Eine Reise durch die Zeit, auch während des Krieges wird hier gefördert, zum Teil durch

Anzeige

Was man tief in seinem Herzen besitzt, kann man durch den Tod nicht verlieren.

Johann Wolfgang von Goethe

Dr. rer. nat.

Hans Willutzki

* 7.2.1923 in Płowczen † 6.4.2019 in Braunschweig

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Felicitas Willutzki, geb. Schulze

Dr. med. Regina Grünke, geb. Willutzki und Frank Grünke

Dr. med. Reinhard Willutzki

Corinna, Andreas, Jan

Kondolenzanschrift

Felicitas Willutzki, Echternstraße 46, 38110 Braunschweig

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 17. April 2019, um 11.00 Uhr in der Alten Kirche Querum statt. Anschließend erfolgte die Beerdigung auf dem Querumer Friedhof.

Carl Cissée Bestattungen, Fallersleber Str. 14/15, 38100 Braunschweig

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 15

sche Seite mitwirken wird, zumal es das Rest-Corps der damaligen preußischen Armee unter von L'Estocq war, das die Schlacht an der russischen Seite zum Unentschieden geführt hatte. In Paris ist eine Straße nach unserer Stadt benannt; der Name „Eylau“ steht auf der Liste der napoleonischen Siege. Die „Nachstellung“ der Schlacht 2007 ist im Kreisblatt ausführlich beschrieben. ML



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, www.kreisgemeinschaftensensburg.de



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbchat, E-Mail: info@tilsitsstadt.de

Stadtvertretung

Magdeburg - Freitag, 10. Mai: Jahrestagung der Stadtvertretung. Sie wird sich mit der Zukunftssicherung und dem Generationswechsel befassen. Zeitpunkt und Ort der Veranstaltung wurden passend gewählt, damit die Mitglieder des Vorstands und der Stadtvertretung am darauffolgenden Tag am Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg teilnehmen können.

Heimatreise

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zu einer Bus- und Schiffsrei-

se nach Tilsit und kreuz und quer durch Ostpreußen ein. Reisebegleiter ist der alte Ostpreuße Urbchat, in Tilsit geboren.

Vom 16. bis 25. August geht es ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtstrecke nach Thorn - Marienburg - Oberländischer Kanal - Königsberg - Tilsit - Großes Moosbruch - Gumbinnen - Trakehnen und Rominter Heide - Kurische Nehrung und mit dem Schiff nach Kiel und dem Bus zurück nach Hannover. Es sind noch Plätze frei. Informationen: Manfred Urbchat, Telefon (0355) 535544 oder E-Mail: urb.man@freenet.de

Prinzeßhof

Itzehoe - Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe: Arno Surminski liest aus seinen neuesten Werken. Surminski ist einer der bekanntesten deutschen Autoren, dessen Texte von Ostpreußen und dem Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 handeln. Einem größeren Publikum wurde Surminski durch die Verfilmung seines Buches „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ bekannt. Zuletzt erschienen von ihm die Werke „Der lange Weg. Von der Memel zur Moskwa“, „Wolfsland oder Geschichten aus dem alten Ostpreußen“ und „Als der Krieg zu Ende ging“, aus denen er im Kreismuseum vortragen wird.

Die Lesung findet zugunsten eines deutsch-polnischen Freundschaftsdenkmals in Itzehoe statt, das von dem Dezerenten des Kreises Steinburg Otto Carstens geplant wird. Carstens wird die Lesung moderieren. Der Eintritt kostet 15 Euro (inklusive des Buches „Schicksal und Bewahrung - Zusammenwachsen - Vertriebene, Flüchtlinge und Einheimische im Kreis Steinburg“ von Helmut Jänecke). Anmeldung unter Telefon (04821) 64068.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Landesgruppe - Mittwoch, 24. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Diavortrag von Karla Weyland: „Friedrich der Große - Leben und Lebenswerk.“ Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Stuttgart - Sonnabend, 27. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Kreis- und Frauengruppe treffen sich gemeinsam mit der LM Westpreußen zum Heimatnachmittag mit einem Diavortrag von Heide Quandt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, Gäste sind willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof - Hansestadt Danzig: Die Perle an der Ostsee. Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich im März zur Monatsversammlung in der Altdeutschen Bierstube. In Vertretung des Vorsitzenden Christian Joachim begrüßten Bernd Hüttner

und Jutta Starosta die Mitglieder und Gäste und wünschten den Geburtstagskindern des letzten Monats viel Glück und Gesundheit. Nach der Vorstellung des Prominenten des Monats, dem ersten preußischen König Friedrich I., nahm Kulturwart Bernd Hüttner die interessierten Zuhörer mit in die „Perle an der Ostsee“. Die berühmte Hansestadt Danzig kann auf eine lange und aufregende Geschichte zurückblicken. Bereits 997 wurde Danzig zum ersten Mal schriftlich erwähnt. Durch deutsche Einwanderer gegen Ende des 12. Jahrhunderts, die Gründung des Zisterzienserklosters Oliva und das Entstehen einer deutschen Kaufmannssiedlung gewann Danzig zunehmend an Bedeutung. 1308 konnte sich der Deutsche Orden im Streit um die Oberherrschaft über das Gebiet gegen Brandenburg und Polen durchsetzen und besetzte Danzig. Nach der Einsetzung des Kulmer Rechts 1343, das auf dem Gebiet des Deutschen Ordens gültig war, trat Danzig 1350 der Hanse bei. 1440 wurde die Stadt zum ersten Mal von Deutschland losgerissen. Der polnische König wurde ihr Schutzherr, sie gehörte jedoch nicht dem polnischen Reich an. Nach dem zweiten Thorer Frieden 1466 stand Danzig unter polnischer Herrschaft, behielt aber weitgehend seine Autonomie. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte entwickelte sich Danzig zu einer der wichtigsten Handelsstädte Europas und behielt auch 1772, nach der ersten Teilung Polens, seine Unabhängigkeit. Nach der zweiten Teilung des polnischen Staates im Jahr 1793 gehörte Danzig zu Preußen. Im 18. und 19. Jahrhundert verlor die Hansestadt an wirtschaftlicher Bedeutung. Aufgrund der Bestimmungen des Versailler

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 18

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 6x6 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonalrätsel puzzle.

Sudoku puzzle grid with clues. Diagonalrätsel puzzle grid with clues. Kreiskette puzzle diagram with clues.

Die 70. Jahrestage der Vertriebengruppen in Schleswig-Holstein häufen sich in diesen Tagen. Zeit also für einen Rückblick.

Durch ein striktes Verbot unterbanden die Besatzungsmächte bis zum Jahre 1949 jegliche Vereinigung von Deutschen, die im Osten ihre Heimat verloren hatten. Dennoch fanden sich auch in dieser Zeit Frauen und Männer aus allen Ostgebieten, die – vorrangig aus Heimatliebe folgend – auf zunächst örtlicher Ebene begangen, ihre Schicksalsgefährten zu sammeln

Marine

Viele Ostdeutsche und andere Heimatvertriebene kamen 1945 über die Ostsee nach Schleswig-Holstein. Für die Rettung über See ist heute noch der Marine Dank zu sagen, denn sie hat vielen Menschen das Leben gerettet. Dennoch darf nicht vergessen werden: Bei dieser unvergleichbaren Rettungsaktion über See sanken 245 Handelsschiffe durch Torpedotreffer, Minen oder Bomben. 33000 Menschen fanden dabei

»Hanniball« rettete 2,5 Millionen Menschen das Leben

den Tod in den Fluten. Die großen Katastrophen der Ostseeflucht waren sicher die Torpedierung der MS Wilhelm Gustloff, des Dampfers Steuben, des Frachters Goya und die Versenkung des Fahrgastschiffes Kap Arkona. Aber, bei dieser größten Rettungsaktion in der Geschichte der Seefahrt mit dem Namen „Unternehmen Hannibal“ wurden mehr als 2,5 Millionen Menschen aus Ost- und Westpreußen sowie Pommern, dem Memelland und Danzig über die Ostsee evakuiert und gerettet.

Eine andere große Anzahl von ostdeutschen Vertriebenen kam auf dem Landweg nach Schleswig-Holstein und hat Not, Elend, Leid und vielfach auch Grausames auf dem Treck erleben müssen.

Zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene

Zur Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland gehört also auch das Kapitel Flüchtlinge, Vertriebene und ihre Organisationen, die Landsmannschaften, der Landesverband vertriebener Deutscher (LvD) beziehungsweise der Bund der Vertriebenen (BdV). Infolge der Kriegereignisse kamen zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die Bundesrepublik Deutschland. Davon alleine schon 1,2 Millionen nach Schleswig-Holstein, eine enorm hohe Zahl, zumal die Bevölkerungszahl in diesem Bundesland damals nur 1,6 Millionen betrug.

Suchdienste

Suchdienste gehörten zu den ersten Aktionen. Vor Ort schlossen sich Landsleute zu Gruppen zusammen. Diese Gruppenbildung trug viel zur psychischen Stabilisierung der Vertriebenen bei. Offiziell wurde es erst durch Anordnung des britischen Militär-gouverneurs von Schleswig-Holstein vom 19. Juni 1948 möglich, Flüchtlingsgruppen auf Ortsebene zu gründen, was einige Gruppen sogar noch 1948 taten. Die meisten Gruppen gründeten sich jedoch erst 1949 und 1950.

Landesverband vertriebener Deutscher (LvD)

Die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigung der Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein – so nannte sich der LvD in der Anfangszeit – wurde am 6. April 1949 gegründet. Erster Vorsitzender wurde Regierungsrat a. D. Paul Stech. Später folgten Alfred Gille und Josef Domabyl sowie Günter

Folgen des Zweiten Weltkrieges

70 Jahre ostdeutsche Landsmannschaften in Schleswig-Holstein

Petersdorf und Dieter Schwarz auf Landesebene. Heute ist es Fedor Mrozek. Es war den Menschen wichtig, sich für ihre Heimat zu engagieren, doch nicht jeder kann in diesem Rückblick genannt werden.

Die soziale Betreuung der Mitglieder, Erhaltung der Pflege des ost- und mitteldeutschen Kulturgutes sowie die heimatpolitischen Aufgaben standen dann im Mittelpunkt des LvD und seiner Mitgliedsorganisation der Landsmannschaften.

Seit 1952 war der LvD ein Verband, der für die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten eine beratende Funktion ausüben durfte. Hier auf beruhten auch die 15 Beratungsstellen in den Stadt- und Landkreisen, die vom LvD mit maßgeblich finanzieller Unterstützung des Landes unterhalten wurden. Diese Beratungsstellen für Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegsgeschädigten, zu denen auch kulturelle Aufgaben gehörten, haben in den vergangenen Jahrzehnten Hervorragendes geleistet und hatten sich auch dem verstärkten Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern gewachsen gezeigt.

Große Not

Hunger, Kälte und katastrophale Wohnverhältnisse herrschten im Lande. Die Heimatvertriebenen besaßen oft nur das, was sie auf dem Leibe trugen, es mangelte an den notwendigsten Dingen des täglichen Lebens. Auch Arbeitsplätze waren kaum vorhanden. Rund 228000 Menschen lebten zunächst in Baracken oder anderen Notunterkünften. In sieben von insgesamt 17 Landkreisen gab es weit mehr Flüchtlinge als Einheimische. Heute gibt es in Schleswig-Holstein nur noch 15 Kreise. Der Chronist wird bezeugen, dass dies auch zu Unzuträglichkeiten untereinander führte. Wer will schon freiwillig Wohnraum abgeben und sich einschränken?

Das Flüchtlingslager Pöppendorf vor den Toren Lübecks war Durchgangslager für rund 600000 Menschen. Die Hansestadt Lübeck zum Beispiel hatte mit zeitweise 100000 Heimatvertriebenen und Flüchtlingen den größten Anteil im Lande. Nach der großen Umsiedlungsaktion, vor allen Dingen in die Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen, blieben zum Beispiel immer noch 25000 Ostpreußen in Schleswig-Holstein. Dieses Bundesland war zweifelsohne Flüchtlingsland Nummer Eins, gemessen an der Zahl der Einheimischen. Erst durch die Umsiedlung 1952 änderten sich die Verhältnisse

grundlegend. Die ersten Ansätze zur Gründung von Selbsthilfeorganisationen der Vertriebenen wurden allerdings schon unmittelbar nach Kriegsende gemacht. Bis dahin bestand ein Koalitionsverbot für Flüchtlinge und Vertriebene. Zu erwähnen ist, dass Nebenerwerbssiedlungen für ehemalige Bauern entstanden. Der Wohnungsbau wurde durch diese Selbsthilfeorganisationen gefördert. Es entstand der Verband der heimatvertriebenen Wirtschaft.

Frauenarbeit und Bruderhilfe

Hervorzuheben ist ferner die Frauenarbeit, insbesondere auf sozialem Gebiet, und in diesem Zusammenhang entstand auch die Bruderhilfe für die verbliebenen Landsleute in Ostpreußen. Über Jahrzehnte wurden mit sehr vielen Hilfstransporten zunächst Sachspenden und dann bis heute finanzielle Zuwendungen für hilfsbedürftige Landsleute mithilfe der Büros der deutschen Minderheit in Allenstein und Ortelsburg verteilt. Diese Hilfstransporte wurden von Anfang an fast ausschließlich von Mitgliedern der verschiedenen Ortsverbände organisiert. Es werden heute noch etliche Familien in der Heimat unterstützt.

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Trotz aller seelischen und materiellen Not hatten die Heimatvertriebenen bereits im Jahre 1950 die innere Kraft, auf jede Anwendung von Gewalt für immer zu verzichten und dieses in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 feierlich im „Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis“ zu verkünden (siehe Kasten).

Der 5. August 1950 ist also für alle Heimatvertriebenen ein geschichtsträchtiger Tag. Vor 69 Jahren gab es Demonstrationen vor den Ruinen des zerstörten Stuttgarter Schlosses für eine friedfertige Auseinandersetzung ohne Rache und Gewalt mit den Staaten, aus denen 15 Millionen Deutsche vertrieben wurden und 2,2 Millionen Deutsche den Tod fanden. Das war fünf Jahre gleich nach dem Krieg ein außerordentlicher christlicher und mutiger Akt der Vergebung für alles Leid der durch furchtbare Verluste an Leben und Heimat Betroffenen.

Bei der Würdigung der nach dem Krieg im freien Teil Deutschlands erbrachten Leistungen kann und darf die Würdigung der Auf-

bauleistung der Vertriebenen nicht fehlen. Ohne die zwölf Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik wäre die Stellung, die Deutschland heute in der Welt einnimmt, undenkbar. Vertriebene und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein haben ebenfalls maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau unseres Landes und haben es mitgestalten können.

Patenschaften und Kultur

Im Laufe der Jahre entstanden rund 90 kommunale Patenschaften. Düsseldorf übernahm die Patenschaft für die Danziger. Der Freistaat Bayern wurde ein guter Pate für die Ostpreußen.

Was die ostpreußischen Kultureinrichtungen angeht, muss das

das heute mit den historischen Kenntnissen unserer jungen Leute aus? Die jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger sollten wissen, was Flucht und Vertreibung, der Verlust von Angehörigen, der Verlust der Heimat und das Auseinanderreißen von Familien bedeuten. Denn es lassen sich Umfang und Bedeutung der Aufbauarbeiten nicht abschließend bewerten, ohne die Situation der ersten Nachkriegsjahre, die ideellen und materiellen Verluste der Vertriebenen und ihre dadurch bedingte seelische Verfassung zu kennen.

Es gab lange Zeiten tiefe Gegensätze zwischen Deutschen und Polen sowie Deutschen und Tschechen. Aber es gab auch Jahrhunderte enger Zusammen- und Aufbaubarbeit. Daran haben die ver-

Der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens hat über die Kulturleistungen im deutschen Osten Folgendes gesagt: „Die großen kulturellen Leistungen im deutschen Osten sind unvergänglich. Es ist unsere Aufgabe, sie im Bewusstsein der Menschen lebendig zu erhalten. Wenn wir die Erinnerung an diese großen Leistungen lebendig erhalten, dann hat dies nichts mit Revanchismus zu tun, sondern es ist der Ausdruck geschichtlichen Bewusstseins eines Volkes, das sich mit seiner Vergangenheit identifiziert.“

Geistesgrößen

Aus Pommern stammen: der Freiheitsdichter Ernst Moritz Arndt, der Maler Philipp Otto Runge, der Arzt Rudolph Virchow, der Begründer des Westpostvereins Heinrich von Stephan, der Ingenieur, der erste Segelflieger Otto Lilienthal.

Aus Westpreußen und Danzig stammen: Emil von Behring, der Arzt und Entdecker des Diphthe-



Ort der Hoffnung: Aufnahme- und Durchgangslager in Pöppendorf. Eine Ausstellung dazu ist im Industriemuseum Geschichtswerkstatt Herrenwyk, Lübeck, bis zum 28. April zu sehen Bild: Imago

einmalige Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erwähnt werden, das am 25. August 2018 nach einer umfangreichen Erweiterung unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und der Politik wiedereröffnet wurde. Aber auch das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen mit dem wichtigen Archivmaterial strahlt weit über Bayern hinaus. Nicht zu vergessen werden darf die Stiftung Ostpreußen mit Sitz in Hamburg und natürlich die *Preußische Allgemeine Zeitung*.

Das Land Schleswig-Holstein übernahm 1954 die Patenschaft für Pommern und 1963 für Mecklenburg. Zudem entstand 1966 die Stiftung Pommern in Kiel und die Stiftung Mecklenburg in Ratzeburg. Die Westpreußen erhielten für ihre Kulturschätze in Münster ein Museum, heute ist es in Warendorf (Westfalen-Lippe) in einem Kloster untergebracht. Der ehemalige Minister Günter Jansen hat beim Tag der Stettiner am 6. August 1989 in Lübeck ganz klare Stellung bezogen zu dem Wesen und dem Begriff von Patenschaften und Partnerschaften und hier zu erklärt, dass die Patenschaft eine Beziehung darstellt, die prinzipiell nicht lösbar ist.

Die Gedenkstätte in St. Marien in Lübeck, die Pommernkapelle in Kiel und die örtlichen ostdeutschen Gedenkstätten sowie die Albatros-Gedenkstätte in Damp für die Rettung über See sind ebenfalls wichtige Orte für die Vertriebenen in Schleswig-Holstein.

Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die ostdeutschen Heimatstuben und die Häuser der Heimat in Kiel, Itzehoe, Schleswig, Burg/Fehmarn, Eckernförde, Pinneberg, Neumünster und noch in anderen Städten.

Ein Rückblick auf das 70-jährige Bestehen zeigt auf, welche Leistungen in den Jahren des Wiederaufbaus erbracht wurden. Wie sieht

triebenen Deutschen angeknüpft. Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung bilden den Kern ihrer Arbeit. Diese angestrebten Ziele setzen sich heute auch dort durch, wo sie gestern noch unterdrückt wurden.

Arbeit der Landsmannschaften

Für die Landsmannschaften gab es vor rund 70 Jahren drei große Aufgabengebiete, und zwar Soziales, Kulturelles und Heimatpolitisches. Diese Aufgaben bestanden über vier Jahrzehnte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Wenn zur damaligen Zeit das Soziale im Vordergrund stand, so ist dieses gottlob durch wirtschaftliche Hilfen die Ansiedlung durch Bauern-, Nebenerwerbssiedlungen, Lastenausgleich und letzten Endes durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik weitestgehend in den Hintergrund getreten. Heute steht zweifelsohne das große kulturelle Erbe Ostdeutschlands im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Wünschenswert wäre die Fertigstellung der Gedenkstätte „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nach der Idee von Erika Steinbach in Berlin.

rie-Serums, dann Georg Forster, der Naturhistoriker und Reiseschriftsteller, der Bildhauer und Baumeister Andreas Schlüter, der Philosoph Arthur Schopenhauer und die Schriftsteller Max Halbe und Günter Grass.

Aus Ostpreußen stammen: Immanuel Kant, der größte deutsche Philosoph, der Dichter Johann Gottfried Herder, der Dichter, Maler und Musiker E. T. A. Hoffmann, Lovis Corinth, der Maler, Käthe Kollwitz, die Grafikerin, Ernst Wiechert und Agnes Miegel, die großen Dichter.

Aus Schlesien stammen: der Grafiker und Maler Adolf von Menzel, der Theologe und Philosoph Friedrich Schleiermacher, der Naturphilosoph Jakob Böhme, der Verfasser historischer Romane Gustav Freytag, der Dichter der Romantik Joseph Freiherr von Eichendorff und schließlich der große Dichter und Dramatiker Gerhard Hauptmann.

Diese Aufzählung kann zweifelsohne nur lückenhaft sein. Dennoch ist sie recht eindrucksvoll. Wer könnte nicht besser die Begriffe Heimat und Vaterland erklären als der Dichter Ernst Moritz Arndt mit seinem gleichnamigen Gedicht? Edmund Ferner

»Heimat und Vaterland«

O Mensch, du hast ein Vaterland, ein heiliges Land, ein geliebtes Land, eine Erde, wonach deine Sehnsucht ewig dichtet und trachtet. Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten und seine Sturmwinde dir mit heiligem Schrecken durch die Seele brausten: da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. Wo das erste Menschaugen sich liebend über deine Wiege neigte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater dir die Lehren der Weisheit und des Christentums ins Herz grub: da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland. Und seien es kahle Felsen und öde Inseln, und wohnte Arbeit und Mühe dort mit dir, du musst das Land ewig liebhaben denn du bist ein Mensch, und Du sollst deine Heimat nicht vergessen sondern du sollst sie für immer in deinem Herzen bewahren! Ernst Moritz Arndt

Landsmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Vertrags wurde die Stadt nach dem ersten Weltkrieg zur Freien Stadt erklärt, die unter der Kontrolle des Völkerbundes stand. Seit dem zweiten Weltkrieg gehört Danzig zu Polen.

Aber auch in der neueren Geschichte spielte Danzig immer wieder eine wichtige Rolle in der Politik. 1980 wurde die unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc in Danzig gegründet. 1997 feierte die Stadt, die durch den Wiederaufbau der Innenstadt und der Marienkirche jährlich Tausende von Touristen anlockt, ihr 1000-jähriges Bestehen.

Im Anschluss an den geschichtlichen Abriss konnten die Anwesenden noch Bilder aus der „Perle an der Ostsee“ bewundern. Krantor, Marienkirche, Neptunbrunnen und Artushof zeugen von einer bewegten und erfolgreichen Geschichte.

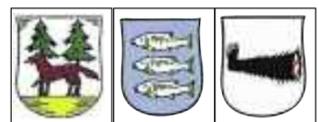
Nürnberg – Dienstag, 23. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser. (Ende der U 1 gegenüber): Treffen. Das Schicksal des kleinen Kreuzers 'Königsberg' im Ersten Weltkrieg vor der ostafrikanischen Küste. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Johannsburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 30. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen für Johannsburg und Sensburg an Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 14. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Nienendorfer Kirchenweg 17:

Treffen zur Feier des 30-jährigen Gruppen-Jubiläums mit gemütlichem Kaffeetrinken, Musik, Gesang und fröhlichen Überraschungen. Gäste sind willkommen. Auskunft erteilt Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertreter Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 24. April: Monatsversammlung mit Dietmar Balschun „Ostpreußen und seine Maler“ anhand von Kalenderblättern.

Wiesbaden – Donnerstag, 25. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Königsberger Klopse. Anmeldung war erforderlich. – Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Jahreshauptversammlung. Die dreijährige Amtszeit des derzeitigen Vorstandes und der Kassenprüfer endet mit der heutigen Hauptversammlung. In beiden Fällen sind deshalb Neuwahlen erforderlich. Zu der satzungsgemäß anstehenden Jahreshauptversammlung lädt der Vorstand unsere Mitglieder ein.

Tagesordnung:

1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellung der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Berichte: Schatzmeister und Kassenprüfer, 5. Aussprache zu den TO-Punkten 3 und 4,

6. Entlastung des Vorstandes, 7. Wahl des Wahlleiters, 8. Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer, 9. Verschiedenes.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebendorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. April, 15 Uhr, (neuer Treffpunkt) Gaststätte „Mahlzeit“ Braunschweig, Kälberwiese 13a (Siedlerheim Alt Petritor): Monatsversammlung. Die nächste Bushaltestelle ist Kälberwiese. Bei der am 27. März stattgefundenen Generalversammlung wurde der alte Vorstand in seinen Ämtern bestätigt: Vorsitzender: Fritz Folger, Stellvertretender Vorsitzender: Hagen Mörig, Schriftführerin: Monika Böttcher.

Göttingen – Mittwoch, 24. April, 15 Uhr, Café ZÄM – Zentrum für Ältere Menschen, Martin-Luther-Straße 16 in Göttingen-Grone: Kaffeerunde mit Gedankenaustausch und Plaudereien. – Die LO-Gruppe Göttingen fährt dieses Jahr zum Treffen der Ostpreußen in Wolfsburg am 11. Mai. Abfahrt ist um 8.30 Uhr vom ZOB in Göttingen. Aufgrund der begrenzten Platzzahl bitten wir um umgehende Anmeldung. Nähere Informationen beim Ersten Vorsitzenden Werner Erdmann unter Telefon (0551) 63675.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hatte sich zu ihrer Versammlung am 10. April den Schriftsteller und gebürtigen Pommer Erhard Brüchert, Autor zahlreicher Dokumentar-, Freilicht- und Bühnenstücke in hoch- und niederdeutscher Sprache, eingeladen, aus seinem Roman „Der Eisläufer“ Passagen vorzulesen. Dieser Roman trägt autobiografische

Züge, ist in hoch- nicht in plattdeutsch geschrieben, und er las Abschnitte von der Flucht über die Oder nach Swinemünde und per Schiff nach Westen. Die Auswirkungen der Vertreibung prägen den Roman und seine Handlung, die einen engen Bezug zu den Erlebnissen des Autors in Ostpreußen nimmt. Der geringe Besuch trübte leider diese schöne und lebhaft diskutierte Veranstaltung, die mit ein paar Volksliedern abgeschlossen wurde. Im Mai haben wir keine Versammlung. Wir unternehmen am 8. Mai eine Tageskulturfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Zur Veranstaltung am 12. Juni laden wir rechtzeitig wieder ein.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Donnerstag, 25. April, 8.45 bis 17 Uhr: Tagesexkursion „Tagebau in Garzweiler“, Auskunft erteilt Frau Grabowski unter Telefon (0211) 1699113. – Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Konferenzraum, GHH: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Anträge sind spätestens bis zum 20. April an die Geschäftsstelle LO Kreisgruppe Düsseldorf e.V., Graf-Recke-Straße 20, 40239 Düsseldorf zu richten.

Gütersloh – Dienstag, 30. April, Haus Ohlmeyer, Verl: Tanz in den Mai mit Livemusik. Interessierte sind stets herzlich willkommen. Anmeldung unter Telefon (05241) 34841 bei Block oder (05241) 29211 bei Bartnik.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Wuppertal – Sonnabend, 4. Mai 14 Uhr, Rotter Kirche, Rödigerstraße 113, Wuppertal-Barmen: „70 Jahre Kreisgruppe Wuppertal“ und „9. Ostpreußisches Maifest“ mit dem Mundharmonika-Duo Waltraut Bombe und Ulla Busch, dem Musiker Christoph Marr, den Chorfreunden Wuppertal mit Margaryta, der Pianistin Martha Kogan und Josef Schewalenko (Violine).

Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 15. Juni, 9 Uhr (Beginn: 10 Uhr), Kleingartenverein Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 7. Regionaltreffen. Starfgast ist der Sänger und Entertainer „Bernstein“ sowie die Gruppe „Wegelin“ von der LM Deutsche aus Russland. Andere Beiträge können jederzeit angenommen werden. In traditioneller Weise sind die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, die Kreisgemeinschaft Schlossberg und die Sammler an der Gestaltung beteiligt. Die LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e. V. bindet den „Tag der Heimat“ in diese Veranstaltung ein.

Weitere Informationen erteilt der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Grashoff unter E-Mail: ebs.grashoff@web.de oder Telefon (0341) 9010730.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 26. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Frühlingsveranstaltung mit Liedern und Gedichten.

Halle – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 25. April, 14.30 Uhr, AWO: Treffen

mit einem Vortrag vom Landesvorsitzenden Edmund Ferner zum Thema „Ein Ostpreuße als akademischer Entwicklungshelfer im Rahmen des Baumhausprojektes in China in der Provinz Yunnan (ehemalige deutsche Kolonie Tsingtau)“.

Mölln – Mittwoch, 24. April, 15 Uhr, Quellenhof, Mölln: Treffen mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Frühling. Instrumental wird uns Herr Bliss aus Büchen unterstützen.

Am 11. Mai fahren wir nach Wolfsburg. Dort findet der diesjährige OstpreuBentag statt.

Abfahrt um 6.45 Uhr ab ZOB, Rückkehr etwa um 20 Uhr.

Für die Busfahrt und den Eintritt zahlen Mitglieder 25 Euro und Gäste 35 Euro. Wir bitten um baldige Anmeldungen, da wir die Eintrittskarten frühzeitig bestellen müssen.

Anmeldungen nimmt unser Reiseleiter, Herr Schumacher unter Telefon (04542) 5044 entgegen. Er erteilt auch weitere Auskünfte.

Schönwalde a. B. – Freitag, 26. April, 19 Uhr, Café Ehlers, Kasseedorf: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Verschiedenes. Wie alljährlich wollen wir an diesem Abend Königsberger Klopse essen. Kostenbeitrag 12 Euro. Wir möchten Sie bitten, sich bis zum 20. April beim 1. Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner unter Telefon (04528) 495 oder beim 2. Vorsitzenden Ulrich Schrank unter Telefon (04528) 9901 anzumelden. Freuen würden wir uns, wenn recht viele Freunde daran teilnehmen.



Frohe Ostern

Bild: H. Uhsé

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Deutsche nicht polnisch genug

Die deutsche Minderheit in Breslau lässt keine Bundesdeutschen im Vorstand zu

Wer Mitglied sein darf, hält die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Polen in ihrer Satzung fest: „Jeder der deutschen Nationalität ist und der im Verbandsgebiet seinen Wohnsitz hat.“ Dabei unterscheidet man in Polen deutlich zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass zum Beispiel dem Verband der Deutschen in Glatz, der aus einer Glatzer Vertriebenenfamilie stammende und quasi aus dem familiären „Exil“ in die Grafschaft Glatz heimgekehrte Bundesdeutsche Horst Ulbrich dort als Vorsitzender fungiert. In Breslau sollte Gleiches nun nicht möglich sein.

Der Breslauer Bezirksverband zielt sich nämlich bei genau demselben Vorgehen und folgt damit im Grunde auch der seit jeher geltenden Linie des Opperlner Bezirksverbands, der in der Deutschen Minderheit in Polen tonangebend ist. Dessen Würdenträger sind oft sehr eng mit dem landesweiten Zusammenschluss der Deutschen VdG verzahnt. Und

auch der VdG hat natürlich seinen Sitz in Oppeln.

Der Breslauer Bezirksverband scheint wieder der oberschlesischen „Hasenfüßigkeit“ zu folgen. Die langjährige Breslauer Vorsitzende Renate Zajackowska fühlte sich in der Opperlner Runde im Gegensatz zu manch anderer Gliederung aus allen Regionen des Landes nicht als Bittsteller, sondern gehörte immer dazu. Immerhin ist ja auch sie Oberschlesierin.

Die Odermetropole ist im Gegensatz zu Oppeln oder Gleiwitz 1945 völlig von Deutschen entvölkert gewesen und ein Verband der Deutschen Minderheit bildete sich hier mehrheitlich aus den Deutschen, die 1945 als einst polnische Staatsangehörige mit aus Ostpolen vertrieben wurden oder nach 1945 zugewanderten Deutschen aus Lodscher Masurien und nur zu einem geringen Teil aus echten protestantischen Niederschlesiern.

Doch die Konstellation ist noch komplexer. Aus Altersgründen trat Zajackowska am 6. April nicht mehr als Vorsitzende an. Sie



Bei der Eröffnung des sächsischen Verbindungsbüros in Breslau 2012: Andreas Grapat

Bild: Edmund Pander

hatte sich sogar für den in Breslau als Deutschlehrer und Vertreter von medizinischen Gerätschaften tätigen Bundesdeutschen Jörg Giessler als Vorstandsvorsitzenden in Breslau ausgesprochen. Außerdem stellte sich Andreas Grapat, der aus schlesischer Familie stammt, das Verbindungsbüro Sachsens in Breslau leitete und für die CDU im Dresdner Landtag saß, zur Wahl. Grapat war als Nationalkonservativer in der CDU jedoch zunehmend an den Rand gedrängt worden, während sich Giessler am 26. Mai für die AfD um ein Mandat im Görlitzer Stadtrat bewirbt.

Bei der Wahl um den Vorsitz in Breslau wurden die Kandidaturen von Grapat und Giessler nun mit der Begründung zurückgewiesen, dass beide nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen. „Ich habe am 11. April dazu eine Beschwerde an die neu gewählte Vorsitzende Krystyna Kadlewicz geschrieben“, betont Jörg Giessler nun gegenüber der *Preußische Allgemeine Zeitung*. Das Schreiben sei auch von Andreas Grapat unterzeichnet worden,

der während der Sitzung den Antrag stellte, die Satzung überprüfen zu lassen. Wenn Mitglieder ohne polnische Staatsangehörigkeit nicht in den Vorstand gewählt werden dürften, dann sei diese Diskriminierung mit EU-Recht nicht vereinbar, äußerte sich Grapat. Giessler ergänzt: „Juristisch steht die Wahl meines Erachtens auch auf tönernen Füßen, da die Wahlzettel handschriftlich nummeriert waren.“

Ob nun die meist über 70-jährigen Breslauer Verbandsmitglieder mit der Wahl hoffnungslos überfordert waren, ob die eventuell zuvor eigens geänderte Satzung die Ablehnung überhaupt erlaubte oder, ob eine politische Unvereinbarkeit der bundesdeutschen Bewerber auf informellem Weg den übrigen Breslauer Akteuren nahegelegt wurde, bleibt offen.

Zunächst fungiert die Reiseführerin Krystyna Kadlewicz als Vorsitzende. Sie war letztlich die einzige Bewerberin um den Vorsitz mit polnischer Staatsangehörigkeit. Sie ist seit 30 Jahren Mitglied des Breslauer Bezirksverbands.

Edmund Pander



Ostern in Pommern – Vom Osterwasser und der Osterrute

Gegen den Strom muss das Wasser geschöpft werden

Es war Ostern 1947, noch in der Heimat unter den Polen. Ich hatte gerade einen Bekannten, den „alten Förster“, wie wir ihn nannten, aufgesucht, um ihm mit einigen Kleinigkeiten, vor allem einer Flasche Osterwasser, eine kleine Freude zu machen. Er hatte das Osterwasser in eine Schüssel gegossen und sich andächtig damit Gesicht und Hände gewaschen. Einen kleinen Rest ließ er noch in der Flasche, wozu wohl? Ich sollte es gleich erfahren. Nachdenklich hatte er sich auf seinem alten wackeligen Bett niedergelassen. Ich zog mir den einzigen Stuhl herbei und ließ mich darauf nieder. „Mit dem Vater also hast du heute das Osterwasser geholt?“ fragte er. „Ja“, antwortete ich, „ganz früh, noch vor Sonnenaufgang sind wir aufgestanden und zur Wipper (es hätte ebensogut die Persante gewesen sein können) hinuntergegangen. Uns hat niemand gesehen, und in aller Ruhe konnten

wir das Wasser holen. Gegen den Strom haben wir es geschöpft.“ Zustimmend nickte der Alte: „Ja, ja, dein Vater hat immer an den alten Sitten und Bräuchen festgehalten“, sagte er. Nach längerem Schweigen begann er zu erzählen: „Es war immer so, soweit ich zurückdenken kann, an jedem ersten Ostermorgen holten wir Osterwasser. Am Abend vorher mussten wir dann frühzeitig ins Bett gehen, denn du weißt ja, dass man vor Sonnenaufgang das Wasser schöpfen muss, da es sonst keine heilsamen Kräfte mehr hat. Aber auch sprechen darf man, bis man das Osterwasser zu Hause hat, ja nicht, da es sonst Schladderwasser ist. Du kannst dir ja denken, wie sich da jeder in acht nahm. Das war aber nicht immer leicht, denn manche jungen Burschen versteckten sich, um die stumm Vorübergehenden zu erschrecken. Vor allem hatten sie es auf die Mädchen abgesehen, die vor Schreck meist



Foto: Brigitte Stramm

aufschrien, ihren Eimer fallen ließen und davonliefen. Ja, ja, so war das, schmunzelte er.

War ich dann mit dem Osterwasser nach Hause gekommen und hatte den Eimer auf den Fußboden in der Stube niedergestellt, so durf-

te ich wieder sprechen. Mich hielt es aber noch nicht im Haus. Warteten draußen doch schon die Kameraden. Ich holte meine selbst-angefertigte Osterrute herbei und prügelte meinen Bruder aus dem Bett. Dann gingen wir zusammen

zu den Eltern. Hatten wir diese genug gestiept, liefen wir ins Dorf.

Meist ging gerade die Sonne auf, wenn wir aus der Tür traten. Sonst aber warteten wir noch, denn dieses Ereignis durften wir nicht verpassen. „Hast du schon einmal die Sonne am Ostermorgen aufgehen sehen?“ fragte er mich. „Nein“, musste ich beschämt antworten. „Das musst du aber noch nachholen“, meinte er, „denn am ersten Ostermorgen springt die Sonne dreimal in die Höhe, wenn sie aufgeht, ich habe es selbst gesehen. Man sagt, aus Freude darüber, dass Jesus auferstanden ist“, setzte er geheimnisvoll hinzu. Dann ging es mit der Osterrute über Tore und Hecken der Nachbargrundstücke. Folgendes Sprüchlein sagten wir auf:

„Die Osterrut', die Osterrut', die wächst an einem Stengel, Der Herr ist gut, der Herr ist gut, die Frau ist wie ein Engel, Die Osterrut' hab' ich gemacht und hab' sie ... zugebracht.“

Reich beschenkt zogen wir dann weiter. Zwanzig oder mehr Kinder mochten ihr Unwesen im Dorf treiben; denn aus jedem Haus erschollen Gelächter und Geschrei. Kamen wir nach Hause, so holte die Großmutter schnell eine Bierflasche und füllte sie in dem Eimer mit Osterwasser.

Dann erst nahm sich jeder seinen Teil, um sich damit zu waschen. Hatte die Großmutter im Winter eine Krankheit, so holte sie ihr Osterwasser, und es half immer.

Nach dem Frühstück erst gingen wir daran, unsere Osterester zu suchen. Auf meinem Nachhauseweg kamen mir einige Polenjungen entgegen. In der Hand hielten sie Flaschen und bespritzten jeden Vorübergehenden mit Osterwasser. So kannten also auch andere Völker eine ähnliche Sitte. Tief in Gedanken versunken ging ich weiter.

H. W. S.

Aus: Unser Pommern, Heft 1/1963

Zu Ostern, wenn die Palmen blühen ...

Zwölf Ostereier

*Der Osterhase hat über Nacht
Zwölf Eier in unsern Garten gebracht.
Eins legte er unter die Rasenbank,
drei zwischen das grüne Efeuengerank,
vier lagen im Hyazinthenbeet,
drei, wo die weiße Narzisse steht,
eins oben auf dem Apfelbaumast:
Da hat sicher die Katze mit angefasst!*

In den letzten Tagen vor den Osterferien wird auch heute noch in der Grundschule der Frühling besungen, werden Ostereier bemalt oder auch eine Osterhasengeschichte in der 1. Klasse gelesen.

Meine Schulzeit begann vor 80 Jahren zu Ostern im Gegensatz zu heute, wo der Schulanfang nach den Sommerferien liegt. Ich kann mich noch erinnern, dass wir am ersten Schultag Ostereier auf die Schiefertafel malen und dabei in den Linien bleiben sollten. Das war schon eine gute Vorübung für den Buchstaben „O“, was wir natürlich nicht merkten.

Im Reprint der Pommerschen Heimatfibel fand ich das Gedicht von der Hasenwäsche. Wir haben dazu Bilder am Ende des ersten Schuljahres angefertigt, und den entsprechenden Vers dazu vorgelesen. Das Gedicht von den 12 Ostereiern kann ich heute noch aufsagen. Und die Bemerkung meines Vaters: „Mehr wollt ihr nicht suchen;“ ist mir auch noch im Gedächtnis geblieben.

Eins meiner ersten Bücher, das ich selbst gelesen habe, war die Häschenschule. Ich habe sie geliebt, und darum auch später meinen Kindern geschenkt. In diesem Jahr war ich erstaunt, als ich sie in verschiedenen Ausgaben in den Braunschweiger Buchhandlungen im März vorfand. Obwider Bilderbuchklassiker heute pädagogisch gesehen autoritär

erscheinen mag, da Haseneltern und Hasenlehrer sehr unerbittlich auftreten, erlebte er besonders nach 1989 einen neuen Höhenflug. Albert Sixtus, ein Lehrer aus Sachsen, schrieb dieses Kinderbuch für seinen Sohn. Es wurde 1924 vom Alfred Hahn's Verlag herausgegeben. Fritz Koch-Gotha illustrierte es.

Bis 1942 wurde in Deutschland nach Ostern eingeschult und vor Ostern die Volksschule mit 14 bis 15 Jahren verlassen. Ab 1943 begann das Schulleben jedoch im Herbst und endete vor den Sommerferien. Nach dem Krieg wurde der Schulanfang zurück auf Ostern verlegt. Seit 1967 beginnt das Schulleben wieder im Herbst.

Während meiner Volksschulzeit in Stettin-Hökendorf kreisten eifrig die Poesiealben, in denen besonders dieser Vers sehr beliebt war:

*Zu Ostern, wenn die Palmen blühen,
Wirst du einst vorm Altar knien.
Oh weine sehr, oh weine sehr,
die Schulzeit kehrt nie wieder her.*

Zum Schulabschluss gehörte für die meisten pommerschen Volksschüler die Konfirmation, in der sie für „kirchenwürdige“ erklärt wurden. Die Mädchen traten in schwarzen oder dunkelblauen Kleidern mit einem besonders schönen weißen Kragen, die Jungen zum ersten Mal in langen Hosens vor den Altar.

Es begann die Berufsausbildung, das Berufsleben, das oft für die Dorfschüler mit einem Ortswechsel verbunden war. Es begann der Ernst des Lebens.

Brigitte Kleszczewski



Konfirmation Dorothea
Manzke, 1920
(Foto: Kleszczewski)



Der Pommernadler / Schreiadler

Clanga pomarina – wird bis zu 25 Jahre alt

Der Adler, ganz gleich welcher Gattung, gilt als Herr der Lüfte, symbolisiert die unendliche Freiheit. Der Schreiadler, auch Pommernadler genannt, ist der kleinste seiner Art. Seine Spannweite beträgt ca. 160 cm. Der Weißkopfsaadler hat z.B. eine Spannweite von ca. 180 - 230 cm. Sein wichtigstes Merkmal sind seine charakteristischen Lautäußerungen, aber auch seine Jagdweise ist speziell. Die häufigste Jagdart des Schreiadlers ist für Greifvögel außergewöhnlich: Er schreitet über kurzrasige Flächen und sucht seine Beute zu Fuß. Schreiadler jagen aber auch aus dem Flug und durch den für Greifvögel typischen Anblick.

Wie so viele Tierarten, ist auch er extrem vom Aussterben bedroht. Die Landwirtschaft mit ihren großen Anbauflächen von Mais und Raps, das Abholzen von Wäldern, auch zugunsten der erneuerbaren Energien mit zahlreichen Windkraftanlagen, fehlende Wiesen, sind dabei die Hauptursache. Man nimmt ihm den Lebensraum. Schreiadler sind Zugvögel und verbringen den Winter im südlichen Afrika. Erst im April kehren sie in ihre Brutgebiete nach Mittel- und Osteuropa zurück. Hier brüten sie sehr versteckt, damit ihr Horst von Feinden aus der Luft nicht entdeckt werden kann. Solche blickdichten Strukturen finden sie meist nur in wenig genutzten Wäldern. Außerdem benötigen sie Wechselhorste, falls ihr angestammter Horst bei ihrer Rückkehr im Frühjahr bereits durch andere Greifvögel besetzt ist.

Nach der Rückkehr beider Schreiadler-Partner in ihre angestammten Brutgebiete im April, vollführen die Männchen einen Girlandenflug, um die Weibchen zu beeindrucken. Anfang Mai liegen dann zwei Eier im mit grünen Zweigen ausgepolsterten Horst, aus denen Anfang Juni die Jungvögel schlüpfen. Doch sobald das Zweitgeborene geschlüpft ist, wird es durch den früher Geschlüpften mit Schnabelhieben attackiert. Der Zweitgeborene, der in Analogie zu der biblischen Darstellung als „Abel“ be-

zeichnet wird, geht fast immer durch die Attacken des „Kain“ zugrunde. Der „obligatorische Kainismus“ ist genetisch bedingt und könnte von der Natur als eine Art Reproduktionsreserve für besonders nahrungsreiche

der Film *Die Wiese – ein Paradies nebenan* in die Kinos, im Trailer liest man: Nirgendwo ist es so bunt, so vielfältig und so schön, wie in einer blühenden Sommerwiese. Hunderte Arten von Vögeln, Heuschrecken,



Foto: NABU M-V – P. Wernicke

Jahre vorgesehen sein.

Ende Juli verlässt der überlebende Jungvogel erstmals das Nest, bleibt aber noch einige Tage dicht am Horst und wird von seinen Eltern weiter gefüttert. Im August unternimmt er bereits größere Flüge, um für den bevorstehenden Zug ins Winterquartier zu üben.

Verbreitet sind die Pommernadler noch im Baltikum und in Ostpolen. In M-V gibt es 80 Brutpaare, 20 in Brandenburg. Seit mehreren Jahren gibt es eine deutsch/polnische Zusammenarbeit zur Rettung der Population in Deutschland. Der RBB drehte 2018 eine Dokumentation über dieses Artenschutzprojekt. 10 ausgebrütete „Zweit“-Küken, die sonst von dem Erstgeschlüpften getötet worden wären, wurden vorsichtig aus dem Nest genommen, kamen per Flugzeug nach Brandenburg und wurden dort zunächst per Hand im Falkenhof Ravensberg bei Potsdam aufgezogen. Nach ca. 6 Wochen in die Uckermark verbracht. Im Herbst sind sie dann bereits nach Süden geflogen und hoffentlich alle zusammen wieder zurückgekehrt.

Gerade Anfang April 2019 kam

Zikaden und anderen Tieren leben zwischen den Gräsern und farbenprächtigen blühenden Kräutern der Wiese. Das Zusammenspiel der Arten, die Abhängigkeit der Tiere und Pflanzen voneinander, macht die Blumenwiese zu einem Kosmos, in dem es unendlich viel zu entdecken gibt. Eine faszinierende Welt, in der ein Drittel unserer Pflanzen- und Tierarten zu Hause ist. In nie gesehenen Bildern und mit großem, technischen Aufwand gedreht, stellt die Dokumentation einige der schönsten, liebenswertesten und skurrilsten Bewohner unserer Wiese vor. Der Film führt die Zuschauer in eine Welt, die jeder zu kennen glaubt, und die doch voller Wunder und Überraschungen steckt. Als Protagonist mit dabei: Der Schreiadler.

Möge es gelingen, dass der Pommernadler wieder in großer Zahl in Pommern ansässig wird.

Info: <https://mecklenburg-vorpommern.nabu.de> – Schreiadler
<https://www.deutschewildtierstiftung.de/wildtiere/schreiadler>

Brigitte Stramm

Zu viel frei gedacht

Zu: Die roten Kleider (Nr. 13)

Eva Hermann sollte sich mehr um die Missstände in Deutschland kümmern, wo elfjährige Mädchen ihre Mütter nach der Verhütungspille fragen. Bei den vermissten Indianerinnen in Kanada handelt es sich doch meistens um drogen- oder alkoholsüchtige, in Reservaten aufgewachsene weibliche Personen, die sich das Geld auf dem Strich für ihre „Diät“ verdienen.

Ich wohne seit 64 Jahren in diesem Land und habe noch nie ein rotes Kleid im Baum flattern sehen. Höchstens einmal eine weiße Einkaufstasche, welche der Wind da hochgeweht hat.

Mein Mann hat seit 1976 in Reservaten gearbeitet. Die Indianer im Rainy-Lake-Reservat Ojibway oder im Cree bei Cochrane haben saubere gepflegte Heime, die Kinder gehen zu Highschools – Universitäten. Wenn sie nicht faul, sondern fleißig sind, lernen sie ebenso wie die Kinder von den Einwanderern, werden Rechtsanwältinnen oder arbeiten in der Verwaltung, kurz: Sie können Karriere machen.

Sicher, es gab auch Ausnahmen. Obwohl es jedem Indianer freisteht, vom Reservat wegzuziehen und trotzdem steuerfrei einzukaufen und andere Privilegien genießen zu können. Übrigens hat man seit den 90er Jahren keine Kinder mehr von Reservaten genommen. Da wird noch auf den Gerichten um Entschädigungen gerangelt aus den Jahren zuvor.

Wir haben mehrmals aus dem Gefängnis von Kingston Jugendliche abgeholt und sie bei uns aufgenommen. Aus allen sind anständige Bürger geworden, die zu uns immer noch eine gute freundschaftliche Beziehung haben. Gewiss, in einem Reservat zu leben, ist schon schön langweilig. Da gibt es keine Stripclubs, und für ein bisschen Drogen muss man erst ins Städtchen fahren. Und bis zum Trans-Canada-Highway ist es auch oft ein bisschen weit, wo dann an die Damen mit den roten Kleidern erinnert werden soll und die dort an Leute gerieten, welche die gleichen Gewohnheiten pflegten, die auch recht viele der Männer auf deutschen Autobahnen an sich haben.

Also bitte nicht verallgemeinern, in veralteten Zeitungsausgaben lesen oder nur mal flüchtig hier rumschnuppern.

Brigitte von Kalben,
Welland/Ontario, Kanada

Zu: Gender Sprache unwichtig (Nr. 14)

Der Gattungsbegriff hat zwar durchaus ein grammatikalisches Geschlecht, inhaltlich ist er aber natürlich geschlechtsübergreifend. Sonst wäre es ja kein Gattungsbegriff. Das ist an sich nicht schwer zu verstehen. Gleichwohl steht der linguistische Gattungsbegriff schon längere Zeit im Visier der Verfechter einer Political Correctness.

Wenn nun die Stadt Gießen beispielsweise eine(n) „Müllader*in“ sucht oder, wie jüngst geschehen, die Stadt Hannover in einer „verbindlichen Empfehlung“ an ihre Beschäftigten in der Verwaltung vorsieht, dass Wörter wie „Bauleiter“ durch „Baulei-

terung“, „Wähler“ durch „Wählende“ oder „keiner“ durch „niemand“ zu ersetzen seien, könnte man dies milde lächelnd als ein weiteres Beispiel linker Spießigkeit beiseitelegen.

So banal ist die Sache aber nicht. Hinter den zunehmenden Eingriffen in die Sprache steckt weitaus mehr. Mit der Sprache geben wir unsere Gedanken wieder.

Wir denken in Worten. Wer die Worte verändert, will das Denken verändern. Dahinter steht letztlich der totalitäre Anspruch, das Denken der Menschen zu kontrollieren. Unliebsame Gedanken sollen – sofern sie sich in Worten abbilden – dereinst undenkbar sein. Verstöße ahndet die Gedankenpolizei.

Burghard Gieseler,
Oldenburg



Die Stadt Hannover als Vorreiter von Gendersprech: Vor dem Rathaus am Maschsee präsentiert die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt die „Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“

Bild: pa

Die Meinung einer schillernden Islam-Figur

Zu: Fata Morgana Euro-Islam (Nr. 13)

Nadeem Elyas ist eine sehr schillernde Figur am Himmel des Islam. 2008 lief im Bayerischen Fernsehen eine Talkrunde mit Sigmund Gottlieb als Talkmaster. Neben einigen mir weniger be-

kannten Diskutanten waren unter anderem mit dabei der damalige Innenminister Bayerns, Günther Beckstein, und der Politikwissenschaftler Bassam Tibi.

Es ging um die Gewalttätigkeit im Islam und wie man ihr begegnen könnte. Der Innenminister meinte: Man müsse versuchen, die moderaten Muslime zu gewinnen, zum Beispiel den Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime, Herrn Elyas. Worauf Herr Tibi, wie immer sehr höflich, reagierte: „Sie werden entschuldigen, Herr Minister, aber der ist nicht wirklich gegen den Terror.“

Zwei Wochen später vermeldete die Tagesschau: „Heute ist der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime zurückgetreten.“ Mit der lapidaren Begründung, er habe keine Lust mehr. Damals stellte ich einen unmittelbaren Zusammenhang her. Was ich nur konnte, weil ich zufällig die Sendung mit Sigmund Gottlieb gesehen hatte.

Seine damalige Äußerung, von Ihnen bei den „Zeitzeugen“ auf der Seite 4 abgedruckt, scheint mir die Meinung Herrn Tibis zu bestätigen: „Das irritiere die Muslime, weil es letztlich auf einen Verlust elementarer Glaubensin-

halte hinauslaufe.“ Dabei kann es sich nur um die Gewalttätigen handeln.

Ich bin für die Themenwahl in der PAZ sehr dankbar. Vieles erschließt sich oftmals erst später, beziehungsweise bestätigt Abläufe in der Zeit. Christian Herbig, Alsterbro/Schweden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Verteufelter Diesel

Zu Dieselfahrverbote schmerzen (Nr. 11)

Aus der unsäglichen Diskussion um das schon dümmlich alternative Dieselfahrverbot sei nachfolgend nur der Aspekt der Schädigung bei einem Feinstaubgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter herausgegriffen: Erweitert man den Grenzwertbruch um eine Million, befinden sich in einem Luftwürfel von 100 Metern Kantenlänge davon 40 Gramm.

Ein Mensch mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 80,1 Jahren, einem Atemvolumen von etwa 0,5 Liter pro Atemzug und einer Atemdauer von 4,5 Sekunden atmet im Laufe seines ganzen Lebens 280.000 Kubikmeter Luft ein, also von dem obigen Luftwürfel und der zugehörigen Feinstaubmenge 28 Prozent, also nur 11,2 Gramm. Weil auf den Diesel nur 14,14 Prozent des gesamten Feinstaubstehens in Deutschland entfallen, reduziert sich die vom Diesel verursachte Feinstaubmenge auf 1,58 Gramm.

Weitere Reduzierungen dieser etwa 1,6 Gramm ergeben sich daraus, dass bei kürzerer Lebenserwartung infolge Schädigung die gesamte Inhalationsmenge nochmals geringer ist, dass ein Teil des eingeatmeten Feinstaubes auch wieder ausgeatmet wird (Beispiel Bergmann) und die Atemmenge in Ruhezeiten (Schlaf) sicherlich kleiner ist.

Dieser Rechnung zufolge kann ein menschlicher Körper im Laufe seines ganzen Lebens bei ständigem Kontakt mit 40 Mikrogramm pro Kubikmeter maximal etwa ein Gramm beziehungsweise einen halben Kubikzentimeter Feinstaub anhäufen. Die vorgeführten monokausalen Todesraten wirken somit wenig überzeugend. Außerdem ist eine signifikante Verringerung der Schadstoffmenge in unserem Lande nicht zu erwarten, weil der Diesel im Verhältnis zum gesamten Entstehen daran nur einen geringen Anteil hat und sich das Emissionsverbot nur auf wenige städtische Bereiche beschränkt.

Natürlich wird durch diese Gegenrechnungen keineswegs eine grundsätzliche Schädigungsmöglichkeit bestritten oder ausgeschlossen. Und selbstverständlich obliegt uns auch eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die Luft sauber wird, aber bitte mit Realitätssinn und Augenmaß.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski,
Mülheim

Anzeige

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Jetzt mit Zahlen, Daten und Fakten belegt: Der Bevölkerungsaustausch in Europa ist in vollem Gange

Wie Hermann H. Mitterer, Offizier des Österreichischen Bundesheeres, in diesem Buch zeigt, ist die Flüchtlingsflut nichts, was unerwartet über uns »hereingebrochen« wäre. Vielmehr wurde die Masseneinwanderung von langer Hand geplant; sie wird gelenkt und mit enormem Aufwand unterstützt. Das eigentlich Schockierende: Die millionenfache Einwanderung wurde initiiert, um die ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Europa zu verändern. Die bisher hier Lebenden sollen mit Migrantinnen vermischt und von ihnen verdrängt werden. Mitterer belegt dies, indem er die Pläne des Bevölkerungsaustauschs mit den aktuell zu beobachtenden Entwicklungen vergleicht und mit Zahlen konkretisiert.

Der Autor benennt die Verantwortlichen für diese Umvolkung. Dabei wird Erschreckendes deutlich: Verschiedenste Kräfte arbeiten am Austausch der Europäer.

Hermann H. Mitterer stellt vor diesem Hintergrund die Frage, warum es insbesondere in der Politik kaum Widerstand gegen den Austausch gibt. Und er liefert eine verstörende Antwort: Die meisten Politiker sind Teil des Systems und befürworten das Zurückdrängen der alteingesessenen Bevölkerung Europas. Viele Politiker fühlen sich »von der Geschichte ermächtigt«, diese »Mission« erfolgreich zu Ende zu bringen.

Erfahren Sie in diesem gründlich recherchierten und ebenso spannenden Sachbuch, wer sich hinter der Fassade von Humanität, bunter Vielfalt und Willkommenskultur verbirgt und wessen Interessen eigentlich bedient werden. Ungeahnte Dimensionen und Fernziele dieses »sozialen Großexperiments« werden Ihnen vor Augen geführt. Lesen Sie aber auch, was jeder Einzelne inmitten dieses »Bevölkerungsaustauschs in Europas Mitte« noch tun kann.

Mitterer belegt eindrucksvoll:
Der Bevölkerungsaustausch ist keine Verschwörungstheorie, sondern bittere Realität!



Hermann H. Mitterer:
Bevölkerungsaustausch in Europa • gebunden
205 Seiten • zahlr. Abb. • Best.-Nr. 974 100 • 16,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Sprung ins kalte Osterwasser

Wachsbossieren und Eierrollen – Mit jahrhundertalten Bräuchen feiern die Sorben das Osterfest

Wer in die Lausitz kommt, trifft allerorten auf zweisprachige Orts- und Straßenschilder. Hier lebt seit über 1000 Jahren das Volk der Sorben, eine nationale Minderheit ohne eigenen Staat, in Nachbarschaft mit den Deutschen. Und sie leben hier mit eigenen Bräuchen. Zu Ostern lässt sich das erleben, wenn das Osterreiten oder der Sprung junger Damen ins Osterwasser anstehen.

Die angestammte Heimat der heute rund 60 000 Sorben ist die Oberlausitz im östlichen Teil des Freistaates Sachsen und die Niederlausitz im Südosten Brandenburgs. Davon leben 20 000 Niedersorben in der brandenburgischen Niederlausitz und 40 000 Obersorben in der sächsischen Oberlausitz zwischen Kamenz, Bautzen, Weißwasser und Hoyerswerda.

„Veneti“ nannten römische Geschichtsschreiber die ihnen unbekannt slawischen Stämme, die seit der Völkerwanderung in Mittel- und Ostdeutschland, aber auch im Alpenraum siedelten. So entwickelte sich der Begriff „Wenden“ verwendet.

Obwohl der Anteil der Sorben an der Gesamtbevölkerung in Brandenburg unter einem Prozent liegt, ist die reiche Folklore und Mythologie des Volkes überall bekannt und beliebt. Manch heidnischer Brauch wurde im christlichen Festkreis des Jahres mit neuen Inhalten gefüllt.

Zu Ostern, dem größten christlichen Fest, ist das Verschenken von Eiern als Symbol für den Ursprung allen Lebens, weit verbreitet. Die dem Ei innewohnende Lebenskraft soll auf den Beschenkten übergehen. Seit vielen Generationen werden in den Dörfern der Mittellausitz am Karfreitag in den Familien Ostereier verziert, um sie am Ostersonntag zum Beispiel an Patenkinder zu verschenken.

Sorbische Ostereier sind weit über das Land hinaus bekannte Kunstwerke. Wichtig ist dabei, typische sorbische Elemente und Symbole zu verwenden. Das

Bild: Sorbische Kulturinformation Bautzen/G. Helgest



Sorbische Traditionen: Osterreiten (oben) und die Kunst des Ostereier-Verzierens (rechts oben)

Dreieck spiegelt die göttliche Trinität wider, und Kreise oder Punkte versinnbildlichen den Schutz des Menschen und der Tiere vor Dämonen. Striche stellen Sonnenstrahlen dar, die für Wärme, Licht und das Erwachen der Natur stehen. Alle Symbole werden in geometrischen, stilisierten oder naturalistischen Ornamenten angeordnet.

Vier Techniken des Eierverzierens sind in der Lausitz überliefert. Bei der Wachsbatik-Technik wird mit einer geschlissenen, geschnittenen Form einer Gänsefeder oder mit dem Glaskopf einer Stecknadel flüssiges Wachs auf das Ei aufgetragen. Danach kommt das Ei in eine Farblösung. Dieser Vorgang kann bis zu sechsmal wiederholt werden. Am Ende wird das Wachs erhitzt und mit einem weichen Tuch entfernt.

Unter „Wachsbossieren“ versteht man die Technik, bei der dem Wachs Farbe beigelegt wird, um danach auf die Eier aufgetragen zu werden. Des Weiteren gibt es die Kratztechnik, wobei kräftig gefärbte Eier mit scharfem Gegenstand bearbeitet werden und die

Ätztechnik. Hierbei werden mittels Stahlfeder und Ätzflüssigkeit Ornamente auf das gefärbte Ei aufgetragen. Nach dem Abwischen der Säure erscheint dann die weiße Schale als Muster. Auf den vielen Ostereiermärkten in

der Lausitz kann man den Volkskünstlern dabei zusehen, wie diese prachtvollen Eier unter mühevoller Feinarbeit entstehen.

Der berühmteste sorbische Osterbrauch ist das Osterreiten, der bis in die vorchristliche Zeit



Bild: Benno Scholze

zurückreicht. Feldumritte sollten die junge Saat vor Missernten schützen. Heute wird der Brauch in allen katholischen sorbischen Gemeinden gelebt. Feierliche Reiterprozessionen ziehen von und nach Bautzen, Ralbitz, Wittichenau, Crostwitz, Panschwitz-Kuckau, Radibor, Storch, Nebelschütz und Ostro, um die Auferstehung des Herrn zu verkünden.

In den Tagen vor Ostern werden die Pferde auf den Höfen gestriegelt, die Mähnen geschmückt und mit Blumen verziert. Mit auf Hochglanz polierten Pferdegeschirren und Schleifen am Pferdeschweif machen sich die festlich mit Zylinder, schwarzer Schleife und Gehrock gekleideten Osterreiter auf den Weg. Doch nicht, bevor die Hausfrau ihren Mann mit Weihwasser ausgesegnet hat mit den Worten „Gottes Segen

Die Vorfahren der Sorben Die vom »sumpfigen Land«

waren slawische Stämme, die nordöstlich der Karpaten lebten und vor etwa 1500 Jahren das Gebiet zwischen Ostsee und Erzgebirge besiedelten. Die heutigen Obersorben sind direkte Nachfahren des einst in die spätere Oberlausitz eingewanderten sorbischen Stammes der Milzener. Die Niedersorben sind Nachkommen des Slawenstammes der Lusizi in der heutigen Niederlausitz. Ihr Name wurde später zur Bezeichnung der ganzen Region: Lausitz, was im sorbischen „sumpfiges Land“ bedeutet.

Die Sorben (obersorbisch: Serbja, niedersorbisch: Sorby) sind heute Bürger der Bundesre-

publik. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sprechen alle auch die deutsche Sprache. In der Ober- und Niederlausitz konnten die Menschen ihre kulturellen Eigenarten bewahren und weiterentwickeln. Nur durch die Politik der Nationalsozialisten gab es eine Unterbrechung durch zunehmende Unterdrückung der Sorben als einer „fremdvölkischen“ Minderheit.

Die Gleichberechtigung der Sorben wurde 1949 in der DDR-Verfassung verankert. Seit der Vereinigung im Jahre 1990 erfährt das sorbisch-wendische Volk besonderen gesetzlichen Schutz. In Sachsen und Brande-

burg gibt es Schulen mit zweisprachigem Unterricht, in denen außerdem Sorbisch als Fremdsprache gelehrt wird. Auch sorbische Kindergärten gehören inzwischen zum Alltag der Heranwachsenden.

Gäbe es einen sorbischen Staat, wäre der nicht größer als eine deutsche Kleinstadt. Eine Art „Hauptstadt“ gibt es dennoch, nämlich Bautzen, auf Sorbisch: Budyšin. Hier findet man das „Haus der Sorben“, in dem die Stiftung für das sorbische Volk ihren Sitz hat und die Domowina – Bund Lausitzer Sorben e.V., der als Dachverband sorbischer Vereine die Interessen des sorbischen Volkes in der Öffentlichkeit vertritt. S.F.

und eine gute Heimkehr – Bože žohnowanje a dobry nawróć“. Nach dreimaligem Ritt um den Friedhof und die Kirche begeben sich die Reiter singend und betend in die Nachbargemeinden.

Nicht unerwähnt bleiben darf das „Waleien oder Walkowanje“. Die Kinder gingen mit ihren geschenkten Eiern früher zum Ostereierrollen, da die Menschen glaubten, dass das Gedeihen der Saaten gefördert werde, indem Eier über Wiesen und Flure gerollt werden. Man ließ die Eier nacheinander hinabrollen. Wer ein anderes Ei traf, durfte es behalten. Heute ist der Brauch wieder sehr beliebt.

So manch ein älterer Mitbürger wird sich vielleicht auch an das Osterwasser erinnern, da dieser Brauch zum Beispiel auch in Ostpreußen bekannt war. Im Morgengrauen des Ostersonntags gingen junge, unverheiratete Mädchen in Tracht zu einem fließenden Gewässer, das aus östlicher Richtung hin zum Sonnenaufgang floss, um Osterwasser daraus zu schöpfen. Es sollte Schönheit und Kraft verleihen und Krankheiten besiegen. Wichtig war, dabei nicht zu sprechen, da das Wasser sonst seine Zauberkraft verlor. Junge Bur-schen taten alles, um die Mädchen dabei zu erschrecken, so dass sie nur noch mit Plapperwasser nach Hause kamen.

In einigen Dörfern der katholischen sorbischen Lausitz sind am Karfreitag und Karsamstag Kinder zwischen vier und 14 Jahren mit Holzklappern unterwegs. Sie gehen früh, mittags und abends durchs Dorf und beten an jedem Wegkreuz. Da die Kirchenglocken schweigen, ist nur ihr kräftiges Geklapper zu hören, womit sie die Menschen zum Angelus-Beten auffordern.

In der Schleifer Region trafen sich dereinst junge Mädchen in der Osternacht, um die Dorfstraße entlangzuziehen und Choräle zu singen. Wieder belebt wurde dieser Brauch 1993 von den Schleifer Singefrauen in Rohne, oder Rowno, wie es auf Sorbisch heißt, bei Weißwasser. Sie ziehen in Halbrauertracht von Haus zu Haus und singen kirchliche Lieder. Silvia Friedrich

Ovales Sammelgut

Zur Fastenzeit durften keine Eier gegessen werden – Zu Ostern gab es dann zu viele davon

Das Osterei gehört weltweit beim Osterfest dazu wie der Schnürsenkel zum Schuh. Oft aus Schokolade, gelegentlich kunstvoll verziert und in Ausnahmefällen aus Gold und Edelsteinen gefertigt, schlüpft das Ei einmal im Jahr in die Hauptrolle und wird ganz groß gefeiert.

Als Zeichen für die Auferstehung Jesu hielt die christliche Kirche das Ei in Ehren. Da sie andererseits aber für die Zeit von Aschermittwoch bis Ostern das Verzehrsverbot von Fleisch und Eiern ausgesprochen hatte, sammelten sich in den Wochen des Verzichts etliche gelegte Eier bei der Bevölkerung an. Hartgekocht ließen sie sich gut aufbewahren, um zu einem späteren Zeitpunkt verzehrt zu werden. Das christliche Osterfest wurde damit sozusagen per kirchlicher Verordnung zum Eier-Fest.

Das Sinnbild fürs Osterfest geht nicht nur auf den österlichen Frühstückstisch, sondern auch zu den dekorativen Elementen. Farblich bemalt, mit aufwendigen Techniken verziert, wie bei den Sorben – den Künstlern unter den Eier-Verzierern –

mit Wachs- und Kratztechnik bearbeitet oder von den Kindern mit Hand bemalte hartgekochte „Natur“-Eier. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Einen Beruf aus der Eier-Malerei macht so mancher Kunsthandwerker und Künstler, der Jahr für



Sinnbild fürs Osterfest: Von Sorben bemalte Eier

Bild: Dariusz Budar

Jahr in den Wochen vor dem Fest seine Werke auf Märkten anpreist. Mit dem Mund ausgeblasene Hühnereier mit Scherenschnitt-Technik, Eier aus japanischem Papier mit asiatischen Motiven oder auch Eier mit Quilling-Technik

gehen dann als ausgefallene Dekoration weg wie warme Semmeln. Gänse-Eier und Straußeneier bieten dank ihrer Größe ausreichend Fläche für größere Motive, zum Beispiel einen Leuchtturm oder eine Landschaftsszene.

Und dann sind da noch die Eier, die als Wertanlage im Tresor enden. 2007 wurde im Auktionshaus Christie's ein Fabergé-Ei für 12,5 Millionen Euro versteigert und erzielte damit einen Rekordpreis. Gefertigt von Carl Fabergé,

der seinerzeit auch die russische Zarenfamilie Jahr für Jahr mit brillanten Deko-Eiern belieferte, stammte das spektakuläre Ei aus dem Besitz der Familie Rothschild. Ein russischer Privatsammler legte sich das Ei für seine Sammlung zu.

Harrods, hoch nobles Kaufhaus im Herzen Londons und ebenfalls für seine ausgefallenen und exklusiven Angebote bekannt, lässt sich für die Ostereierei auch gerne etwas einfallen. So wurden in einem Jahr unter anderem Schokoladenei-Hälften für eine Million Pfund angeboten – bestückt waren die Hälften aus edler Bitterschokolade mit Brillanten, die als Halskette angeordnet die Hälfte verzierten. Beim Pfandleiher versetzt, lässt sich mit dem Geld für eines dieser hoch exklusiven Eier sicher ein schönes neues Leben beginnen.

Abwegig? Keineswegs! Immerhin bezahlten vor Hunderten von Jahren viele Bauern einen Teil der zu Ostern fälligen Pacht mit den in den Fastenwochen angesammelten Eiern. Da gibt es doch durchaus Parallelen.

Stephanie Sieckmann

Wie im Mittelalter

Zur Osterprozession auf die Leuchtenburg

Die Königin des Saalelets, wie die Leuchtenburg genannt wird, verwandelt sich an den Osterfeiertagen in eine mittelalterliche Erlebniswelt für alle, die gern in die faszinierende Welt des Mittelalters eintauchen.

Der Karfreitag beginnt besinnlich, nur zarte Klänge ökumenischer Lieder aus Taizé sind zu vernehmen. Die um 11 Uhr startende Oster-Prozession von der Kirche in Seitenroda auf die Leuchtenburg führt an sieben Stationen vorbei am Weinberg und endet mit dem Einzug in die Leuchtenburg zum schlichten Holzkreuz im oberen Burghof. Oben angekommen, können sich die Gäste in der Porzellankirche zurückziehen und stille Minuten genießen oder an einer der zahlreichen Lesungen teilnehmen. Der Karfreitag auf der Leuchtenburg findet ganz im Stile von Passionsspielen statt.

An den Osterfeiertagen vom Sonnabend bis Montag steht die Burg ganz im Zeichen der mittelalterlichen Traditionen, Lebensweisen und Handwerkskünste. Überall im Burghof zeugen Handwerker, wie damals gefertigt

wurde. Als Attraktion werden Schaukämpfe der Burgunder Ritter aufgeführt. Nach dem Kampf darf man sich von ihnen zum Ritter schlagen lassen, auch Kinder. Neben dem Bogenschießen darf man sich auch als Prinzessin verkleiden und schminken lassen. Zusammen mit einem Osterhasen können die Kleinen ihre Malkünste auch an Eiern auslassen.

Die Leuchtenburg mit den vielen Ausstellungen allein ist schon eine Reise wert. Hier steht die größte Porzellanvase der Welt, und mit den Porzellanwelten hat die Leuchtenburg eine international beachtete Ausstellung. Eine Attraktion ist ganz neu hinzugekommen: Erstmals werden die Design-Schätze aus der Sammlung Högermann der Öffentlichkeit gezeigt. Was vor ein paar Jahren in 1100 Bananenkartons auf die Burg kam, wird bis zum 31. Oktober in einer Sonderschau anlässlich des 100. Bauhaus-Jubiläums zu sehen sein. H. Tewes

Ritter- und Passionsspiele vom 19. bis 22. April, täglich von 10 bis 19 Uhr. Eintritt: 15 Euro, www.leuchtenburg.de

Russlands Rolle in der Putin-Ära

Martin Aust, Professor für Osteuropa-Geschichte, beschreibt in „Die Schatten des Imperiums“ das Bild der Deutschen über Russland, das in der Warnung vor despotischer Herrschaft und dessen Eroberungen bestehe sowie einer Faszination von dessen Kultur. Folgerichtig fordere das eine Lager, Moskau in seiner Rückkehr zur Großmacht Konkurrenz zu identifizieren und eine Politik der Eindämmung zu entwickeln. Das andere Lager wünsche im Zeichen des Friedens sowie ökonomischer Interessen eine Aufrechterhaltung des Dialogs.

Was der Verfasser wiederholt betont: Zu den Strukturen, die Wladimir Putin vorfand, gehöre Russlands imperiales Erbe des Zarenreiches und der Sowjetunion. Ersteres besaß multiethnischen Charakter. Während Wladimir Lenin auf die Förderung nicht-russischer Nationen gesetzt habe, sei unter Stalin eine Aufwertung der Russen zum führenden Volk der UdSSR erfolgt. Michail Gorbatschow sei von der sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa abgerückt und habe versucht, die UdSSR-Teilrepubliken in einem neuen Unionsvertrag zusammenzuhalten, wobei die Nationalitätenfrage neue Brisanz bekam, was ab 1988 zur Souveränitätserklärung ethlicher Staaten führte.

Russlands Geschichte sei eine stete Auseinandersetzung von zentraler Macht und regionalem Eigensinn gewesen, der stärkeres Gewicht forderte. Während Gorbatschow und Boris Jelzin dialogischen Umgang mit den Regionen anstrebten, unterwerfe Putin sie rigoros dem Moskauer Zentralismus.

Dabei sieht der Autor vier Phasen seiner Politik: 1991/92 war Moskau mit sich selbst beschäftigt, es gab keinerlei Konzept über das Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken. In der Zeit bis 1999 wollte Russland wieder als Großmacht respektiert werden. Die 14 neu entstandenen Staaten betrachtete Putin als „Nahes Ausland“, das er in den folgenden Jahren als „russische Interessensphäre“ wertet und errichtete eine scheindemokratische autoritäre Großmacht. Dabei sei sein Konzept der russischen Nation mit russischem Patriotismus deutlich zu spüren.

Scharf kritisiert Aust die Aufnahme einiger Länder in die NATO. Es gab Gespräche über deren Nichterweiterung, die Moskau als Zusage wertete, doch keine völkerrechtlich bindenden Abmachungen. Ab 2007 fühlte Russland sich nicht auf Augenhöhe akzeptiert, sondern vom Westen missachtet. Putin gab auf, sich um Abstimmung mit ihm zu bemühen. Zugleich sah er Russlands Position als Großmacht in einer multipolaren Welt.

Bekannt seien Moskaus Desinformationskampagnen, Cyber-Spionage sowie seine Geheimdienst-Anschläge im Ausland. „Wer so handelt, sucht nicht mehr die Kommunikation in der Staatenwelt, sondern verlässt sich auf das Recht des Stärkeren oder sucht als Unterlegener in hybrider Konfliktführung neue Optionen.“ Dennoch, so liest man weiter im Buch, bestehe kein Anlass, die Zukunft in Abhängigkeit von russischer Destruktion zu denken. Die Eroberung der Krim, eine Annexion, verfolge das Ziel der Destabilisierung der Ukraine, um eine Annäherung an NATO und EU zu verhindern. Nach Ansicht des Verfassers hat Putin aber keinerlei Pläne zur Wiedergewinnung ehemals sowjetischer Territorien. Europa und die USA müssten sich nicht vor Russland fürchten, fährt er fort, sondern es sei eher in dessen Interesse, eine Deeskalation herbeizuführen, um ein auskömmliches Verhältnis zum Westen zu erreichen.

Auffallend ist, dass der Autor viel Raum der Zeit nach Putin widmet. Einen Grund hierfür gibt er leider nicht an. Er

sieht verschiedene Szenarien: Moskau könnte sein Militär modernisieren und weiterhin seine Rolle als Großmacht ausspielen. Eine andere Möglichkeit sei, dass die Wirtschaftskraft Russlands weiter nachlasse und zugleich die Unzufriedenheit seiner Bevölkerung steige.

Die Folge wäre eine Reduzierung von Moskaus weltpolitischer Rolle. Der Verfasser erachtet auch eine Unordnung beim Machttransfer in die Post-Putin-Zeit für durchaus möglich in Form gewalttätiger Proteste der Jugend sowie regionaler Konflikte. „Das Erbe des Imperiums wird über Putins Amtszeit hinaus seine Schatten werfen“, resümiert Aust in seinem lesenswerten Buch. *F.-W. Schlomann*



Martin Aust: „Die Schatten des Imperiums“, C.H. Beck Verlag, München 2019, broschiert, 190 Seiten, 14,55 Euro

Gedanken zur Bibelsprache

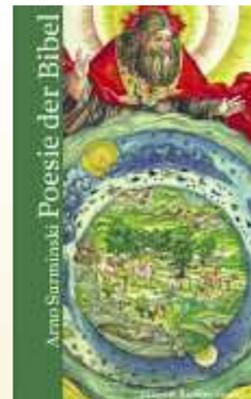
Der Ostpreuße Arno Surminski stellt in seinem Buch „Poesie der Bibel“ die Kraft der Sprache heraus. Als Grundlage diente ihm die Lutherbibel aus dem Jahr 1948, die er für dieses Projekt zum dritten Mal durchgelesen hat.

„Am Anfang war das Wort“ bildet so auch seine Einleitung, in der er beschreibt, in welchen Zusammenhängen Bibelzitate verwendet wurden und werden. Mit der Lutherbibel wurde die deutsche Sprache einheitlich und so verwundert es den Leser dieses vorliegenden Werkes nicht, dass auch Gedanken von Heinrich Heine, „Luther schuf die deutsche Sprache“, oder von Friedrich Nietzsche angeführt werden.

Nach der Einleitung, in der Surminski auch auf die Entstehung der Lutherübersetzung zu sprechen kommt, folgt eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Büchern des Alten und des Neuen Testaments sowie den Büchern der „Lehrweisheit“ und den Psalmen. Dazu führt der Schrift-

steller ein Bibelzitat mehrerer Ausgaben an und äußert seine eigenen Gedanken dazu in Hinsicht auf die Sprache. Neben der Lutherbibelzitate aus dem Jahr 1948 verwendet er auch die revidierte Lutherbibel aus dem Jahr 2017, die Bibel in gerechter Sprache und die Einheitsübersetzung, und zeigt so, wie sich Sprache wandelt. Dabei sind die Lutherzitate fettgedruckt, die abweichenden Übersetzungen der anderen Ausgaben kursiv und Surminskis Gedanken rekte gedruckt und durch angedeutete Striche voneinander abgegrenzt.

Eine informative Betrachtung über die Sprache anhand der Bibel und damit nicht nur für Theologen lesenswert. *CRS*



Arno Surminski: „Poesie der Bibel“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018, Hardcover, 192 Seiten, 16,95 Euro

Organisierter Betrug

Das heutige Finanzsystem basiert auf organisiertem Betrug – anders könne man die wunderbare Geldvermehrung durch die Banken nicht mehr bezeichnen. Darüber hinaus übe die Finanzwelt einen verheerenden Einfluss auf die übrige Wirtschaft und die Politik aus. Dennoch schütze Letztere sie und ergreife keine regulierenden Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Menschen. So lautet die Kernaussage des Buches

„Diktatur der Märkte“ von Klaus Buchner, welcher seit 2014 für die Ökologisch-Demokratische Partei im Europa-Parlament sitzt.

Natürlich sind solche Anwürfe nicht neu, aber der promovierte Experimentalphysiker trägt sie durchaus plausibel vor. Und er

liefert auch Vorschläge für eine Änderung des Zustandes: Das Schlüsselwort laute hier „Demokratisierung“. Bevölkerung und Parlamente müssten die Wirtschaft deutlich stärker kontrollieren als bisher. Ein Hindernis auf diesem Wege sei allerdings das Desinteresse vieler Menschen. Solange es ihnen noch einigermaßen gut gehe, träumten sie ohne jedes Gespür für die lauernden Gefahren vor sich hin. *Wolfgang Kaufmann*



Klaus Buchner: „Diktatur der Märkte. Aufbruch in die sozio-ökologische Wende“, Tectum Verlag, Baden-Baden 2018, broschiert, 194 Seiten, 19,95 Euro

Friedland, ein Ort der Freude und des Leids

Der Historiker Christopher Spatz hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte der Vertriebenen wissenschaftlich aufzuarbeiten. Für seine Arbeit hat er mit zahlreichen Zeitzeugen gesprochen, Archive durchforstet und seine Erkenntnisse veröffentlicht. Er promovierte 2015 an der Berliner Humboldt-Universität zur Identität der Wolfskinder. Seine Doktorarbeit wurde im Ellert & Richter Verlag unter dem Titel „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ veröffentlicht.

In seinem neuen Buch „Heimatlos“ beschäftigt Spatz sich mit dem Durchgangslager Friedland bei Göttingen. Die Idee dazu entstand, als der diesjährige Kulturpreisträger im Stadtarchiv Göttingen auf Friedland-Fotos des Masuren Fritz Paul stieß, die ihn sofort ansprachen (siehe PAZ 15, Seite 2). Zwar lebt Paul selbst nicht mehr, aber Spatz gelang es, Kontakt zu dessen Sohn aufzunehmen und Pauls fotografischen Nachlass zu sichten. Aus insgesamt

6000 Negativen fanden rund 85 Schwarz-Weiß-Fotos Aufnahme im Buch. Die Bilder zeigen Menschen, denen Leid und Entbehrung ins Gesicht geschrieben steht, Kinder mit leeren oder schreckgeweiteten Augen – stets jedoch in Respekt wachendem Abstand aufgenommen. Ein Kapitel des Buchs ist dem Fotografen gewidmet.

Friedland war nicht nur Auffang- und Verteillager für Aussiedler und Spätheimkehrer, sondern es war auch Symbol für den Aufbruch in eine neue Zukunft. Die Ankunft der Heimkehrer sorgte für Medienrummel. Politiker und Reporter reisten gemeinsam mit der Schar der Angehörigen, die auf eine Rückkehr ihrer Lieben hofften, und Schaulustigen nach Friedland. Nicht alle Reporter verhielten sich gegenüber den schwer gezeichneten Heimkehrern respektvoll.

In Friedland gab es Freude und Leid: Der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski schildert in der dem Buch vorangestellten Erzählung „Chor der Gefangenen“ die Seelennöte einer kleinen Familie,

die auf die Rückkehr des Vaters aus sowjetischer Gefangenschaft hofft. Die Namen der Entlassenen wurden vor jedem Transport im Radio genannt. Voller Vorfreude macht sich die Familie von Gerhard Schneider auf nach Friedland, um ihren Angehörigen in die Arme zu nehmen. Die Enttäuschung entzieht der Ehefrau die letzte Kraft, als sie feststellen muss, dass der genannte Gerhard Schneider ein anderer ist als ihr Mann.

Solche schlimmen Schicksale wiederholten sich regelmäßig. Die von Spatz befragten Zeitzeugen berichten von Wiedersehensfreude, aber auch von Verleugnungen, Scheidungen, Traumata oder völliger Entfremdung.

Besonders betroffen machen die Bilder und

Schilderungen über die Kinder, die, erst am Beginn ihres Lebens stehend, die ganze Härte und Grausamkeit des Krieges erleben und nicht selten hungern mussten. Sie hatten es besonders schwer, am neuen Wohnort zurechtzukommen.

Spatz gebührt großer Respekt für seine Arbeit. Das Buch ist keine trockene wissenschaftliche Dokumentation; es ist flüssig geschrieben und überaus spannend zu lesen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Christopher Spatz: „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018, gebunden, 224 Seiten, 19,95 Euro

Überlebt, um Zeugnis abzulegen

Das Buch „Wir haben überlebt“ gehört zu den seltenen mehrsprachigen. Sie sind meist deshalb rar, weil die Übersetzung in andere Sprachen ein Buch teurer macht. Die Zeitzeugen haben die beiden Herausgeber Gerolf Fritsche und Hans Mirtes nicht nur sorgfältig ausgesucht, sondern deren Aussagen ebenso sorgsam aneinandergeliegt, und zwar Seite für Seite links deutsch und rechts tschechisch. Die Sorgfalt erstreckt sich auch auf die Bildauswahl. Über 40 sind es insgesamt. Aber nicht nur das. Alle sind durchgehend mit erläuternden zweisprachigen Texten versehen.

Dass das Buch so gut gelang, ist den beiden Übersetzern Gudrun Heißig und Adalbert Wollrab zu danken. Sie zeichnen auch für die zweisprachige Erläuterung der Vertreibungskarte verantwortlich.

Sie ist auf Seite 213 eingefügt und mehrfarbig in Hochglanz ausgeführt. Bemerkenswert ist, dass nicht nur das kleinräumigere Geschehen der sudeten- und karpatendeutschen Vertreibung dargestellt wird, sondern dieses in eine Karte eingebettet ist, die das ganze mitteleuropäische Vertreibungsgeschehen erfasst, zum Beispiel die Bevölkerungsbewegungen in Ostpreußen mit seinen Besonderheiten genauso klar wie die in Ungarn. Sie ist außerdem als Klappkarte so groß und ansehlich (um das Wort „schön“ im Zusammenhang mit Vertreibung zu vermeiden), dass einige das Buch sogar kaufen, um die Klappkarte herauszulösen und aufzuhängen. Sie ist sicher eine der besten Karten zum Thema.

Das Buch zeigt ein schönes farbiges Titelbild, nämlich ein deutsches Dorf in den Elbebergen. Es

sieht 1944 so friedlich aus, dass sich der Betrachter kaum vorstellen kann, dass es danach für einige Deutsche schwer war, das Leben zu bewahren. Die Zeitzeugen berichten nicht nur über den jeweils unterschiedlichen Akt der Vertreibung – also den Verlust dessen, was ihre Heimat ist, sondern sie berichten zunächst, wie sie in ihrer Welt aufwuchsen, ohne dass jemand von ihnen ahnte, dass das jemals infrage stehen könnte. Die Vertreibung selbst ist dann oft ein Vor-

gang, in dem allmählich klar wird, wie endgültig sie sein kann.

Der erste Zeitzeuge Otto Seidl aus Graslitz gibt ein zutreffendes Bild der Zwischenkriegs-CSR, wie wir es trotz vieler Berichte von Zeitgenossen so genau nicht kennen. Dass Prag im September 1938 für Deutsche eine verbotene Stadt war, weiß kaum jemand, ist

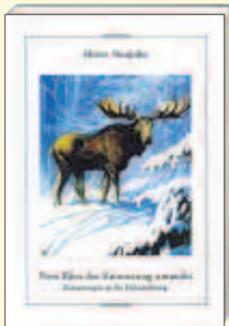
Gerolf Fritsche/Hans Mirtes (Hg.): „Wir haben überlebt/Prežili jsme“, mehrsprachig: Deutsch, Slowakisch, Tschechisch, Ortnaier Verlag, Frontenhausen 2016, broschiert, 215 Seiten, 15 Euro zuzüglich Versandkosten, Bezugsadresse: hans.mirtes@t-online.de



aber Teil des glücklichen Erlebnisses, das zum Beispiel Seidls Entkommen über Polen nach Schweden ermöglichte. Auch Josef Freimann aus Metzenseifen in der Slowakei war bereits 23 Jahre alt, als er die Verschleppung in die Ukraine erlebte. Er nennt noch die Namen der 29 Metzenseifer, denen dieses Überleben versagt blieb. Fast Unglaubliches berichtet Anna Zavacka aus Hoppgarten. Sie wurde noch im Februar 1945 von den einfallenden Russen nach Sibirien geschickt. Die Hoppgarter Arbeitssklaven erzählten dort den Milizionären beständig, wie unschuldig sie aus ihrem Karpatendorf verschleppt seien. Es geschah eine Art Wunder. Ein Milizionär fuhr den langen Weg nach Hoppgarten und fand ihre Aussagen bestätigt. Er schickte sie noch vor Weihnachten zurück in ihr Dorf. Anni Bostelmann aus

Joachimsthal war bei dem furchtbaren Geschehnis am 31. Juli 1945 an der Aussiger Brücke dabei, wurde in die Elbe geworfen und rettete sich mit ihrer Tochter auf ein niederländischer Frachtkahn.

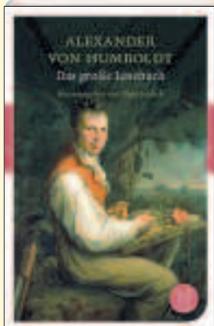
Milena Vaculik aus Brünn schildert den Todesmarsch mit ihrer Mutter. Erst in Wien wurden sie gewahrt, wie sehr sie sich übernommen haben. Im Lainzer Kloster erliegt ihre Mutter den Verletzungen des Todesmarsches. Irgendwie erfährt die Tante in Brünn, dass Milena in Wien verzweifelt allein ist. Ihrem Mann gelingt ein kleines Wunder. Er holt Milena schon 1946 nach Brünn zurück. Ihr Bericht gehört in der Folge auch in der Hinsicht zu den interessanten, denn er zeigt, wie es sich in der total veränderten „Heimat“ lebt. *Franz Gissau*



Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
Nr. P A1181 Kartoniert 7,95 €



Rolf Reinicke
Haff und Schilf
Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
Mit zahlreichen SW-Fotos von Dr. Erich Krause.
(Reprintausgabe) 76 Seiten
Nr. P A1180 Kartoniert 7,95 €



Oliver Lubrich
Alexander von Humboldt
Das große Lesebuch
352 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1185 13,50 €

Der große Naturforscher und Reiseschriftsteller Alexander von Humboldt erlebt seit einigen Jahren eine erstaunliche Renaissance. Wissenschaftlich und literarisch zugleich, lassen uns seine Schriften staunen über den Reichtum der Natur, und sie wecken die Sehnsucht nach einem Verständnis fremder Kulturen. Dieses attraktive Lesebuch, herausgegeben von dem Humboldt-Kenner Oliver Lubrich, bietet eine repräsentative Auswahl aus dem Gesamtwerk, mit ausnahmslos ungekürzten Texten im originalen Wortlaut. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Apotheker M. Pahlow
Das große Buch der Heilpflanzen
Gesund durch die Heilkräfte der Natur
Sonderausgabe
14,99 €

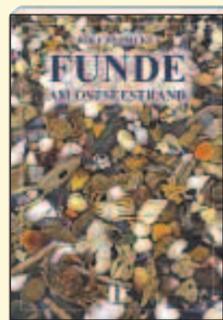
Apotheker M. Pahlow
Das große Buch der Heilpflanzen
Gesund durch die Heilkräfte der Natur
Der große Pahlow – das Standardwerk der Heilpflanzen. Wissenswertes über 400 einheimische und fremdländische Heilpflanzen, ihre Inhaltsstoffe und Heilwirkung. Rezepte für Tees und Tinkturen, Anwendungsvorschläge für Bäder, Umschläge, Inhalationen. Heilpflanzen in der Homöopathie, ihre Anwendung und Dosierung. Ausführliches Beschwerden-Register – Wegweiser zur passenden Anwendung. Mit vielen Farbfotos und botanischen Zeichnungen. 528 Seiten
Nr. P A1365 Gebunden 14,99 €



Charles Darwin
Die Entstehung der Arten
In seinem 1859 erschienen Werk revolutionierte Darwin (1809–1882) die bisherigen Vorstellungen in der Biologie von der Entstehung und Veränderung der Arten. Obwohl seine Kerngedanken nicht neu waren und vorher schon nicht selten ausgesprochen wurden, belegte er sie durch eine Fülle von Material, sodass er zu Recht als Begründer der wissenschaftlichen Evolutionstheorie angesehen werden kann. Es gilt als eines der am meisten gelesenen Bücher seines Jahrhunderts. Dieses Grundwerk der wissenschaftlichen Biologie erschien bis 1872 in 6 Auflagen, die Verbesserungen und Korrekturen des Autors enthielten. Die erste deutsche Übersetzung nach der 2. englischen Auflage veröffentlichte der Heidelberger Paläontologe H. G. Bronn (1800–1862). Nach der 4.–6. englischen Auflage fertigte der Leipziger Zoologieprofessor J. Viktor Carus (1823–1903), der mit Darwin in persönlichem Kontakt stand, eine neue Übersetzung an. In zahlreichen Neuaufgaben verbesserte Carus bis zu seinem Tod diese Übersetzung, die im deutschen Sprachraum bis heute als Standardübersetzung des berühmten Werkes von Darwin gilt. 608 Seiten
Nr. P A1367 Gebunden 9,95 €



Rolf Reinicke
Pflanzen am Ostseestrand
Mit diesem wunderschön illustrierten Taschenbuch bekommt der interessierte Strandwanderer einen wertvollen Naturführer. Er zeigt die besondere Pflanzenwelt an den Stränden der Ostsee, auf ihren Dünen und an den Ufersäumen der Bodden und Haffe. 80 Seiten
Nr. P A1077 Kartoniert 9,95 €

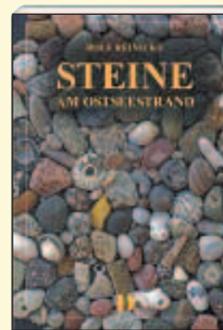


Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und vielen anderen Pflanzen und Tieren am Ostseestrand geht. 80 Seiten
Nr. P A0839 Kartoniert 9,95 €

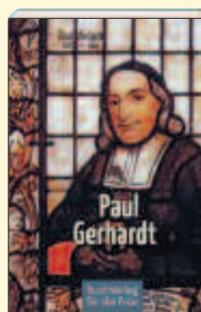


Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
80 Seiten/Kartoniert
Nr. P 9661 12,99 €

Bernstein, das „Gold des Meeres“, gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Entstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wann man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammelt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten.



Rolf Reinicke
Steine am Ostseestrand (80 Seiten)
Der Autor, ein erfahrener Geologe, ist zu Hause an den Stränden der Deutschen Ostseeküste. Er hat zusammen mit seiner Frau alle Steine in diesem Besuch gesammelt, fotografiert und deren Herkunft bestimmt.
Nr. P A0875 Kartoniert 9,95 €



Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhards sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



Johannes Thiele
Im Frühtau zu Berge
Das aller schönste Liederbuch
Mancher tut es nur in der Badewanne oder unter der Dusche, doch dieses Buch inspiriert dazu, das Singen vor allem wieder zu dem geselligen Vergnügen zu machen, das es einmal war. Wissenschaftliche Studien haben längst bestätigt: Menschen, die (gemeinsam) singen, sind gesünder, lebensfroher, zuversichtlicher und tatkräftiger. Was unseren Eltern und Großeltern noch bewusst war, ist heute allerdings nicht mehr ganz so einfach: Viele kennen von den einst so beliebten Liedern vielleicht noch die Melodie oder gerade mal den Refrain. Über 250 Lieder, die sich ganz besonders zum gemeinsamen Singen mit Kindern, in Familien und Gruppen eignen, sind hier zusammengestellt worden. Sie lassen sich ganz einfach und mit meist wenigen Akkorden auf der Gitarre begleiten. Ob Kinderlieder, Volkslieder, Weihnachtslieder, Lagerfeuer- und Wanderlieder, Tanz- und Spiellieder – beliebte, bekannte und auch fast vergessene Melodien laden zum Mitsingen und Musizieren ein. Ein prächtig ausgestattetes Hausbuch, das Familien über Jahre hinweg begleitet wird. 304 Seiten
Nr. P A1348 Gebunden 24,00 €



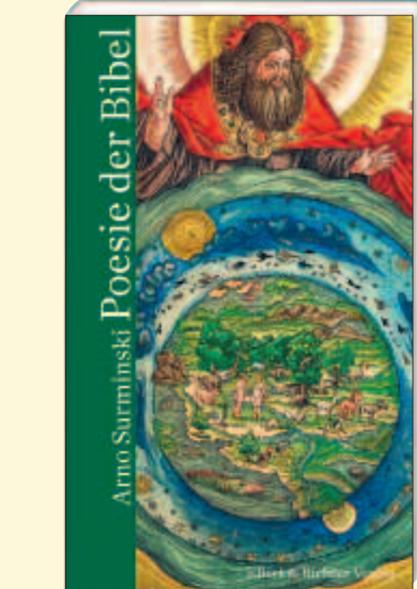
Cognacfarbener Naturbersteinherz mit schwerer Silberschleife und Lederband
Bernsteinherz ca. 2 x 3 cm. Lederband ca. 45 cm Länge
Nr. P A1160 Naturbersteinherz 39,90 €



Meine Ersten Bibelgeschichten
Das Alte Testament erzählt viele fantastische Geschichten: Wie Daniel die Löwengrube überlebt, Jona von einem großen Fisch verschluckt wird und der kleine David den Riesen Goliath bezwingt. Lebhaft illustriert und ein kindgerechter Stil sorgen für eine spannende erste Begegnung mit der Bibel. 32 Seiten
Nr. P A1335 Pappbilderbuch 7,95 €



Die Gutenberg-Bibel von 1454 – Faksimile-Ausgabe
Als erstes großes abendländisches Werk, das mit beweglichen Metalllettern gedruckt wurde, läutete die Gutenberg-Bibel das Zeitalter des gedruckten Buches ein. Unserem hochwertigen Nachdruck liegt das Exemplar aus der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen zugrunde, eine von weltweit nur wenigen erhaltenen vollständigen Pergamentausgaben, eine bibliophile und ästhetische Kostbarkeit ersten Ranges. Format: 23,5 x 33 cm. 1.400 Seiten
Nr. P A1334 Prachtausgabe in 2 Bänden 100,00 €



Arno Surminski
Poesie der Bibel
Die deutsche Umgangssprache kennt eine Fülle von Bildern, die aus der Heiligen Schrift kommen: Die Hände in Unschuld waschen Bleibe im Lande und nähre dich redlich Eine Grube graben und selbst hineinfallen Der Schriftsteller Arno Surminski hat in Poesie der Bibel die bemerkenswertesten Aussagen aus dem Alten und Neuen Testament gesammelt. Dabei geht es nicht um Glaubensinhalte, sondern allein um die Sprache, die den Alltag des Lebens verdichtet. Grundlage ist eine alte Lutherbibel aus dem Jahr 1948; gelegentlich werden auch neuere Übersetzungen vergleichend herangezogen, so die Lutherbibel 2017, die Einheitsübersetzung für katholische und evangelische Christen und Die Bibel in gerechter Sprache. Die Ausdruckskraft der Sprache und die Weisheit der Sätze beeindrucken immer wieder. 192 Seiten
Nr. P A1331 Gebunden 16,95 €



Jugendliches Bernsteinset (Bernsteinhals- und Bernsteinarmband)
Mit verschiedenfarbigen Bernsteinstücken auf längenverstellbaren Lederbändchen.
Nr. P A1267 19,90 €



Naturbersteinfisch mit Lederhalsband
Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberöse und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)
Nr. P A1263 22,50 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Maaßen übt Kritik an Merkel

Budapest – Der frühere Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, hat die Zuwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel scharf kritisiert. Im ungarischen Fernsehen sagte Maaßen, zwar kämen zurzeit weniger Menschen als 2015, die Schleusen seien aber immer noch offen. Maaßen fürchtet einen neuen Zuwanderungsschub. Dagegen habe die deutsche Politik aber immer noch keine Vorkehrungen getroffen. *H.H.*

So viel Gold wie noch nie

Berlin – Die Deutschen horten nach Angaben der Reisebank so viel Gold wie noch nie. Auf Grundlage einer Umfrage hat die Bank, die selbst mit Edelmetall handelt, errechnet, dass deutsche Privathaushalte 8918 Tonnen Gold besitzen, davon knapp 5000 Tonnen in Barren und Münzen sowie annähernd 4000 Tonnen in Schmuckform. Im Schnitt besitzt jeder Deutsche über 18 Jahre gut 130 Gramm des Metalls. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein Tiger an der Airbus-Spitze

Volle 14 Jahre herrschte ein Deutscher über Airbus. Unter der Leitung des Schäfersohns Tom Enders erwirtschaftete der europäische Luftfahrtkonzern Rekordgewinne, musste aber auch das Ende des Riesenfliegers A-380, eine Schmiergeldaffäre und den Streit mit den USA um staatliche Beihilfen (siehe Seite 7) verkraften.

Unter dem Franzosen **Guillaume Faury** soll nun alles besser werden. Der 51-jährige frühere Hubschraubertestpilot will als neuer Vorsitzender die Airbus-Gruppe mit emissionsfreien und womöglich auch wasserstoffbetriebenen Verkehrsflugzeugen gegenüber Boeing, vor allem aber auch gegenüber der aufstrebenden Luftfahrtnation China zukünftig wettbewerbsfähig halten.

Derzeit steht Airbus mit einem Auftragsvolumen von fast 7600 bestellten Maschinen zwar gut da, allein an der Serienproduktion hapert es. Damit die Auftraggeber nicht Jahre auf die Auslieferung warten müssen, soll die monatliche A-320-Produktion auf 70 Maschinen gesteigert werden.

Erfahrungen mit der Serienfertigung hat der 1968 im nordfranzösischen Cherbourg geborene Hobbysegler und Triathlet aus seiner Zeit als Manager beim Autokonzern Peugeot und Citroën gesammelt. Als er dort zwischen 2009 und 2013 tätig war, steckte Airbus im Korruptionssumpf. Der Jesuitenschüler und Absolvent der Pariser Eliteschule „Polytechnique“ sowie der Kadenschmiede für Luft- und Raumfahrt in Toulouse gilt daher als unbelastet.

Bei Airbus begann die Karriere des dreifachen Vaters 1992 als Testingenieur für den deutsch-französischen Militär-Hubschrauber „Tiger“. Da Konkurrent Boeing nach zwei Abstürzen kriselt, kann Faury seinen Airbus-Start ziemlich frei von Turbulenzen vornehmen. Wo er mit Airbus landet, wird man sehen. *H. Tews*



Einer geht noch rein...

Schwarze Löcher, überall

Die Briten am Rande des Strudels, ein dunkler Fleck ist kein Lichtblick, und wenn bunte Farben braun anlaufen / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Das kann doch kein Zufall sein! Da machen Astronomen erstmals ein Schwarzes Loch sichtbar und jubeln das als Jahrhundertleistung. Als ob wir nicht täglich mit ganz anderen Schwarzen Löchern zu kämpfen hätten. Was ist die Trommel einer Waschmaschine, in der auf rätselhafte Weise immer wieder einzelne Socken verschwinden, denn anderes als ein Schwarzes Loch? Oder jene Schublade im Schreibtisch, in der allerlei Notizzettel liegen, aber der gesuchte sich niemals finden lässt?

Zum Thema Schwarzes Loch fällt garantiert jedem etwas ein. Beispielsweise das Schwarze Loch, das uns seit Monaten quält. Auch wenn es niemand mehr hören mag, muss das Wort doch genannt werden: Brexit. Und was hat der mit dem Schwarzen Loch zu tun? Er ist das Schwarze Loch schlechthin!

Um das zu begründen, sollte man sich schlicht fragen, was ein Schwarzes Loch vom Brexit unterscheidet. Zunächst einmal gar nichts. Beides war nicht vorstellbar, bevor es auftauchte. Es gab Theorien, ja klar. In denen wurde schon mal das Versinken im Strudel des absoluten Nichts angedroht. Beim Brexit ist das nicht viel anders. So wie sichtbare Materie unaufhaltsam von einem Schwarzen Loch aufgesogen wird, so taumeln die Briten hilflos ins Chaos. Die Briten produzieren gegenwärtig Schwarze Löcher wie die Gase im holländischen Käse. Darum kann es kein Zufall sein, dass die Entdeckung der Astronomen in der Galaxie M87 und die rotierende Theresa May zur selben Zeit für Aufregung sorgen. Was die Astronomen sichtbar machten, war nur der Schatten eines Schwarzen Lochs. Was die Briten servieren, ist auch nur noch ein Schatten der einst so stolzen Demokratie des Empire.

Nun haben sich Großbritannien Premierministerin und die Regierungschefs der Rest-EU noch einmal darauf geeinigt, dass sie sich nicht einig sind. Das ist doch schon mal was. Die Verlängerung der Verlängerung der Verlängerung geht in die Verlängerung. Beim Fußball kürzt man eine Partie. Beim Fußball kürzt man eine Parteiverlängerung unentschiedene durch Elfmeterschießen ab.

Aber selbst dazu können sich Brexiteers vom Schlage eines Boris Johnson oder Jacob Rees-Mogg nicht entschließen. Stattdessen setzen sie das absurde Theater fort im Glauben, diese Art des britischen Humors finde noch Freunde. Und was machen die solchermaßen vorgeführten restlichen Europäer? Sie freuen sich! Ja, sie freuen sich, endlich etwas Zeit herausgeschunden zu haben, endlich ohne Zeitdruck verhandeln zu können (was haben sie eigentlich während der vorangegangenen drei Jahren gemacht??), endlich eine Atempause zu haben, endlich wieder Zeit zu haben, sich mit anderen, wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Wer, bitte, hat nun einen Spleen? Da will eines der wichtigsten Mitglieder aus dem Verein ausschließen, und der Rest freut sich, endlich Zeit für andere, wichtigere Dinge zu haben?

Was kann denn wichtiger sein, als dem Schwarzen Loch mit heiler Haut zu entkommen?

Aber die Verlängerung der Verlängerung muss ja gar nicht voll genutzt werden. Schließlich droht die EU-Wahl, vielleicht gelingt es kurz zuvor die Notbremse zu ziehen. Das würde jeden Eintrag im inzwischen vollgekritzelten Terminkalender überflüssig machen. Absurder geht es nicht. Die Briten, nach dem ursprünglichen Fahrplan schon nicht mehr in der EU, sollen für das nächste Parlament Abgeordnete wählen. Welche Kandidaten? Hat sich da noch einer aufstellen lassen, obwohl der Zug längst abgefahren sein sollte? Und falls sich nun in aller Eile Kandidaten, die sonst nichts zu tun haben, zusammenklauben lassen sollten, gehen die voller Elan auf Abruf an Europas Zukunft heran? Versorgungstechnisch dürfte die Sache für die Notfall-Kandidaten allerdings einigermaßen interessant sein. Das ist schließlich auch eine Zukunftsfrage.

Doch man sollte sich hüten, die Schwarzen Löcher nur bei anderen zu sehen und die eigenen dunklen Flecken für Lichtblicke zu halten. Die wiederholt gescheiterte Wahl eines Kandidaten der AfD

zum Vizepräsidenten des Bundestages ist solch ein finsterner Lichtblick, ein hausgemachtes Schwarzes Loch. Nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages stellt jede in ihm vertretene Fraktion mindestens einen Vertreter oder eine Vertreterin des Bundestagspräsidenten. Das ist schlicht formuliert und eigentlich verständlich. Es wird aber von der Mehrheit des Bundestages nicht verstanden. Stillschweigend, mit zusammengebissenen Zähnen, wird einem um den anderen Kandidaten der AfD die Zustimmung verweigert. Der Kandidat ist in seinem Verhalten ohne Tadel? Macht nichts, kann ja mal vorkommen,

abgelehnt. Die Kandidatin hat sich niemals unkorrekt geäußert? Macht nichts, kann ja mal vorkommen, abgelehnt. Was heißt, die Bewerber um das hohe Amt wurden demokratisch gewählt und in der Demokratie ist der Wähler der Souverän, von dem alle Macht ausgeht? Aber bitte nicht in der Geschäftsordnung des Bundestages, die ist nicht mehr Sache des Souveräns. Darüber setzen sich Parteien souverän hinweg. In der Regel ohne Kommentar. Nur ganz selten sagt einer mal, was ihn umtreibt. Thomas Oppermann von der SPD, selbst Vizepräsident, hat gesagt, warum er niemand von der AfD neben sich sitzen haben möchte: Er wolle den Platz nicht dem Vertreter einer Partei überlassen, die „respektlos und demokratieverachtend“ auftritt. Es ist lange her, dass der linke Liedermacher Franz Josef Degenhardt sein Lied „Spiel nicht mit den Schmutzkindern“ sang. 1965 war das. Thomas Oppermann, Jahrgang 1954, ist damit aufgewachsen. Darum weiß er, wo dem Souverän Grenzen gesetzt werden müssen. Auch wenn das respektlos gegenüber dem Souverän sein sollte und letztendlich demokratieverachtend. Doch der Zweck heiligt die Mittel. Heißt es nicht, Freiheit ist immer die Freiheit der gleichförmig Denkenden? Nein? Das genaue Gegenteil wollte Rosa Luxemburg zum Ausdruck bringen? Macht nichts, wer nicht

mit im Schwarm schwimmt, gehört nicht dazu. Selbst wenn gegen die zur Wahl stehende Person nichts anderes einzuwenden wäre, dann doch ihre Zugehörigkeit zu einer Partei. So einfach ist das im Parteienstaat. Erst kommt die Partei und dann noch einmal die Partei. Sie wissen doch: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht!“ Wie, Sie meinen, das sei die Lobeshymne auf die SED gewesen? Macht nichts, wer so ein schönes Lied singt, kann gewählt werden. Der wird niemals „respektlos und demokratieverachtend“ sein.

Emil Nolde, der farbenfrohe Maler von Seebüll, auch er versinkt gerade in einem Schwarzen Loch. Jahrzehnte dümpelte er als Verdachtsfall mit suspekter Vergangenheit vor sich hin. Jetzt wird er dingfest gemacht. In Berlin eröffnete die Ausstellung „Emil Nolde. Eine deutsche Legende. Der Künstler im Nationalsozialismus“. Nolde war Mitglied der NSDAP, das ist lange bekannt. Nolde hat sich antisemitisch geäußert, auch das ist lange bekannt. Siegfried Lenz hat das thematisiert in seinem Roman „Deutschstunde“. Auch frühere Ausstellungen beschäftigten sich mit der Rolle des Malers während der NS-Zeit. Er war Täter und Opfer zugleich, er folgte der NS-Ideologie und galt als entarteter Künstler. Nun aber wurde durch intensive Forschung klargestellt: Alle bunten Farben, und Nolde ist geradezu ein Farbenrausch, sind in Wahrheit braun. Es muss eine erschreckende Erkenntnis gewesen sein. Die Kanzlerin, die für die Ausstellung zwei Bilder Noldes verliehen hatte, reagierte geschockt. Sie hatte sich mit den Bildern „Brecher“ und „Blumengarten“ im Amt geschmückt, aber nun, nach diesen neuen Erkenntnissen, will sie die Bilder nach Ende der Ausstellung in keinem Fall zurückhaben. Die Wände im Kanzleramt könnten ziemlich kahl werden, wenn die Bilderstürmer erst einmal richtig loslegen. Auch Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff, Max Pechstein und Ernst Ludwig Kircher galten als entartet und biederten sich doch zeitweise bei den Nationalsozialisten an, um arbeiten zu können. Ab wann gelten auch sie als verseucht, wenn nicht entartet? Es gibt noch viel zu tun.

MEINUNGEN

Steffen Meltzer wirft bei „Tichys Einblick“ einen Blick auf ein zutiefst verstörtes Land:

„Willkommenskultur ‚Wir schaffen das!‘ und Klimawende sind die populistischen Erlöserphrasen für politikgemachte Flüchtlingsströme und eine gewinnmaximierende Energiehochpreispolitik im Namen der geradezu religiös angebeteten Globalisierung. Der Glaube hat schon längst die sachorientierte Lösungsstrategie ersetzt.“

Karin Beier, Intendantin des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, fordert im Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ (9. April), es „angesichts zunehmend hysterisch geführter Debatten“ gerade im Theater nicht mit der politischen Korrektheit zu übertreiben:

„Ich merke auch, dass wir dazu neigen, uns selbst zu zensieren. Mir gefällt nicht, wenn man in vorauseilendem Gehorsam gewisse Dinge unterlässt, das darf nicht passieren. Die Diskussionen sollen nicht die Theatermacher führen, sondern das Publikum.“

Der zu den weltweit führenden Klimaforschern gehörende **Hans von Storch** warnt im Interview mit dem „Spiegel“ (6. April) in Sachen „Klimawandel“ vor einer Diktatur der Gelehrten:

„Wenn man das Problem lösen will, ist Angst ein schlechter Ratgeber. Gefüttert werden die Ohnmachtsgefühle leider auch durch jene Klimaforscher, die als Wahrheitsverkünder auftreten und vor der Apokalypse warnen. Solche Leute tun der Wissenschaft keinen Gefallen, weil sie die kritische Distanz zu ihrem Forschungsgegenstand aufgeben. Ein Forscher sollte seine Erkenntnisse stets als vorläufig präsentieren und muss bereit sein, sie auch über den Haufen zu werfen, wenn widersprechende Daten bekannt werden. ... Ich habe den Eindruck, dass manche Kollegen den Politikern am liebsten haarklein vorschreiben würden, was sie zu tun und zu lassen haben, um die Welt zu retten. Das liefe auf eine Herrschaft der Experten hinaus und wäre undemokratisch. Eine Gelehrtendiktatur würde zudem nicht zu besseren Lösungen führen, denn die meisten guten Wissenschaftler sind per se Fachidioten.“

Die deutsche Hochsteuerpolitik schwächt Mittelschichtfamilien ganz massiv. Wie es anders gehe, zeige ein OECD-Vergleich, schreibt **Ferdinand Knauß** in der „Wirtschaftswache“ (14. April) und zieht daraus seine Schlüsse:

„Neuseeland und Kanada ... tun in der Regel weniger für die nicht Arbeitenden, schwächen aber auch nicht so sehr die wenig bis durchschnittlich verdienenden, arbeitenden Menschen – die Mittelschichtfamilien ... Eine der wirkungsvollsten Legenden in der sozialpolitischen Debatte in Deutschland und weiten Teilen Europas ist die von den vermeintlich unsozialen Niedrigsteuerländern. Diese Legende hat leider dafür gesorgt, dass der Begriff der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ im Gegensatz zur Intention seiner Schöpfer als Auftrag zum fortwährenden Ausbau eines gigantischen sozialstaatlichen Umverteilungsapparates uminterpretiert wurde, zu dessen größten Profiteuren die Sozialstaatsbürokraten selbst gehören.“